

Don Buchholz
ZEITSCHRIFT FÜR

GEO POLITIK

XI. JAHRGANG 1934

11.

HEFT / NOVEMBER

Ernst Moritz Arndt:
Staat, Volk und Bauer

Stöger: Österreichs wehrpolitische Lage

Fischer: Bevölkerungsentwicklung der Erde

Ötting: Die Kongo-Ozean-Bahn

Schepers: Japan und Panasien III

Postvertrieb ab Leipzig

ZEITSCHRIFT FÜR GEOPOLITIK

verbunden mit der Zeitschrift

WELTPOLITIK UND WELTWIRTSCHAFT

begründet von

Professor Dr. KARL HAUSHOFER und Professor Dr. ERICH OBST

Herausgegeben von

DR. KARL HAUSHOFER

Generalmajor a. D., o. Professor an der Universität,
München O 27, Kolberger Straße 18, Fernsprecher 480444

Unter ständiger Mitarbeit von Geheimrat Prof. Dr. K. Wiedenfeld, Leipzig, Professor Dr. H. Lautensach, Gießen,
Dr. G. Herrmann, Leipzig, und Dr. Albrecht Haushofer, Berlin

SCHRIFTLEITUNG:

Kurt Vowinkel, Berlin-Grünwald, Hohenzollerndamm 83
Fernsprecher: H 9, Schmargendorf 2234

Manuskript- und Buchzusendungen werden an die Schriftleitung erbeten.

XI. JAHRGANG / HEFT II / NOVEMBER 1934

INHALTSVERZEICHNIS

AUFSÄTZE

| | |
|--|-----|
| <i>E. M. Arndt: Staat, Volk und Bauer</i> | 655 |
| <i>H. Stöger: Zur wehrpolitischen Lage Österreichs im Südosten</i> | 663 |
| <i>Alois Fischer: Erdumfassende Sicht über die Bevölkerungsentwicklung</i> | 671 |
| <i>Wolfgang Ötting: Die „Kongo-Ozean-Bahn“ das Problem der Verkehrserschließung Französisch-Aquatorial-Afrikas</i> | 680 |
| <i>Hansjulius Schepers: Japan und Panasien III</i> | 692 |

BERICHTE

| | |
|--|-----|
| <i>Albrecht Haushofer: Berichterstattung aus der atlantischen Welt</i> | 702 |
| <i>Karl Haushofer: Bericht aus dem indopazifischen Raum</i> | 708 |

LITERATURBERICHT

| | |
|--|-----|
| <i>Karl Haushofer: Literaturbericht aus dem indopazifischen Raum</i> | 717 |
|--|-----|

Ppreis: Vierteljahr M. 5.50 / Einzelnen M. 2.— / Jahrgang mit Inhaltsv. M. 22.—

Österreich: Vierteljahr ö. Sch. 10.—, Ausland (portofrei): Jährlich RM 23.—

Gebunden (2 Bände) RM 28.— / Register für den Jahrgang RM 0.90 / Inhalts-

verzeichnis kostenlos / Einbanddecke für den Halbjahresband RM 2.—

Postcheckkonten: Kurt Vowinkel Verlag G.m.b.H. / BERLIN 18769 / WIEN 55918 / PRAG: Kreditanstalt der Deutschen, 62730

ANSCHRIFTEN DER MITARBEITER

Dr. Alois Fischer, Wien 16, Wilhelminenstr. 173 — Dr. Albrecht Haushofer, Leiter des Geopolitischen Seminars
an der Deutschen Hochschule für Politik, Berlin SW 48, Wilhelmstr. 23 — Dr. Karl Haushofer, Gen.-Major a. D.,
o. Professor a. d. Universität, München O 27, Kolberger Str. 18 — Dr. Wolfgang Ötting, Berlin-Schlachtensee,
Waldemarstr. 83 — Dr. Hansjulius Schepers, Göttingen, Waageplatz 8 — H. Stöger: Anschrift durch Verlag

**KURT VOWINKEL VERLAG / GMBH / BERLIN-GRÜNEWALD
HOHENZOLLERN DAMM 83**

Staat, Volk und Bauer

Eine Lese aus den Schriften von Ernst Moritz Arndt¹⁾

Der Staat in seinem Ursprunge, seiner Gestaltung und seiner Erhaltung steht sehr fest auf der Erde gegründet. Mit seinem Leibe der Schwere gehört er der Erde an, ist aus irdischer Notwendigkeit, aus irdischen Elementen zusammengesetzt und kann nur durch diese erhalten werden. Wir sehen diese Notwendigkeit der Erde, die physische Macht und Herrschaft der Elemente, nicht mehr als etwas Unheiliges an, weil wir in ihnen die Göttlichkeit und ein überschwengliches Leben finden. Wir würden uns vielmehr herzlich freuen, wenn wir finden könnten, wie der Baum nach ewig festen Gesetzen wächst, das Feuer brennt und das Wasser fließt, daß auch so der Staat seine ersten ewigen Gesetze, seine auf der Erde ruhenden Gesetze habe, wonach er entstehe, erwachse und sich erhalte. Wir würden hoffen, wenn wir solche Gesetze fänden, dann den Ariadnefaden aus dem politischen Labyrinth der Systeme und Verfassungen zu finden, in deren Künstlichkeit, die mit jedem Jahrhundert zunimmt, wir uns immer mehr verirren und verwirren und zuletzt keinen anderen Glauben annehmen, als an den Zufall und die Erfahrung, wie sie in unserm Leben sind. Ich sehe die Erde fest, ihre Gesetze klar und bestimmt, so wie wir überall etwas klar und bestimmt sehen können. Wie, wenn diese irdischen Gesetze die ewigen wären, zur Gestaltung und Erhaltung der Welt und der Staaten hinreichend, wenn aus diesem festen Boden alles Himmlische, Göttliche, kurz, alles Höhere, wenn nicht gerade entspränge, doch aus ihm sich entwickelte, und zwar sich so entwickelte, daß es immer an ihn sich hielte, sobald es das Maß zu verlieren in seinem Äther fürchten müßte?

•

Ich komme nun auf das, was ich ethnisch und geographisch von einem Staat wünsche, was mir für sein Heil wie für das Wohl aller von Wichtigkeit scheint, und wodurch allein das lange Elend ewiger Kriege und Mißhandlungen der Staaten gegeneinander scheint, wenn nicht aufgehoben, doch gemildert werden zu können.

1) Meist erschienen zwischen 1802 und 1815. Diese Lese ist entnommen aus: Arndt, Volk und Staat. Hsg. von P. Requadt. Kröners Taschenausgaben. Leipzig o. J. 89, 288 S., RM. 3.25. Dort auch Verweisungen auf die Gesamtausgabe. Die Schriftleitung.

Man hat in neueren Zeiten so viel von einem allgemein menschlichen Staatsrecht, von einer freien Verbindung und Wechselwirkung der Staaten miteinander, von ihren Naturgrenzen usw. gesprochen, daß einige Bemerkungen darüber nebst meinem politischen Bekenntnisse hier wohl nicht am unrechten Platze stehen.

Die Erde läßt keine allgemeine Vergeistigung, keine Gleichmachung des Ungleichem, keine Einerleimachung des Verschiedenen zu. Es wird also immer sein:

Ein ungeheurer klimatischer Unterschied. Der Mensch als ein Erdenwesen wird anders leben unter der Linie als am Nordpol hinauf; anders in Lappland und anders in Smyrna. Diese Verschiedenheit wird immer eine andere Modifikation der Sitten, Verfassungen, des Gottesdienstes usw. geben. Man gebe selbst dem ganzen Menschengeschlechte eine Sprache, gleichviel welche, komme nach einem Jahrhundert wieder und sehe, wie diese Sprache schon verschieden klingt an der Tiber und an der Nawa. Also auch die Verschiedenheit der Sprachen ist ein Naturgebot.

Es muß also sein schon aus dieser Rücksicht ein begrenzter Staat; — wir werden unten noch andere Gründe hören. Die meinen in ihrer Transzendenz, Europa könne ein einziger Staat sein mit einer Regierung, auch wohl am Ende mit einer Sprache, wissen nicht, was sie wollen.

Die meinen, ganz Europa könne eine Kunst, eine geistige Bildung durchgehens haben, eine freie Verfassung, wissen nicht, was sie wollen, bedenken nicht das Unbezwingliche und Unabänderliche im Klima und in seinen nicht zu berechnenden Folgen. Sie bedenken ferner nicht, daß sich nur aus dem Kampf des Widersprechenden oder des Verschiedenen, aus dem Wechselstreben mehrerer mit- und nebeneinander eine schöne kräftige Welt bildet, die irgendwo in einem Höheren wieder als eins erscheint.

Ich komme jetzt auf das Geographische eines Staates. Ich will, der Staat werde mit seinen Erdengesetzen befestigt und bilde sich dann fort, wie der Zufall und sein eigner Keim ihn treiben; da stelle man weiter keine Schranken, als die Notwendigkeit des Klimas, des Landes selbst und seiner nachbarlichen Umgebungen gestellt hat. Ja, jeder Staat hat Recht zu gewissen Forderungen an die Nachbarstaaten, wenn sie ihm unrecht seine Luft und sein Licht wegnehmen, woran er wachsen und sich entwickeln soll.

Ich komme hier auf die geographische Grenze. Jedes Land, wo es ihm die Natur nicht versagt hat, muß sein Meer haben, durch Handel und Erweckung der Tätigkeit und Industrie das größte Bildungsinstrument. Mit Recht geriet der edle Georg Forster beim Anblick des Meeres in eine menschliche Begeisterung: er sah in ihm die Wiege der Humanität. Wunderbar hatte das Mittelalter, dessen Organisation gegen Ende des 15. Jahrhunderts fertig war, Europas Völker weise und recht verteilt; jedes bekam, was es nach der Lage dieses Weltteils haben mußte.

Ein Volk, das einmal seine Naturgrenzen überschreitet, hat sein Maß verloren, es weiß nicht mehr stillzustehen; die Ausdehnung wird zu weit, geographisch und

linguistisch. Ein Volk wird doch die ganze Welt nicht bezwingen; wenigstens wird doch die ganze Welt, gesetzt, sie sei bezwungen, diesen Zwang nicht geduldig ertragen. Erschütterungen, Aufwiegelungen, Angriffe werden allenthalben folgen; solch ungeheure Grenzen sind nur durch ungeheure Heere zu decken, diese wieder nur durch ungeheure Lasten, die man dem armen ächzenden Volke auf den Nacken legt, zu erzwingen. Alle Eroberer haben dies Schicksal gehabt.

Ein solches Volk wird ein physisches Ungeheuer, eine Geburt wider die Natur. Was jedes Klima und das verschiedene Volk des verschiedenen Klimas für sich behalten und ausbilden sollte, was jedes Volk in Sitten und Charakter Eigenes hat, was die verschiedenen Sprachen für Geheimnisse der Bildung bewahren — alles dieses, was so nicht zusammenkommen soll, kommt in die engste und seltsamste Vermischung und Verschmelzung. Was dieses für Karikaturen gegeben hat und gibt, das sahen wir einst, und sehen es noch, zu einer Zeit, wo die, so es am ärgsten machen, uns von Menschlichkeit und Achtung der Völker gegeneinander die Ohren voll genug schreien.

*

Wenn die geographische Naturgrenze eines Landes glücklich auch mit der Einheit eines Volkes und also mit der Einheit der Sprache zusammentrifft, so hat solcher Staat allen Göttern zu danken; der Grundkeim ist da zur bürgerlichen Wohlfahrt und zu einer humanen Entwicklung. Schlimm ist es, wenn die geographische Notwendigkeit verschiedene Völker, d. h. verschiedene Sprachen, zur Einheit zusammenzwingt, wie es jetzt schon z. B. in Ungarn der Fall ist und es noch mehr der Fall sein würde, wenn Ungarn die obengezeichneten Naturgrenzen erhalten sollte. Jeder Staat, der seine Naturgrenze überschreitet, sündigt; er sündigt doppelt, wenn er dabei die Grenze seiner Sprache überschreitet. In den Sprachen spricht sich das Verschiedene und Gegenüberstehende des Charakters der Nationen aus; Einheit der Sprache gibt auch leichter Einheit der Sitten. Es kommt hier zur Anwendung, was ich oben sagte, das Heterogene und Widerstreitende müsse nicht durch ein zu nahes Band der Gewalt zusammengezwungen werden; das Band des Staates ist das zwingendste Band auf Erden. Das angezwungene Volk einer anderen Sprache muß sich dem herrschenden Volk nachbilden in allem, so auch in der Sprache, die jenes spricht, sobald es nicht als ein völlig lahes Glied ihm gleichsam angesetzt sein will; die fremde Weise drückt sich mit einem andern Gepräge gewaltsam seinem Charakter auf und erzeugt Widersprüche in ihm; denn zwei Sprachen, so zusammenfließend in zwei verschiedenen Richtungen, geben durchaus Zwietracht der Gemüter und fatale moralische Erscheinungen. Der kleinere Teil fühlt mit seiner Sprache auch sein ganzes Dasein unterdrückt, und seine Bildung wird verschoben und verschoben, wenn man mir nicht ableugnet, daß die feinste Bildung eines Volkes gleichsam wie ein Geheimnis im Keime seiner Sprache

liegt. Das größte Glück für solche zwieträftig verbundene Teile wäre es, wenn der kleinere ganz seine Sprache verlieren könnte. Dies wäre aber bei der Ausbildung, welche die meisten Sprachen Europas erlangt haben, nur durch äußerste Gewalt möglich, die auch den inhumansten Regierungen unserer Zeit widerspräche.

Ich habe schon mehr als einmal geäußert, was ich von der Universalität der Völker meine, und daß mir schlecht gefällt, was andere von einem allgemeinen Reiche und einem Zusammenfließen aller Völker mit der fortgehenden Vermenschlichung und Veredelung hoffen und träumen. Ich hasse jenes Zusammenfließen auf Erden, weil es ein Zerfließen, also ein politischer und moralischer Tod der verschiedenen Nationen wird.

*

Jedes Volk, das in seiner Sprache und Art als ein abgeschlossenes Ganzes dasteht, muß man nach den Gesetzen jedes anderen organischen Wesens beurteilen, das einen bestimmten Kreislauf durchlaufen und dann vergehen und von der Bühne abtreten soll. Es gibt für jedes Volk die vier Bahnen des Alters, die Kindheit, die Jugend, die Mannheit, das Greisenalter. Wie aber einige Menschen frühe Greise werden, und ihnen begegnet, daß sie durch Unglück oder Laster wohl im fünfzigsten Jahre so abgelebt sind, als andere noch nicht im neunzigsten — so begegnete gleiches auch manchen Völkern. Doch darf man die Länge der verschiedenen Entwicklungen, die ein Volk von seiner Kindheit bis zu seinem Tode durchlaufen muß, nie mit dem gewöhnlichen Maße der vier Alter des einzelnen Menschen vergleichen. Wie der eine Mensch im ersten Monate oder ersten Jahre seines Lebens und der andere im hundertsechzigsten stirbt, so weit liegen nach unbekannten Beschlüssen des Schicksals die verschiedenen Lebenslängen der Völker voneinander. Im Ernste gibt es kein gewisseres Zeichen von dem geschichtlichen Untergange oder von dem gänzlichen Tode eines Volkes, als wenn man sagen kann: Das Volk ist ein kluges Volk. Wohlgemerkt, ich verstehe dieses kluge Volk immer so, wie die alten Weiber von dem klugen Kinde weissagen.

Was meine ich denn eigentlich mit dieser Klugheit? Ich meine das Volk, in welchem das Denkende oben liegt und das Empfindende zurückgetrieben oder zur Lüge und Fratze übertrieben ist, in welchem die sinnenden und schaffenden Geister, die uns wieder zu den Bildern des verlorenen himmlischen Zustandes zurückmahnen, ja zurückspielen, ausgeleert sind. — Wenn in einem Volke das Scharfe, das Spitzige, das Geistige, das Schlaue und Pfiffige durchaus vortritt, wenn das Schwärmerische, das Fromme, das Selige, das Einfältige, das Treue und Gläubige von ihm als Wahn oder gar als Dummheit verlacht und verspottet wird, dann ist der Boden des Lebens und der Liebe in ihm ausgebaut, es ist ein ausgebautes und erschöpftes Volk, in welchem keine Zeugungen mehr eingewickelt liegen, und als etwas Unfruchtbare und Totes muß das Schicksal es dann bald aufräumen.

Ein solches Volk ist dann jenen weiten Ebenen Afrikas und Ostasiens gleich, die nach der Sage weiland die fruchtbarsten waren, die aber jetzt nur Sand, Salz und Salzquellen und hie und da einige Salzkraüter haben. Das Gleichnis paßt in jeder Hinsicht auch auf die Völker. Wann die Erde mit ihren freundlichen und spielenden und lieblich und fürchterlich dunkeln Kräften, wann alle elementarischen Mittelgeister durch lange Zeugungen oder durch Unglück des Schicksals aus einem Volke ausgelaugt und ausgeschöpft sind, dann bleiben nur die scharfen und salzigen Geister zurück, spröde, bittere, höhnische und listige Geister, welche wohl allerlei Dinge erlauschen und erkunden, aber, weil ihnen die Einfalt und der Glaube fehlt, den Zusammenhang und das Leben der Dinge nicht begreifen und also auch nichts weiter schaffen und bilden können.

*

Die Erde und die Geschäfte, welche sich zunächst und unmittelbar auf ihren Anbau beziehen, sind das Ruhende und Bleibende im Staate, das Bild des Festen und Ewigen; sie sind dem Wandelbaren und Unruhigen entgegengesetzt, was das Leben der Städte und der städtischen Gewerbe ist. An dem festen und sicheren Besitz des Bodens durch lange Geschlechter von dem Urahn bis zum letzten Enkel hinab befestigt sich die Sitte, das Gesetz, die Ehre, die Treue, die Liebe: der Bauer ist des Vaterlandes erster Sohn; wann er ein Knecht wird, wann sein Herz kalt und sein Arm schlaff wird fürs Vaterland, dann ist es wahrhaftig untergegangen. Wer also ein festes und glorreiches Vaterland will, der macht festen Besitz und feste Bauern. Die Erde muß nicht wie eine Kolonialware aus einer Hand in die andere gehen, des Landmanns Haus muß kein Taubenschlag sein, woraus mit leichtfertigen Herzen aus und ein geflogen wird. Wo das ist, da stirbt Sitte, Ehre und Treue, da stirbt zuletzt das Vaterland. Wenn auch des Landmanns Triebe vagabundisch werden, dann kann kein Gott die Menschen von Sklaverei retten. Und haben wir in den letzten drei Jahrzehnten den Adel in vielen deutschen Landen nicht in der Rolle von Gütermaklern und Kaufleuten gesehen? Haben nicht viele sogar die Sitze ihrer Ahnherrn, die Wiege ihrer Kindheit an Fremde zu verkaufen, das Herz gehabt?

*

Der Bauernstand ist der Natur der menschlichen Dinge nach beides, die zahlreichste und ehrenwerteste Klasse des Volkes. In ihr wohnt, mehr als in anderen Klassen des Volkes, die ursprüngliche und gediegene Naturkraft, die Reinheit der Sitten, die Treue und Redlichkeit der Gesinnung; in ihr wohnt der Mut und die Ausdauer, welche die tapfersten Verteidiger des Vaterlandes geben. Der Staat hat also vor allen Dingen darauf zu sehen, daß dieser so ehrwürdige und große Teil des Volkes nicht ausarte oder untergehe. Diese Ausartung und dieser Untergang

geschieht auf zweierlei Weise, erstlich durch die Anhäufung zu großen Reichtums in einzelnen Familien, welche die kleinen Landbesitzer durch mancherlei Erwerbarten in sich verschlingen und so den Bauer im eigentlichsten Sinne zerstören, zweitens durch Unterdrückung und Verknechtung der kleinen Landbesitzer, die sich in Zeiten der Not und Unordnung gegen die Übermütigen und Mächtigen nicht verteidigen können. Auf beiden Wegen ist, wie uns die Geschichte lehrt, der eigentliche, echte Bauernstand oft zerstört und das notwendige innere Gleichgewicht der Staaten aufgehoben worden.

Die Gesetzgeber der besten Staaten des Altertums wußten recht wohl, wieviel darauf beruhet, daß der Besitz der Grundstücke einigermaßen gleich verteilt sei, und daß es viele mittelmäßige und kleine Landeigentümer gebe, die in dem einfachsten Verhältnisse zu Gott und zur Natur stehen und ursprüngliche Sitte, Stärke, Tapferkeit und Ehre in ihrem Schoße hegen und pflegen. Diese weisen und weitsehenden Männer hatten überhaupt den Gesichtspunkt, daß es dem Staate mehr fromme, daß er gute und tapfere, denn daß er viele und reiche Einwohner habe.

*

Es ist meine innigste Überzeugung, die ich aus dem Studium der alten Geschichte und aus der Betrachtung der Verhältnisse und Begebenheiten meines eigenen Vaterlandes hole, daß zum rechten Bestand und Wohlsein auch der neuen Staaten Ackergesetze notwendig sind: nicht eben jene strengen der Alten Welt, die nur in sehr beschränkten Staaten und in den ersten Graden der politischen und gesellschaftlichen Entwicklung der Völker möglich waren, aber doch solche, die wenigstens die Hälfte aller Grundstücke für feste und unveränderliche Verhältnisse binden. Ich erkläre mich näher.

Den ersten und vornehmsten Bauer, den rechten Edelmann, habe ich schon auf Majoraten befestigt; auch den kleinen Bauer will ich auf einer Art Majorat, das man meinethalben auch Bauerlehen nennen kann, gegründet wissen.

Sie würden immer nur von einem aus der Familie besessen, welcher seinen übrigen Geschwistern nur eine leidliche bestimmte Abfindung und Ausstattung gäbe, er selbst aber das Haupterbe behielte und besäße.

Sie wären unteilbar. Nichts ist dem Staate in der Regel verderblicher als die übertriebene Zerteilung der Grundstücke; sie macht Bettler und Vagabunden und schafft Gesindel, wo nur treue und redliche Menschen wohnen sollen.

Niemand mag zu gleicher Zeit mehr als einen dieser Höfe besitzen. Wer durch Erbschaft oder Heirat zu dem seinigen noch einen oder mehrere derselben erwirbt, der hat die überzähligen zu veräußern. Denn es war die Absicht des Staates bei dieser Einrichtung, daß viele freie und unabhängige kleine Grundbesitzer und Bauern als rechte Nährer und Erhalter der Tüchtigkeit und Tapferkeit des Volkes

da sein sollen. Wenn aber mehrere dieser Höfe vereinigt oder nur zugleich von einem Besitzer besessen werden könnten, so ginge die Absicht verloren, und aus dem Bauer würde ein Herr.

Diese oder ähnliche Einrichtung scheint mir notwendig zur Befestigung jedes Staates und zur Erhaltung des achtbarsten und kräftigsten Theiles eines Volkes. Denn wenn der Staat nicht solche Vorkehrungen macht, so werden früher oder später Umstände und Verhältnisse eintreten, welche die kleinen Besitzer der Erde vertilgen und alle Landbewohner in eine große Masse von Herren, Pächtern und Tagelöhnern verwandeln; wobei die Gediegenheit und Würdigung des Volkes, die sich gerade aus dem Bauernstande immer ergänzen soll, sehr leiden würde. Dies ist zum Theil in England geschehen, wo in vielen Landschaften die kleinen Landbesitzer durch den überschwemmenden Reichtum einzelner Familien fast ganz weggespült sind; und auch England würde ein solches Mißverhältnis schmerzlicher fühlen, wenn nicht das Element des Meeres, die Tätigkeit, Kraft und Freiheit, die es hervorruft, das hohe Recht, das auch über dem kleinsten englischen Mann waltet, und so viele andere Verhältnisse, die nicht die unsrigen sind und nie die unsrigen sein werden, dort weniger verderblich machten, was an allen anderen Orten das Verderblichste ist.

*

Dem Ruhenden und Gleichen des Landes und des Bauern in Besitz, Leben, Trieben und Geschäften ist das Unruhige und Ungleiche der Stadt und des Bürgers entgegengesetzt. Unter dem Wort Bürger, im Gegensatz gegen Bauer, verstehe ich im weitesten Sinn des Wortes, was man sonst auch Stadtbewohner und städtische Gewerbetreiber nennt. Zwar möchte man mir einwenden, eine Stadt mit ihren alten Gebäuden, Kirchen, Thürmen und Mauern, dieser gleichsam als eine Mumie und Erstarrung des Lebens in die Ewigkeit hinausblickende Steinhaufl, sei mehr ein Bild der Ruhe als das in so vielen und mannigfaltigen Wechseln der Elemente und Jahreszeiten spielende Land und müsse also die Menschen mehr an das Gleiche und Stille gewöhnen; aber die Steine allein tun es nicht, sondern die lebendigen Geister, die in ihnen hausen. Der Bürger tritt aus dem unmittelbaren Verhältnis mit der Natur heraus; in seinem Geschäft und Gewerbe steht er ihr oft nur im dritten, ja öfter kaum dreißigsten Grade nahe und wird, von ihrem stillen Wirken und Leben entfernt, leicht maßlos in die wilde Weite der Gelüste und Strebungen hineingerissen. Der Bauer lebt mit dem Einfachen und Natürlichen, er schafft das Einfache und Natürliche; der Bürger lebt mit dem Zusammengesetzten und Künstlichen, er schafft das Zusammengesetzte und Künstliche. Je weiter er es bringt in der Kunst, je weiter er sich von dem Einfachen und Groben in der Natur entfernt und das Vielfache und Feine zusammensetzen, bilden und gestalten lernt, desto weiter tut sich ihm das unendliche und maßlose Reich der Geister

auf: seine Gelüste werden heftiger, seine Ansichten des Lebens vielfacher, der Kampf mit künstlichen Kräften und mit verkünstelten Menschen wird immer heißer, sein ganzes Gemüt wird leichter und beweglicher. Da sein nächstes Geschäft das Zerlegen und Zerstören der einfachen Erzeugnisse der Natur ist, damit er aus dem Zerlegten und Zerstörten wieder Neues schafft, so widerfährt ihm unvermeidlich, was allen beschränkten Wesen widerfahren muß: der Geist seines Geschäftes geht auf ihn selbst über; er wird vielbegehrend, vielgereizt, vielseitig, abgeschliffen, gleich dem künstlichen Geräte oder Werke, das er als Schöpfer ins Leben ruft, er wird mehr und mehr künstlicher Mensch. Wann der Mensch erst so weit aus den natürlichen Schranken des Lebens herausgeschritten ist, so liegt ihm das Nächste nicht fern, nämlich das Lüsterne, Unstete, Flatterhafte in Neigung und Gesinnung. Dies wächst in furchtbarer Fortschreitung, je mehr der Mensch Maschine wird, d. h. je mehr er durch Maschinen arbeitet; je weniger er da als Mensch wirklich tut und kann, desto mehr er glaubt zu tun und zu können, und desto dünklicher und übermütiger wird er. Vor allem aber wirkt zur Verflüchtigung der Triebe und zur Verquickung des schweren und festen Sinnes der halb irdische, halb geistige Dämon, Geld genannt, welcher als ein wunderbares Geheimnis der Gesellschaft, zugleich ein sichtbares und unsichtbares Zeichen, nun schon Jahrtausende sein Wesen getrieben hat, ohne daß man bis jetzt bestimmt sagen konnte, was er eigentlich ist und wie er in den verschiedenen Zeiten und Völkern wirkte. Manches von dem Guten und Bösen, das er geschaffen hat, kann man freilich in einzelnen Erscheinungen zeigen, aber sein inneres Leben ist verhüllt wie das Leben selbst; man glaubt den Proteus zuweilen zu haschen, aber, in tausend Gestalten sich verlarvend, entflieht er immer, und wann er es am arglistigsten meint, wandelt er sich wie jener Alte wieder in Wasser und plätschert mit höhnischem Wellengelächter dahin.

Wir fassen diese Andeutungen, Gedankenspiele und Bilder in einem kurzen Ernst zusammen und sagen: Die bürgerlichen Gewerbe und Tätigkeiten, die Fabriken, der Handel, das Geld, als ein alles verflüchtigender Dämon dazwischenspielend, ferner das gedrängte Zusammenleben, die vermehrten natürlichen Reibungen der Leiber und Geister aneinander — alles dies schafft das Hin- und Herspielen beim Gemüte, das Flatterhafte, Wandelbare, Neusüchtige; endlich schafft es bei dem Menschen das schlimmste, die Einbildung, er könne durch Kunst und Geist alles machen, halten und regieren. Wenn diese Menschen, welche die Städte, die städtischen Gewerbe und Handel und Fabriken und Künste schaffen, das einzige Gewicht in der Waagschale eines Staates wären, so müßte er durch Überfluß an Geist und geistigen Trieben überkippen, er müßte durch den ewigen Wechsel und durch die zu viele Reibung der Kräfte zerstört werden: die Welt würde wie ein Warenhaus, die Tugenden und Kräfte des Menschen würden wie Waren, der Staat wie eine Rentnerei und die Staatsaufgaben wie Rechnungsexempel behandelt werden. (Ich

frage: Sind viele der letzten fünfzig, sechzig Jahre nicht so behandelt?) Kurz, von nichts als Bildern und Scheinen der Dinge umgaukelt, von nichts als Scheinen lebend und von Scheinen und Schatten gespeiset, würde der Staat bald der betörte Hund auf dem Stege des Baches werden, der sein Fleisch aus dem Maul fallen läßt und nach dem Schatten desselben schnappt.

*

Das ist aber das Beste, was Gott diesem Lande und Volke verliehen hat, daß seine geographische Lage und sein angebornes Gemüt so sind, daß sie nicht leicht aus sich selbst hinausgetrieben, in ein fremdes und falsches Streben hineingerissen werden können. Ich sprach oben von dem gewaltigen Reize, der in dem Elemente des Meeres und in seinen Gewerben liegt, und der für viele Völker ein solcher Überreiz geworden ist, daß er sie aus allen ersten und natürlichen Verhältnissen herausgerückt und endlich erlahmt und ermattet, oft ohne alle Fähigkeit, sich wieder aufhelfen, ohne Ehre und Macht und Freiheit als einen Gegenstand des Mitleids und ein Denkmal der Vergänglichkeit hat liegen lassen. Gegen das Unglück eines solchen Überreizes, dem Athen und Venedig und viele andere kleine und große Staaten nicht entgangen sind, ist unser Vaterland gesichert. Es hat genug große Ströme und Küsten, daß ihm die Verbindung und Mitteilung jener herrlichen Welttätigkeit, welche das Meer gibt, nicht abgeschnitten sei; es hat nicht so viele, daß es das Meer als sein eigenstes Element und Schifffahrt und Handel als sein erstes Gewerbe ansehen müßte, es wird nicht in die Gefahren einer Tätigkeit gelockt, die den edelsten und trefflichsten Völkern oft verderblich geworden ist. Immer wird über die Hälfte alles deutschen Gewerbes in dem Landbau und in der Viehzucht bestehen, welche die besten Pfleger und Erhalter aller ursprünglichen und natürlichen Tugenden unseres Geschlechtes sind.

HANS STÖGER:

Zur wehrpolitischen Lage Österreichs im Südosten

Die Friedensdiktate von St. Germain und von Trianon haben an der Süd- und Ostgrenze Deutsch-Österreichs völlig neue militärpolitische Grenzräume geschaffen. Abgesehen von der kurzen Episode der Napoleonischen Zeit müssen wir schon sehr weit ins Mittelalter, ja in die vorkarolingische Zeit zurück, um auf militärpolitische Raumprobleme am südöstlichen Rand der Alpen zu treffen, die den neugeschaffenen ähnlich sind.

Die neuen italienischen Grenzen brechen an drei Stellen nicht bloß in alt-österreichisches Gebiet, sondern in alte Gebiete des Römischen Reiches Deutscher Nation bzw. des Deutschen Bundes vor und brachten an zwei Stellen geschlossenen

deutschen Volksboden und ferner südslawisches Sprachgebiet in italienische Staatsgewalt.

In Tirol läuft die neue Grenze, Welsch- und Deutsch-Südtirol von den alten Zusammenhängen abtrennend, von dem Stilfserjoch zum Reschenscheideck, über die Wasserscheide der Öztaler, Stubai und der Zillertaler Alpen, dann von der Birnlücke über die Defreggergruppe ins Drautal, dieses oberhalb von Sillian querend und den Karnischen Kamm im Eisenreich erreichend. In Kärnten scheidet die Grenze das strategisch außerordentlich bedeutsame deutschsprachige Kanaltal ab, und zwar diesseits der Wasserscheide den Kessel von Tarvis mit der Gemeinde Weißenfels einschließend. Im Küstenland und in Krain läuft die neue italienische Grenze vom Savetal bei Ratschasch auf den Jalouc und dem Hochkamm der Julischen Alpen folgend und weiter quer durch den Karst nach Fiume reichend und Görz, Gradiska, die Stadt Triest, Istrien und Teile von Krain aus altem deutschen Reichsbesitz herausschneidend.

Die südslawische Grenze trifft am Petsch, knapp westlich vom Wurzenpaß auf dem Karawankenamm die italienische und die österreichische Grenze. Sie verläuft dann auf dem Karawankenamm bis zur Uschowa — die altkärntnerische Gemeinde Seeland bleibt bei Südslawien — und bildet von da an nach Osten bis an die Ecke Mur — altsteirische Grenze bei Radkersburg ganz neue und sehr willkürliche Grenzen. Von Kärnten wird das Mießtal und das Gebiet von Unterdrauburg bis vor Lavamünd abgeschnitten, Steiermark dagegen verliert das ganze Unterland — alles Zuflußgebiet der Sau und das unmittelbare steirische Zuflußgebiet der Drau — mit den deutschen Städten Marburg, Cilli, Pettau! Ebenso geht das seit dem frühen Mittelalter zum Deutschen Reich gehörige Krain, soweit es nicht italienisch wurde, in den Besitz von Südslawien über.

Auch im Raume zwischen Mur und Donau sind bedeutsame Veränderungen eingetreten. Das Gebiet von der steirischen und der niederösterreichischen Grenze bis zur Raab ist deutscher Kultur- und Kampfboden. In wichtigen Zeiträumen lag die österreichische Grenze an der mittleren und unteren Raab. In diesem Raume wehrte deutsche Volkskraft die Türkenstämme ab, erlag aber dann im östlichen Teil der Magyarisierung, während der westliche Teil, das Gebiet der Burgenstädte Preßburg, Wieselburg, Altenburg, Ödenburg und Eisenburg größtenteils deutsch verblieb, und so den Rechtsanspruch Österreichs auf Rückangliederung dieses Gebietes — des Burgenlandes — begründete. Allerdings wurden die deutsch-österreichischen Ansprüche in völlig ungenügendem Umfang befriedigt, und so erlitt das Burgenland in St. Germain den ersten gewaltigen Verlust durch die Vorenthaltung des Gebietes von Wieselburg, Altenburg, Güns und St. Gotthard sowie die Angliederung von Preßburg an die Tschecho-Slovakei. Es erlitt die zweite Verstümmelung durch Einbruch bei Ödenburg, der diese Stadt und ihre Umgebung als das Herzstück des Landes für Ungarn herausbrach! Die so geschaffene deutsch-österreichisch-ungarische

Grenze ist daher äußerst labil. Wichtig ist das Auftreten der Tschecho-Slovakei in dem besprochenen Raum, sie sucht sich in Preßburg einen sehr starken Stützpunkt auszubauen; die Bedeutung von Engerau bei Preßburg, des tschecho-slovakischen Brückenkopfes südlich der Donau, ist besonders militärpolitisch sehr gewichtig.

Diese neuen Grenzen Italiens, Südslawiens und Ungarns gegen Österreich bedeuten, daß Innerösterreich auf die Grenzen der alten Ostmark des Reiches, ja hinter diese zurückgedrängt ist. Der politische, wirtschaftliche und biologische Kräfteverfall des österreichischen Staates schafft eine Lage, die jener völlig entgegengesetzt ist, die Österreich seit dem Mittelalter zur Kernbildung des Habsburgerreiches befähigte: So trägt die militärische Dynamik bei den genannten drei Anrainern Österreichs an den neuen Grenzen die Tendenz in sich, die gewonnenen Positionen auf Kosten Österreichs nun noch weiter auszudehnen und ihre Möglichkeiten ganz auszuschöpfen, während das kümmerlich dahinsiechende österreichische Staatswesen von St. Germain nicht in der Lage und aus Schwäche auch nicht willens ist, die Möglichkeiten der Verteidigung endlich zu ergreifen! Werten wir unter diesem Gesichtspunkt die obengenannten Grenzräume:

I.

Italien hat in Tirol einen verhältnismäßig sehr großen Raumgewinn zu verzeichnen, dessen Ausdehnung nicht auch die größte strategische Bedeutung ausdrückt. Zur Defensive genügt Italien ebensogut wie die Brennergrenze, die Grenze bei Salurn, wo diese natürliche Verteidigungsgrenze Italiens mit der Volkstumsgrenze zusammenfallen würde. Für Offensivpläne Italiens nach Norden hinein ist aber auch die Brennergrenze Italien nicht günstig; dafür ist erst der Besitz der nördlichen Kalkalpen entscheidend. Militärpolitisch gesehen ist daher die Zugehörigkeit von Deutsch-Südtirol zu Italien für dieses keineswegs eine Notwendigkeit, ganz abgesehen davon, daß die politischen Spannungen, die sich aus dem Südtiroler Problem zum gesamten Deutschtum ergeben, immer wieder ein deutsch-italienisches Zusammenwirken stören werden.

Militärpolitisch gesehen ist für Italien die Annexion des Kärntner Kanaltals wichtiger als diejenige von Deutsch-Südtirol. Der „Schräge Durchgang“ von Südeuropa in das Donaubecken ist nur in den Julischen Alpen durch die sehr schwierige Gestaltung des Geländes verhältnismäßig leicht zu sperren. Napoleon hat daher diesen Durchgang strategisch außerordentlich hoch gewertet. Predil und Malborghet werden nicht umsonst die österreichischen Thermopylen genannt. Auch im Weltkrieg erwiesen sich die Julischen Alpen für Österreich als sehr verteidigungsfähig. Italien hat nun im Kanaltal sowohl die Wasserscheide des Tagliamento als auch des Isonzo gegen Kärnten hin überschritten und steht jetzt mit seiner Grenze am Ausgang des Kanaltals in das Gailtal. Italien hat damit auf dem oben als so ge-

wichtig bezeichneten „Schrägen Durchgang“ alle natürlichen Hindernisse in seine Hand gebracht und eine geradezu entscheidend wichtige Defensiv- und Offensivposition gegen Mitteleuropa gewonnen, nähert sich doch die neue italienische Grenze dem wichtigen Villach schon auf 15 Kilometer Luftlinie, wobei die besten Geländepositionen überwiegend in italienischer Hand sind. Mit Villach ist das Klagenfurter Becken beherrscht und von da aus ergeben sich mehrere wichtige militärische Entfaltungsmöglichkeiten.

Auch vom Südtiroler Pustertal und vom Cadore her überschreitet die italienische Grenze bekanntlich im obersten Draugebiet die Wasserscheide. Dadurch wird es Italien möglich, das Drauland auch vom Westen her zu bedrohen. —

Auch die militärische Bedeutung des italienischen Landgewinnes im alten Südösterreich, also dem heutigen Südslawien gegenüber, entspricht nicht der verhältnismäßigen Ausdehnung des Gebietes. Italien beherrscht wohl die Julischen Alpen, sowie den Krainischen und Istrischen Karst. Von dem sehr exponierten Fiume abgesehen, ist Italiens Verteidigungsstellung gegen Südslawien daher so günstig als nur möglich. Hingegen ist Italiens Karstgrenze als Ausgang einer italienischen Offensive gegen Südslawien nur auf den ersten Anschein sehr günstig. Das unübersichtliche Karstgelände setzt einer schnellen Offensive recht bemerkenswerte Hindernisse entgegen und gestattet auch nicht leicht den erdrückenden Einsatz an Überlegenheit von modernen Maschinenwaffen. Dazu ist der Operationsraum verhältnismäßig eng und ziemlich arm an Verbindungsmöglichkeiten und, abgesehen von Laibach, ohne lebenswichtige Zentren nahe der Grenze, die ein Angreifer aus dem Westen als gewichtige Eroberungen ohne besondere Schwierigkeiten erreichen könnte.

Südslawiens Karawankengrenze gegen Österreich ist eine natürliche Grenze. Allerdings stößt das obere Gebiet der Sau mit der Wochein wie ein Keil zwischen italienisches und österreichisches Gebiet. Er bietet aber den Südslawen keine operativen Möglichkeiten gegen Italien. Durch den in kürzester Zeit möglichen italienischen Vorstoß in das Laibacher Becken können südslawische Kräfte, die sich in diesem Keil aufhalten, in wenigen Stunden abgeschnitten sein. Gegen Österreich allerdings ist die Karawankengrenze kein unübersteigbares militärisches Hindernis. Neben drei Straßen (Wurzenpaß, Loiblpaß und Seebergsattel) gibt es in den Karawanken zwischen Petsch und zwischen der Petzen den zweigleisigen Rosenbacher Tunnel und noch andere Übergänge, die Gebirgstruppen keine Schwierigkeiten bieten. Die Abtrennung des Miestales hat den Südslawen von Südosten her den Zugang ins Klagenfurter Becken freigegeben. Die südslawische Stellung bei Bleiburg und Unterdrauburg steht in Parallele zu der italienischen von Arnoldstein und ist für einen südslawischen Einfall in das Klagenfurter Becken womöglich noch günstiger. Die südslawische Grenze durch Steiermark ist eine offene Grenze, die den Südslawen alle militärischen Möglichkeiten der Offensive und Defensive in der Hand läßt. Österreich muß als seine natürlichen militärischen Grenzen gegen Südslawien die

Sanntaler Alpen, den Weitensfelder Zug und das Matzelgebirge fordern. Die heutige militärische Situation an der deutsch-südslawischen Grenze gestattet den Südslawen jederzeit handstreichartige Vorstöße nach Klagenfurt und nach Graz.

Über die neue österreichisch-ungarische Grenze ist oben bereits Grundsätzliches gesagt worden. Ungarn hat gegen Österreich militärisch nichts eingebüßt. Es hat meist verkehrsfernes, militärisch nicht sehr wichtiges Gelände besonders im südlichen Burgenland aufgegeben, und im Norden die ohnehin nicht haltbare Leithagrenze. Dafür aber hat Ungarn das Gebiet von Ödenburg behauptet, das wie eine Brückenkopfstellung gegen den wichtigsten Lebensnerv Österreichs, das Wiener Becken, wirkt. Ebenso sind die wichtigsten Verkehrsverbindungen in ungarischen Händen geblieben. So hat Ungarn an Österreich wohl Gelände verloren, nichts aber an seiner militärischen Stellung in Westungarn eingebüßt. Österreich steht weit fern von seiner natürlichen und historischen Verteidigungslinie an der Raab.

Bereits oben ist auf die ungemein wichtige Bedeutung des tschecho-slovakischen Brückenkopfes von Preßburg hingewiesen worden. Dieser Brückenkopf ist wohl in erster Linie in seiner operativen Bedeutung gegen Süden, d. h. gegen Ungarn ins Auge zu fassen. Ungarn kann nicht daran denken, den schmalen Streifen zwischen der Donau und der burgenländischen Grenze zu verteidigen. Die Tschecho-Slowakei beherrscht daher schon durch die bloße Grenzlage das ganze ungarische Staatsgebiet bis zur Linie Raab-Neusiedlersee. Von dieser Linie aus sind es nur knapp 150 Kilometer Luftlinie zur südslawischen Staatsgrenze an der Mur.

II.

In dem ins Auge gefaßten Gesamtraum ist der militärische Rüstungsgrad und der entscheidende Lebens- und Wehrwille der in Frage kommenden Staaten sehr verschieden. Italien steht sowohl in dieser Hinsicht als auch in bezug auf die Quantität militärpolitisch weitaus an erster Stelle. Österreich steht in jeder Beziehung an der entgegengesetzten letzten Stelle. Ungarn hat einen aktiven Wehrwillen, ist aber in der materiellen Wehrausrüstung, dann durch die Hemmung seiner Wehrfreiheit durch das Diktat von Trianon in seiner militärpolitischen Bedeutung stark beschränkt. Südslawien besitzt erstklassiges Soldatenmaterial und einen nicht zu unterschätzenden Unabhängigkeitswillen, der alle Stämme trotz der inneren Gegensätze einigen wird, wenn ein Angriff von außen käme. Auch die Kriegsorganisation Südslawiens ist auf der Höhe. Hingegen ist es in Materialausrüstung und industriellen Reserven Italien gegenüber sehr unterlegen. Die Tschecho-Slowakei soll hier militärisch nicht weiter gewertet werden, nur so viel sei hervorgehoben, daß die Tschecho-Slowakei gerade über ganz hervorragende industrielle militärische Möglichkeiten verfügt. Österreich bietet neben seiner politischen Schwäche ein klägliches militärpolitisches Bild. Es nützt trotz seiner arg bedrohten militärpolitischen Lage nicht einmal die Mög-

lichkeiten aus, welche ihm das Diktat von St. Germain belassen hat. Der Stand des österreichischen Bundesheeres bewegte sich in den letzten Jahren um rund 20 000 Mann, also nur zwei Drittel des bewilligten Armeestandes von 30 000. Trotz hervorragender Spezialleistungen ist im ganzen die Qualität des Bundesheeres unter dem Kampfwert der alpenländischen Regimenter im Weltkriege zu bewerten. Dies ist in allererster Linie dem Umstand zuzuschreiben, daß die Politisierung nicht zu militärischen Höchstleistungen angespornt hat, sondern zur Hervorkehrung einer konjunkturellen politischen Gesinnung. Eine derartige Einstellung muß jedes echte Soldatentum zerstören. Neben dieser Verkümmern des Wehrwillens von den Zentren aus fehlt es auch an einer ehrlichen Pflege des Wehrwillens in den bedrängten Grenzgebieten. Dazu kommt, daß man auch materielle Befestigungs- und sonstige Verteidigungsmöglichkeiten an den Grenzen so gut wie gänzlich unterlassen hat, so daß man einbruchslustigen Nachbarn das militärische und politische Risiko eines solchen Vorgehens geradezu aus dem Wege geräumt hat. So würden sich die deutsch-österreichischen Grenzmarken im Ernstfalle in einer gefahr- und schmachvollen Lage befinden. Es ist hier aber nicht am Platze, diese schwerwiegenden Dinge im einzelnen noch weiter zu analysieren. Es blieb zu erwarten, daß es dem Wehrminister Fürst Schönburg, der ein Soldat ist, gelingen würde, die Schäden seines Vorgängers zu heilen.

III.

Wir wollen aber einige der das heutige Österreich bedrohenden Gefahren ins Auge fassen. Sie ergeben sich aus der politischen Konstellation der in Frage kommenden Staaten. Italien betrachtet Ungarn als seinen Soldaten an der Donau, Südslawien und die Tschecho-Slovakei, die führenden Staaten der Kleinen Entente sind die natürlichen Gegner des italienisch-ungarischen Bündnisses. Im Hintergrund steht Frankreich. Italiens Adria-Politik und seine dunklen, auf dem Balkan weit-ausgreifenden imperialistischen Bestrebungen stoßen in erster Linie auf Südslawien. Im Ernstfalle kommt Italien wegen der schlechten Wehrorganisation Ungarns die Aufgabe zu, möglichst schnell und schlagartig die Verbindung zu Ungarn herzustellen. Diese Wahrscheinlichkeit ergibt sich nicht bloß aus politischen, sondern auch aus operativen Gründen. Wir haben oben von den Schwierigkeiten eines direkten italienischen Stoßes gegen Südslawien von der Karstlinie aus gesprochen. Südslawien ist schnell und tödlich nur von Norden, d. h. von Ungarn aus zu treffen, denn zwischen Sau und Drau und in deren Mündungsgebieten liegen die Kraftreserven des südslawischen Staates. — Wie würde sich nun die italienische Aktion gestalten? Die Beobachtungen an der Kärntnergrenze gerade auch in den letzten Wochen geben uns klare Antwort. In Udine hat sich Italien ein bestausgerüstetes Armeekorps geschaffen. Die Motorisierung dieses Armeekorps ist so weit als möglich

getrieben. Es handelt sich um die bekannten „schnellen Brigaden“. Nicht genug damit: ein zweites Armeekorps mit derselben Ausrüstung befindet sich im Stadium der Aufstellung. Vorzüglich ausgebaute, bis zu 16 Meter breite Heerstraßen führen von Venezien durch das Fellatal an die neue österreichische Grenze bei Arnoldstein und am oberen Isonzo hinauf auf den Predilpaß. Dazu betreibt Italien mit Nachdruck den Ausbau der Plöckenstraße und hat in ausdrücklicher Weise sein Interesse an der Packstraße bekundet, die das Klagenfurter Becken auf österreichischem Gebiet direkt mit Graz und weiter mit Ungarn verbindet. Auch die Straßenbauten, die aus dem Cadore und dem Pustertal an die italienische Grenze in Osttirol führen, sind ins Auge zu fassen. Die „schnellen Brigaden“ des Udineser Korps üben sich in kleinen Einheiten unablässig im Alarm und im schnellsten Vorwärtskommen an die österreichische Grenze in Kärnten: 4 Stunden nach dem Alarm stehen die Spitzen der italienischen, kriegsmäßig ausgerüsteten, motorisierten „schnellen Brigaden“ bereits in Arnoldstein auf österreichischem Boden. Das weitere Vorwärtskommen auf deutsch-österreichischem Gebiet durch das Klagenfurter Becken hinweg und späterhin über den Packsattel, das mag man sich ausrechnen. Es ist ohne weiteres festzustellen, daß die „schnellen Brigaden“ Italiens in wenigen Stunden Kärnten besetzen können, und daß es nicht 24 Stunden zu dauern braucht, bis durch italienische Streitkräfte über Österreichs Gebiet hinweg die Verbindung mit Ungarn hergestellt werden kann. Umgekehrt würden in dem angenommenen Fall Südslawen und Tschechen mit aller Schnelligkeit versuchen, über ungarisches und wohl auch österreichisches Gebiet hinweg die Verbindung miteinander herzustellen. Tatsächlich beschäftigen sich die südslawischen Militärkräfte im Raume von Varasdin mit dem Gedanken des möglichst raschen Vorstoßes nach Norden, während die Tschechen im Ernstfall offensichtlich starke Kräfte von Preßburg aus mit großer Schnelligkeit nach Süden in Bewegung setzen könnten. Ein vierfaches Wettlaufen zweier Parteien auf Kosten deutschen Volksbodens und des österreichischen Staates. Müßig, weitere Einzelheiten dieses kriegerischen Schauspiels und seiner Folgen für uns auszudenken!

Wenn ein harter Wehrwille in Österreich gepflegt, deutsch-österreichisches echtes Soldatentum allein wieder Leitstern für den Aufbau der österreichischen Wehrmacht geltend wären und die vorhandenen natürlichen Verteidigungspositionen materiell ausgebaut werden würden, so ließen sich die gekennzeichneten und möglicherweise auch noch andere katastrophale Gefährdungen weiteren deutschen Volksbodens wahrscheinlich vermeiden. „Si vis pacem, para bellum“, so ist auf dem Gebäude des jetzigen österreichischen Heeresministeriums, des früheren österreichisch-ungarischen Kriegsministeriums, zu lesen. Ein fester Wille zum unbedingten Schutz der Neutralität und entsprechende Maßnahmen würden das Risiko eines italienischen Durchmarsches durch Österreich im wesentlichen bannen, denn damit fiel das Überraschungsmoment fort, welches allein schon für Italien Verlockung genug sein

muß, den Durchmarsch nach Ungarn auf österreichischem Gebiet zu vollziehen. Dasselbe gilt für die südslawisch-tschechischen Pläne.

Die außerordentliche militärische Schwäche des österreichischen Grenzraumes im Südosten hat aber nicht bloß lokale Gefahren, sondern bildet den Ausgangspunkt von räumlich ganz weittragenden europäischen Konflikten! Wir wollen nur eine solche gravierende Verwicklungsmöglichkeit ins Auge fassen. Italienisch-südslawischer Konflikt! Nach Lage der Dinge würde Italien voraussichtlich über Kärnten und Steiermark auf österreichischem Gebiet vorbrechen, um im Donaauraum rasch eine Entscheidung zu suchen. Frankreich tritt auf den Plan. Italien hat diesen Zweifrontenkrieg ins Auge gefaßt, gerade deswegen muß sein Offensivstoß ins Donaubecken rasch, d. h. über Österreich hinweggeführt werden, während es sich in den Westalpen defensiv verhalten würde. Für die Franzosen ist die militärische Ausgangsstellung in den Westalpen zwar ungleich günstiger als für die Italiener, doch ist auch für sie der Verlauf einer Forcierung der Westalpen sehr ungewiß und damit die Möglichkeit, die entscheidende Entlastung der Kleinen Entente in Piemont zu erreichen. Damit steigt schicksalhaft für das deutsche Volk jene militärische Konzeption in den Bereich der Wahrscheinlichkeit, die in den napoleonischen Feldzügen und im spanischen Erbfolgekrieg gegeben war: Die französische Offensive, wenn sie nicht in Oberitalien Erfolgsaussichten hatte, auf dem direkten Weg von Elsaß-Lothringen aus zu versuchen! Süddeutschland als Durchzugsgebiet für die französischen Truppen, die Reichswehr nach Norden abgeriegelt, irgendwo im alten Kampfgebiet um das Wiener Becken Entscheidungsschlachten! Wie auch der Ausgang sei — fürchterlich das Schicksal des Volkes der Deutschen, des deutschen Volksbodens!

Phantasterei? Nüchterne militärische Überlegung gegenüber dem abscheulichen Dunst einer Weltgläubigkeit, die aus Verkümmern und innerer Schwäche geboren ist! Wie wenig steht es gegenüber den gezeichneten militärischen Wirklichkeiten dem heutigen Österreich an, von österreichischer Sendung und neuübernommener alter Mission für das Deutschtum im Südosten zu sprechen! Österreichs Ostmission war immer an seine starke und lebendige Stellung im Reich gebunden. Österreichs Heldenzeitalter der Türkenkriege erweist dies am klarsten. Prinz Eugen hat es am stärksten ausgesprochen. In dem fast tausendjährigen Geschichtsraum, den wir überblicken, hat Österreich eigentlich nur die zwölf Jahre von 1866—1878 militärisch gegen eine Ostmission gestanden, es war die Zeit, da es von Napoleon III. und von der dritten französischen Republik umworben wurde! Wenn aber für den Kaiserstaat Franz Josephs I. die Anlehnung an das Reich lebensnotwendig war, um so viel mehr ist es bei dem verstümmelten Deutsch-Österreich der Gegenwart der Fall. Nur als Reichsland hat sich dieses Land gleichen Umfanges in der Geschichte behaupten können, man denke doch an die Türkenkriege, wie sehr diese von 1529—1717 Reichskriege waren, man denke etwa an die Geschichte und die Funktion des Zeug-

hauses in Graz, dessen alte Waffenbestände größtenteils Arbeit der Meister in Augsburg, Nürnberg usw. darstellen, oder man denke umgekehrt an die schmachvolle Zeit Kaiser Friedrich III., als mit sinkender Reichsmacht Österreich Raubplatz der Ungarn und Türken geworden war oder an die kaiserlose Zeit, als Österreich mühelos eine Beute der Psemysliden wurde! Wieviel angriffslustiger, selbstbewußter und stärker sind die Nachfolgestaaten heute gegenüber der Zeit Corvinus' oder des Ottokar I. Und heute kommt dazu als drohendste Gefahr Italien, das Österreich auf den Rang und die Funktion Albaniens herabdrücken könnte. Gefahren, die Volkstum und Wirtschaft, Zukunft und Glück und vor allem Österreichs deutsche Seele bedrohen!

Doch genug in diesem Rahmen! Militärgeschichtliche Betrachtungen und strategische Erwägungen der Gegenwartslage führen beide zum gleichen Schluß: Österreich befindet sich militärisch in gefährlichster Lage, seine Grenzgebiete sind schutzlos dem Zugriff der Nachbarn ausgesetzt, ganz Österreich droht, zum Teil durch eigene Schuld, Schlachtfeld des nächsten Großkrieges zu werden. Die militärische Schwäche des österreichischen Raumes ist die lockende Ursache dieser Gefahren. Diese Ursache kann nur behoben werden, wenn den Schutz des österreichischen Raumes wieder ein Großstaat übernimmt, der die Kraft und Berufung dazu besitzt!

ALOIS FISCHER VON DER EGER:

Erdumfassende Sicht über die Bevölkerungsentwicklung

Es ändern sich nicht nur die Dinge beständig, auch unser Wissen um die Dinge ist fortwährenden Veränderungen unterworfen. Das gilt für den Bereich der Bevölkerungswissenschaft wie für die meisten Wissenszweige. Stets gibt es neben Andersgewordenem auch Anderserkanntes in nicht geringem Umfang festzuhalten. Als gutes Beispiel neuesten Datums sei die Feststellung durch die 1933 stattgefundene erste Volkszählung in Persien angeführt, daß dieses Land über 15 Millionen, nicht, wie vorher amtlich geschätzt, nur 8 bis 10 Millionen Einwohner zählt. Natürlich verlangen derartige Neufeststellungen bei raum- und zeitweiten Betrachtungen immer auch eine rückwirkende Auswertung. Es genügt nach dem heutigen Stand der Bevölkerungswissenschaft bei zahlreichen Gebieten nicht mehr, sich über deren Bevölkerungszahl in einem vergangenen Zeitpunkt einfach durch Einsichtnahme in ein gleich altes Fachwerk zu orientieren, sondern man muß sich stets mit gutem Gewissen sagen können, daß die Angaben über die Vergangenheit mit allen späteren Feststellungen in Einklang gebracht werden können. Selbst die Ergebnisse von Volkszählungen müssen sich nachträglich manchmal Korrekturen gefallen lassen. Durch den Vergleich der Ergebnisse der Zählungen des Haupt-

zählabschnittes 1930/31 mit den amtlichen Angaben über die natürliche Bevölkerungsbewegung und die Wanderungen in der Zeit vorher läßt sich beispielsweise feststellen, daß in mehreren tropischen und subtropischen Ländern durch die früheren Zählungen nicht der gesamte Bevölkerungsstand erfaßt wurde.

Die Unklarheits- und Ungenauigkeitsbestände bei der Bevölkerungserfassung sind in der letzten Zeit überhaupt wieder größer geworden. Die Politik mit ihrer Vorliebe für je nach Bedarf zu hoch oder zu niedrig geschätzte Ziffern trägt daran ein nicht geringes Stück Mitschuld. Brasilien, dessen Bevölkerung zuletzt am 1. September 1920 mit 30 636 000 (mit freien Indianern ca. 31 100 000) zensusmäßig festgestellt wurde, vermeldet gegenwärtig einen Bevölkerungsstand von über 44 Millionen, während die durchschnittliche jährliche Bevölkerungszunahme in der letzten Zeit allerhöchstens mit 600 000 angenommen werden kann. Es ist offensichtlich, daß die um 4 bis 5 Millionen zu hoch geschraubte Ziffer den Zweck verfolgt, die brasilianischen Großmachtansprüche und die Forderung eines ständigen Ratssitzes als Preis für den Wiedereintritt in den Völkerbund zu unterstreichen; denn die Möglichkeit, daß 1920 nicht der ganze Bevölkerungsstand erfaßt worden sein sollte, könnte nur durch eine neue Zählung erwiesen werden. Keinesfalls kann dies durch eine Berechnung dargetan werden. Ein Beispiel ähnlicher Art ist die kürzlich aus Ankara verbreitete Nachricht, daß der Bevölkerungsstand der Türkei, wo am 28. Oktober 1927 13 660 000 Menschen gezählt wurden, gegenwärtig 18 (!) Millionen übersteige. Woher bei einer gemeldeten Geburtenrate von $17\frac{1}{2}\text{‰}$ und einer verhältnismäßig unbedeutenden Einwanderung in 7 Jahren ein Bevölkerungswachstum von über 4 Millionen kommen soll, ist völlig rätselhaft. Anscheinend will man in der Türkei nicht hinter Persien zurückstehen und lizitiert die Bevölkerungszahl einfach über das persische Zählungsergebnis hinüber. Eine weitere stark störende Angelegenheit ist die Tatsache, daß in der Sowjetunion die Ziffer der Todesopfer durch die lokalen Hungersnöte in den zwei vergangenen Jahren von Amts wegen verschleiert wird. Einer genaueren Erfassung wurde lediglich die Bevölkerung Ostasiens zugänglich. In China veröffentlichte das Innenministerium eine auf Grund von im Jahre 1930 stattgefundenen Teilzählungen durchgeführte genauere Bevölkerungsberechnung. In Mandschukuo wurde am 31. Dezember 1932 eine Volkszählung durchgeführt, die das Ergebnis 29 605 000 erbrachte.

In der nachfolgenden erdumfassenden Übersicht 1 über die Entwicklung des Bevölkerungsstandes in den zwei Jahrzehnten vom Ausbruch des Weltkrieges bis zur Gegenwart erscheint wie in den ähnlichen Zusammenstellungen des Verfassers in „Zeitschrift für Geopolitik“ 1925, H. 10, 1928, H. 4, und 1931, H. 2, der Versuch unternommen, die Fehler auf das kleinste, das ist das durch die Lücken und unsichtbaren Mängel des Berichtsmaterials gegebene Maß zu beschränken. Die Übersichten 2 bis 5 bringen in ähnlicher Manier wie bei den früheren Referaten das wichtigste Detailmaterial zum behandelten Thema.

Die Südost-Nordwest-Abdachung der Geburtenhöhe in Europa.



GEBURTlichkeit 1933 IN PROMILLE DER BEVÖLKERUNG
* VORLÄufige ZIFFERN

■ über 30‰ ▨ 20 bis 30‰ ░ unter 20‰

Übersicht 1: Entwicklung des Bevölkerungsstandes 1914—1934
(in Tausenden)

| | Mitte 1914 (gegen- wärtige Staats- gebiete) | Anfang 1920 | Anfang 1925 | Anfang 1930 | Anfang 1931 | Anfang 1932 | Anfang 1933 | Anfang 1934 | Ende 1934 (Voraus- schätzung) |
|---|--|------------------|------------------|------------------|------------------|------------------|------------------|------------------|--|
| I. Europa | 471 000 | 450 000 | 470 000 | 497 000 | 502 000 | 507 000 | 512 000 | 517 000 | 522 000 |
| Union der Sowjet- republiken (europäisch. Gebiet) | 119 000 | 106 000 | 110 300 | 122 100 | 124 400 | 126 600 | 128 800 | 130 500 | |
| Deutsches Reich (mit Saargebiet) | 61 500 | 60 000 | 63 100 | 65 200 | 65 500 | 65 750 | 66 050 | 66 300 | 66 600 |
| Großbritannien u. Irland | 46 300 | 46 900 | 48 100 | 48 950 | 49 150 | 49 380 | 49 600 | 49 760 | 49 900 |
| Italien | 37 500 | 38 250 | 39 300 | 40 800 | 41 100 | 41 450 | 41 825 | 42 225 | 42 600 |
| Frankreich | 41 750 | 39 000 | 40 680 | 41 600 | 41 900 | 41 960 | 41 965 | 42 015 | 42 000 |
| Polen | 30 000 | 27 500 | 29 000 | 31 200 | 31 650 | 32 150 | 32 630 | 33 025 | 33 400 |
| Spanien (ohne Kanar. Inseln) . . . | 20 000 | 20 700 | 21 780 | 23 050 | 23 340 | 23 620 | 23 920 | 24 200 | 24 400 |
| Rumänien | 16 500 | 15 900 | 16 700 | 17 760 | 18 025 | 18 250 | 18 515 | 18 765 | 19 000 |
| Tschechoslowakei | 14 100 | 13 500 | 14 120 | 14 630 | 14 730 | 14 830 | 14 930 | 15 010 | 15 000 |
| Jugoslawien | 13 000 | 11 800 | 12 750 | 13 700 | 13 900 | 14 100 | 14 300 | 14 500 | 14 700 |
| Ungarn | 8 000 | 7 920 | 8 265 | 8 605 | 8 685 | 8 735 | 8 780 | 8 840 | 8 890 |
| Niederlande | 6 300 | 6 750 | 7 315 | 7 830 | 7 935 | 8 050 | 8 160 | 8 260 | 8 300 |
| Belgien | 7 700 | 7 400 | 7 745 | 8 030 | 8 090 | 8 160 | 8 215 | 8 265 | 8 300 |
| Österreich | 6 800 | 6 425 | 6 595 | 6 715 | 6 730 | 6 745 | 6 755 | 6 760 | 6 770 |
| Portugal (ohne Azoren und Madeira) | 5 550 | 5 590 | 5 895 | 6 200 | 6 260 | 6 330 | 6 400 | 6 470 | |
| Griechenland (eu- ropäisch. Gebiet) | 4 700 | 4 750 | 5 625 | 6 000 | 6 090 | 6 170 | 6 250 | 6 320 | |
| Schweden | 5 650 | 5 850 | 6 035 | 6 120 | 6 140 | 6 165 | 6 190 | 6 212 | 6 200 |
| Bulgarien | 4 650 | 4 800 | 5 260 | 5 725 | 5 815 | 5 900 | 5 975 | 6 050 | |
| Schweiz | 3 800 | 3 865 | 3 930 | 4 070 | 4 080 | 4 100 | 4 115 | 4 135 | 4 100 |
| Finnland | 3 300 | 3 335 | 3 495 | 3 635 | 3 665 | 3 700 | 3 720 | 3 735 | |
| Dänemark (mit Fär Öer) | 3 050 | 3 250 | 3 430 | 3 555 | 3 580 | 3 605 | 3 625 | 3 645 | |
| Norwegen | 2 475 | 2 620 | 2 740 | 2 800 | 2 810 | 2 830 | 2 845 | 2 860 | 2 800 |
| Litauen | 2 300 | 2 100 | 2 200 | 2 340 | 2 365 | 2 390 | 2 420 | 2 445 | |
| Lettland | 2 600 | 1 550 | 1 845 | 1 897 | 1 908 | 1 916 | 1 927 | 1 935 | |
| Estland | 1 200 | 1 050 | 1 112 | 1 115 | 1 118 | 1 120 | 1 123 | 1 125 | |
| Türkei (europäisch. Gebiet) | 1 700 | 1 500 | 1 050 | 1 050 | 1 050 | 1 050 | 1 050 | 1 050 | |
| Albanien | 820 | 840 | 925 | 1 000 | 1 015 | 1 025 | 1 035 | 1 045 | |
| Übrige Länder . . . | 1 030 | 1 005 | 1 060 | 1 130 | 1 140 | 1 145 | 1 150 | 1 160 | |
| II. Asien | 1 001 000 | 1 007 000 | 1 043 000 | 1 090 000 | 1 101 000 | 1 111 000 | 1 120 000 | 1 131 000 | 1 140 000 |
| China ¹⁾ | 409 000 | 406 000 | 411 000 | 413 000 | 415 000 | 416 000 | 416 000 | 418 000 | |
| Britischer Besitz . . | 338 000 | 336 000 | 351 000 | 367 000 | 371 000 | 375 000 | 379 000 | 383 000 | |
| Davon: | | | | | | | | | |
| Britisch-Indien . . . | 321 000 | 318 700 | 325 200 | 348 000 | 351 000 | 354 000 | 357 000 | 360 000 | |
| Japan | 53 200 | 55 700 | 59 075 | 63 750 | 64 650 | 65 550 | 66 550 | 67 550 | 68 500 |
| Niederländisch- Indien (ohne West-Neu-Guinea) | 46 000 | 48 700 | 53 700 | 59 200 | 60 300 | 61 400 | 62 500 | 63 600 | |
| Union der Sowjet- republiken | | | | | | | | | |
| (asiatisches Gebiet) | 28 800 | 28 000 | 30 800 | 34 800 | 35 500 | 36 100 | 36 600 | 37 100 | |

1) Derzeitiges Gebiet, also ohne Mongolei, Mandschurei + Jehol, Dsungarei und Hsintschian.

| | Mitte 1914 (gegen- wärtige Staats- gebiete) | Anfang 1920 | Anfang 1925 | Anfang 1930 | Anfang 1931 | Anfang 1932 | Anfang 1933 | Anfang 1934 | Ende 1934 (Voraus- schätzung) |
|--|--|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|--|
| Mandschutikuo ... | 19 600 | 22 000 | 24 400 | 27 800 | 28 500 | 29 200 | 29 605 | 30 200 | |
| Japanische Neben- länder | 19 700 | 21 900 | 23 600 | 26 300 | 26 900 | 27 500 | 28 000 | 28 550 | |
| Französischer Besitz | 21 000 | 21 500 | 22 600 | 24 000 | 24 300 | 24 600 | 24 900 | 25 900 | |
| Persien | 11 900 | 12 400 | 13 400 | 14 400 | 14 600 | 14 800 | 15 000 | 15 200 | |
| Philippinen | 9 000 | 10 700 | 11 700 | 12 850 | 13 100 | 13 300 | 13 500 | 13 700 | |
| Türkei (asiatisches Gebiet) | 14 000 | 13 000 | 12 300 | 12 800 | 12 900 | 13 000 | 13 100 | 13 200 | |
| Siam | 8 500 | 9 240 | 10 350 | 11 650 | 11 900 | 12 200 | 12 500 | 12 800 | |
| Afghanistan ¹⁾ | 8 000 | 8 000 | 8 000 | 8 000 | 8 000 | 8 000 | 8 000 | 8 000 | |
| Nedschd-Hedschas mit Vasallenstaat Yemen ²⁾ | 6 000 | 6 000 | 6 000 | 6 000 | 6 000 | 6 000 | 6 000 | 6 000 | |
| Irak | 2 700 | 2 800 | 2 900 | 3 100 | 3 150 | 3 200 | 3 250 | 3 300 | |
| Hsintschian | 2 000 | 2 100 | 2 150 | 2 200 | 2 200 | 2 200 | 2 200 | 2 200 | |
| Portugiesischer Be- sitz | 1 100 | 1 150 | 1 200 | 1 200 | 1 200 | 1 200 | 1 200 | 1 200 | |
| Übrige Länder ... | 1 750 | 1 700 | 1 720 | 1 750 | 1 755 | 1 760 | 1 765 | 1 770 | |
| III. Afrika | 131 000 | 135 000 | 140 000 | 147 000 | 148 000 | 149 000 | 151 000 | 152 000 | 153 000 |
| Britischer Besitz.. | 47 000 | 48 500 | 52 000 | 55 800 | 56 500 | 57 300 | 58 000 | 58 800 | |
| Davon: | | | | | | | | | |
| <i>Südafrikanische Union</i> | 7 250 | 7 900 | 8 400 | 9 150 | 9 300 | 9 500 | 9 700 | 9 900 | |
| Französischer Besitz | 35 000 | 35 700 | 37 200 | 38 350 | 38 600 | 38 850 | 39 100 | 39 350 | |
| Ägypten | 12 300 | 12 880 | 13 700 | 14 900 | 15 200 | 15 450 | 15 700 | 16 000 | |
| Belgischer Besitz ¹⁾ | 14 000 | 14 000 | 14 000 | 14 000 | 14 000 | 14 000 | 14 000 | 14 000 | |
| Abessinien ¹⁾ | 10 000 | 10 000 | 10 000 | 10 000 | 10 000 | 10 000 | 10 000 | 10 000 | |
| Portugiesischer Be- sitz ¹⁾ | 7 500 | 7 500 | 7 500 | 7 500 | 7 500 | 7 500 | 7 500 | 7 500 | |
| Italienischer Besitz | 2 000 | 2 000 | 2 100 | 2 250 | 2 300 | 2 350 | 2 400 | 2 450 | |
| Liberia | 1 500 | 1 700 | 1 850 | 2 100 | 2 100 | 2 100 | 2 100 | 2 100 | |
| Spanischer Besitz .. | 1 600 | 1 620 | 1 645 | 1 690 | 1 700 | 1 710 | 1 720 | 1 730 | |
| Tanger | 70 | 70 | 74 | 75 | 76 | 77 | 79 | 80 | |
| IV. Amerika | 200 000 | 212 000 | 229 000 | 246 000 | 248 000 | 252 000 | 255 000 | 258 000 | 261 000 |
| Vereinigte Staaten von Amerika ... | 100 000 | 105 830 | 116 250 | 122 335 | 123 500 | 124 400 | 125 300 | 126 250 | 127 100 |
| Brasilien | 28 800 | 30 800 | 33 400 | 36 400 | 37 000 | 37 600 | 38 200 | 38 800 | 39 400 |
| Mexiko | 15 400 | 15 500 | 15 850 | 16 350 | 16 750 | 17 100 | 17 500 | 17 850 | |
| Britischer Besitz.. | 10 500 | 11 100 | 11 800 | 12 600 | 12 800 | 13 000 | 13 200 | 13 400 | 13 600 |
| Davon: <i>Kanada</i> .. | 8 100 | 8 600 | 9 300 | 10 150 | 10 300 | 10 450 | 10 600 | 10 750 | 10 900 |
| Argentinien | 7 890 | 8 500 | 9 830 | 11 190 | 11 425 | 11 660 | 11 850 | 12 100 | |
| Kolumbien | 6 550 | 7 100 | 7 600 | 8 100 | 8 250 | 8 400 | 8 550 | 8 700 | |
| Peru | 5 270 | 5 500 | 5 900 | 6 400 | 6 500 | 6 600 | 6 700 | 6 800 | |
| Chile | 3 580 | 3 725 | 3 905 | 4 220 | 4 290 | 4 350 | 4 400 | 4 440 | |
| Kuba | 2 470 | 2 900 | 3 370 | 3 610 | 3 650 | 3 700 | 3 750 | 3 800 | |
| Bolivien | 2 870 | 3 100 | 3 350 | 3 600 | 3 650 | 3 700 | 3 720 | 3 740 | |
| Venezuela | 2 770 | 2 875 | 3 000 | 3 160 | 3 200 | 3 250 | 3 300 | 3 350 | |
| Ecuador | 2 000 | 2 100 | 2 250 | 2 450 | 2 500 | 2 550 | 2 610 | 2 670 | |
| Guatemala | 1 820 | 1 925 | 2 165 | 2 430 | 2 480 | 2 540 | 2 605 | 2 665 | |
| Haiti | 1 920 | 2 080 | 2 230 | 2 380 | 2 410 | 2 440 | 2 470 | 2 500 | |
| Uruguay | 1 315 | 1 470 | 1 770 | 2 040 | 2 080 | 2 120 | 2 160 | 2 200 | |
| Salvador | 1 150 | 1 230 | 1 330 | 1 430 | 1 450 | 1 470 | 1 490 | 1 510 | |

1) Geläufigste Rohschätzung. 2) Neue amtliche Rohschätzung.

| | Mitte 1914 (gegen- wärtige Staats- gebiete) | Anfang 1920 | Anfang 1925 | Anfang 1930 | Anfang 1931 | Anfang 1932 | Anfang 1933 | Anfang 1934 | End 1934 (Vora- schätz- ung) |
|--|--|----------------|------------------|------------------|------------------|------------------|------------------|------------------|--|
| Nebenländer der Vereinigten Staaten von Amerika | 1 200 | 1 400 | 1 550 | 1 660 | 1 680 | 1 700 | 1 725 | 1 750 | |
| Dominikanische Republik | 900 | 900 | 975 | 1 090 | 1 115 | 1 140 | 1 160 | 1 180 | |
| Paraguay | 900 | 900 | 915 | 965 | 975 | 985 | 985 | 970 | |
| Übrige Länder . . | 2 645 | 2 880 | 3 115 | 3 385 | 3 440 | 3 495 | 3 540 | 3 585 | |
| V. Australien und Ozeanien | 7 800 | 8 300 | 9 100 | 9 900 | 10 000 | 10 100 | 10 200 | 10 300 | 10 400 |
| Britischer Besitz . | 7 150 | 7 650 | 8 400 | 9 100 | 9 180 | 9 250 | 9 310 | 9 375 | 9 430 |
| Davon: <i>Australi- scher Staatenbund</i> | 5 600 | 5 950 | 6 600 | 7 165 | 7 230 | 7 280 | 7 330 | 7 385 | 7 430 |
| <i>Neuseeland</i> | 1 200 | 1 320 | 1 420 | 1 535 | 1 555 | 1 570 | 1 580 | 1 590 | 1 600 |
| Übrige Länder . . | 620 | 670 | 750 | 810 | 825 | 840 | 855 | 875 | |
| VI. Antarktis (Südgeorgien) . | 1,1 | 1,3 | 1,7 | 2,2 | 2,3 | 2,3 | 2,4 | 2,4 | |
| Erdbevölkerung | 1811000 | 1811000 | 1 891 000 | 1 990 000 | 2 010 000 | 2 029 000 | 2 048 000 | 2 068 000 | 2 086 000 |

Übersicht 2: Bevölkerungsindizes Anfang 1920 und Anfang 1934
(Basis: Bevölkerung Mitte 1914 auf den gegenwärtigen Staatsgebieten = 100).

| | Anfang 1920 | Anfang 1934 | | Anfang 1920 | Anfang 1934 |
|---|----------------|----------------|--|----------------|----------------|
| Uruguay | 112 | 167 | Jugoslawien | 91 | 112 |
| Mandschukuo | 112 | 154 | Britisch-Indien | 99 | 112 |
| Argentinien | 108 | 153 | Union der Sowjetrepubliken, europäisches Gebiet | 89 | 110 |
| Japanische Nebenländer | 111 | 145 | Polen | 90 | 110 |
| Niederländisch-Indien | 106 | 138 | Ungarn | 99 | 110 |
| Südafrikanische Union | 109 | 137 | Schweden | 104 | 110 |
| Brasilien | 107 | 135 | Schweiz | 102 | 109 |
| Griechenland | 101 | 134 | Deutsches Reich | 98 | 108 |
| Kanada | 106 | 133 | Großbritannien und Irland | 101 | 108 |
| Neuseeland | 110 | 133 | Belgien | 96 | 107 |
| Australischer Staatenbund | 106 | 132 | Litauen | 91 | 106 |
| Bulgarien | 103 | 131 | Tschechoslowakei | 96 | 106 |
| Niederlande | 107 | 131 | Türkei — asiatisches Gebiet | 93 | 102 |
| Ägypten | 105 | 130 | Frankreich | 93 | 101 |
| Union der Sowjetrepubliken, asiatisches Gebiet | 97 | 129 | Österreich | 94 | 99 |
| Japan | 105 | 127 | Estland | 88 | 94 |
| Vereinigte Staaten von Amerika | 106 | 127 | Lettland | 60 | 74 |
| Spanien | 103 | 121 | Türkei, europäisches Gebiet | 88 | 62 |
| Dänemark | 107 | 120 | Australien und Ozeanien | 106 | 132 |
| Portugal | 101 | 117 | Amerika | 106 | 129 |
| Norwegen | 106 | 116 | Afrika | 103 | 116 |
| Mexiko | 101 | 115 | Asien | 101 | 111 |
| Rumänien | 96 | 114 | Europa | 96 | 110 |
| Finnland | 101 | 113 | Erde | 100 | 114 |
| Italien | 102 | 113 | | | |

Übersicht 3: Natürliche Bevölkerungsbewegung
in Promille der Bevölkerung

| | 1913 | | | Neueste Angaben | | | |
|--|--------------------|---------------------|---|-----------------|----------|---------------------|---|
| | Geburten | Sterbefälle | Bilanz der natürlichen Bevölkerungsbewegung | Jahr | Geburten | Sterbefälle | Bilanz der natürlichen Bevölkerungsbewegung |
| Guatemala..... | 38,3 | 19,1 | + 19,2 | 1932 | 47,2 | 21,5 | + 25,7 |
| Salvador..... | 36,9 | 18,2 | + 18,7 | 1930 | 45,9 | 21,7 | + 24,2 |
| Mexiko..... | 35 | 33 | + 2 | 1930 | 49,6 | 26,6 | + 23 |
| Costa Rica..... | 43,2 | 22,8 | + 20,4 | 1931 | 46,6 | 24,6 | + 22 |
| Ägypten..... | 41,8 | 25,5 | + 16,3 | 1931 | 44 | 26,4 | + 17,6 |
| Südafrikanische Union, weiße Bevölkerung..... | 31,7 | 10,3 | + 21,4 | 1931 | 25,5 | 9,5 | + 16 |
| Argentinien..... | 38,2 | 16,3 | + 21,9 | 1931 | 27,6 | 11,9 | + 15,7 |
| Japan..... | 33,2 | 19,4 | + 13,8 | 1932 | 32,9 | 17,7 | + 15,2 |
| Korea..... | 29,7 | 18 | + 11,7 | 1928 | 35,6 | 20,4 | + 15,2 |
| Rumänien..... | 42,1 ¹⁾ | 26,1 ¹⁾ | + 16 ¹⁾ | 1933 | 32 | 18,7 | + 13,3 |
| Griechenland..... | 30 ¹⁾ | 20 ¹⁾ | + 10 ¹⁾ | 1931 | 30,3 | 17,3 | + 13 |
| Russisch. Reich, bzw. Union der Sowjetrepubliken ²⁾ ... | 42 | 25 | + 17 | 1928 | 41 | 19 | + 22 |
| | | | | 1932 | 37 | 20 ³⁾ | + 17 |
| | | | | 1933 | 35 | 22 ^{3),4)} | + 13 |
| Polen..... | | | | 1933 | 26,2 | 13,6 | + 12,6 |
| Jugoslawien..... | | | | 1929 | 33,3 | 21,1 | + 12,2 |
| Litauen..... | | | | 1933 | 25,7 | 13,5 | + 12,2 |
| Niederlande..... | 28,3 | 12,4 | + 15,9 | 1933 | 20,8 | 8,8 | + 12 |
| Portugal..... | 33 | 20,6 | + 12,4 | 1933 | 28,9 | 17,1 | + 11,8 |
| Bulgarien..... | 23 ¹⁾ | 26 ^{1),5)} | - 3 ¹⁾ | 1933 | 27,8 | 16,4 | + 11,4 |
| Spanien..... | 30,4 | 22,1 | + 8,3 | 1933 | 27,8 | 16,4 | + 11,4 |
| Uruguay..... | 32,2 | 12,3 | + 19,9 | 1931 | 21,4 | 10,1 | + 11,3 |
| Kanada..... | 26 | 12 | + 14 | 1933 | 20,8 | 9,5 | + 11,3 |
| Italien..... | 31,7 ¹⁾ | 18,7 ¹⁾ | + 13 ¹⁾ | 1933 | 23,5 | 13,5 | + 10 |
| Britisch-Indien, Provinzen.. | 39,4 | 28,7 | + 10,7 | 1930 | 35,5 | 26 | + 9,5 |
| Neu-Seeland..... | 26,1 | 9,5 | + 16,6 | 1933 | 16,6 | 8 | + 8,6 |
| Australischer Staatenbund.. | 28,3 | 10,8 | + 17,5 | 1932 | 16,9 | 8,7 | + 8,2 |
| Ungarn..... | 34,5 ¹⁾ | 22,5 ¹⁾ | + 11 ¹⁾ | 1933 | 21,6 | 14,7 | + 6,9 |
| Verein. Staaten von Amerika | 27 | 15 | + 12 | 1931 | 17,8 | 11,1 | + 6,7 |
| Chile..... | 40,8 | 31,1 | + 9,7 | 1933 | 33,4 | 26,8 | + 6,6 |
| Dänemark..... | 25,6 | 12,5 | + 13,1 | 1932 | 18 | 11,4 | + 6,6 |
| Finnland..... | 27,1 | 16,1 | + 11,3 | 1931 | 19,5 | 13,3 | + 6,2 |
| Lettland..... | | | | 1932 | 19,4 | 13,6 | + 5,8 |
| Irischer Freistaat..... | | | | 1933 | 19,2 | 13,6 | + 5,6 |
| Tschechoslowakei..... | | | | 1933 | 19,1 | 13,7 | + 5,4 |
| Schweiz..... | 23,2 | 14,3 | + 8,9 | 1933 | 16,4 | 11,4 | + 5 |
| Norwegen..... | 25,2 | 13,1 | + 12,1 | 1933 | 14,9 | 10,2 | + 4,7 |
| Belgien..... | 22,4 ¹⁾ | 14,6 ¹⁾ | + 8 ¹⁾ | 1933 | 16,3 | 12,5 | + 3,8 |
| Deutsches Reich..... | 27,5 ¹⁾ | 15,1 ¹⁾ | + 12,4 ¹⁾ | 1933 | 14,7 | 11,2 | + 3,5 |
| Estland..... | | | | 1933 | 17,6 | 14,9 | + 2,7 |
| Schweden..... | 23,1 | 13,7 | + 9,4 | 1933 | 13,7 | 11,2 | + 2,5 |
| Türkei..... | 22 | 18 | + 4 | 1933 | 17,5 | 15 | + 2,5 |
| Großbritann. u. Nord-Irland | 23,9 ⁶⁾ | 14,2 ⁶⁾ | + 9,7 ⁶⁾ | 1933 | 14,8 | 12,4 | + 2,4 |
| Österreich..... | 24,1 ⁷⁾ | 18,4 ⁷⁾ | + 5,7 ⁷⁾ | 1933 | 14,3 | 13,2 | + 1,1 |
| Frankreich..... | 18,8 ¹⁾ | 17,7 ¹⁾ | + 1,1 ¹⁾ | 1933 | 16,3 | 15,9 | + 0,4 |

1) Altes Gebiet. 2) Vorläufig nur Rohschätzungen, basierend auf den Angaben des Volkskommissars Kirow. 3) 1932 und 1933 erhöhte Sterblichkeit durch lokale Hungersnöte (besonders: Ukraina, Krim, Nordkaukasien). 4) Private Schätzungen rechnen für 1933 mit einer Sterblichkeit bis zu 55‰. 5) Kriegsjahr (Balkankrieg). 6) Großbritannien und Irland. 7) Gegenwärtiges Gebiet.

Übersicht 4: Wanderbewegung

a) Absolute Zahlen.

| Auswanderung | Einwanderung |
|---|---|
| Italien (1933)..... 83 064 | Mexiko (1933) 95 934 |
| davon nach Übersee..... 22 328 | Frankreich (1933) 74 635 aus Europa |
| Polen (1933)..... 35 525 | Australischer Staatenbund |
| davon nach Übersee..... 17 167 | (1933) 47 791 |
| Großbritannien und Nord- | Argentinien (1933) 37 626 von Übersee |
| Irland (1933)..... 26 256 nach Übersee | Palästina (1933) 31 977 |
| Griechenland (1933) 16 540 | Belgien (1932) 26 212 |
| Jugoslawien (1931) 15 368 | davon von Übersee..... 4 063 |
| davon nach Übersee..... 4 808 | Brasilien (1931)..... 26 183 von Übersee |
| Spanien (1931)..... 14 309 nach Übersee | Vereinigte Staaten von |
| Deutsches Reich (1933) .. 12 786 „ „ | Amerika (1933)..... 23 899 |
| Portugal (1933)..... 8 939 „ „ | davon von Übersee..... 13 815 |
| Rumänien (1932)..... 5 565 | Neuseeland (1933)..... 18 826 |
| davon nach Übersee..... 1 389 | Kanada (1933)..... 14 382 von Übersee |
| Tschechoslowakei (1933) .. 4 831 | Uruguay (1931)..... 12 950 „ „ |
| davon nach Übersee..... 1 654 | Kuba (1930) 5 636 „ „ |

b) Relative Zahlen.

| Auswanderer pro 100 000 Einwohner | Einwanderer pro 100 000 Einwohner |
|---|--|
| | |
| Italien (insgesamt) 1913 2 445 Neueste Angaben (1933) 198 | Palästina (insgesamt) .. 1913 (1933) 2 900 |
| Portugal (nach Übersee) .. 1 302 (1933) 121 | Neuseeland (insgesamt) 4 370 (1933) 1 289 |
| Polen (insgesamt) (1933) 108 | Australischer Staaten- |
| Spanien (nach Übersee) .. 1 016 (1931) 60 | bund (insgesamt) ... 1 315 (1933) 722 |
| Großbritannien und Ir- | Mexiko (insgesamt) (1933) 543 |
| land (nach Übersee) .. 843 (1933) 55 | Argentinien(von Übersee) 4 789 (1933) 320 |
| Tschechoslowakei (ins- | Kanada (von Übersee) . 5 221 (1933) 135 |
| gesamt) (1933) 32 | Frankreich (aus Europa) 5 (1933) 117 |
| Österreich (nach Übersee, | Brasilien (von Übersee) 718 (1931) 70 |
| Sowjetunion und Türkei) | Vereinigte Staaten von |
| Deutsches Reich (nach | Amerika (insgesamt) 1 247 (1933) 19 |
| Übersee) 38 (1933) 20 | |

Die Geburtlichkeit der höchstzivilisierten Völker (germanische Völker, Franzosen, Norditaliener, Tschechen, Westpolen, baltische Völker) zeigt 1933 neue, im Frieden noch nicht dagewesene Tiefstände. Eine Geburtlichkeit von mehr als 20 ‰ weisen unter den höchstzivilisierten Völkern nur noch die Niederländer, die holländischen Südafrikaner und die französischen Canadier auf. Die Kolonialbriten sind dagegen vom schärfsten Geburtenrückgang ergriffen, was bei weiterem Fortschreiten dieser Erscheinung eine unleugbare Gefahr für den Bestand des Britischen Reiches bedeutet. Die bisher vorliegenden Teilergebnisse aus dem Jahre 1934 zeigen allerdings in mehreren Staaten mit germanischer Bevölkerung, voran im Deutschen Reich, einen bemerkenswerten Umschwung auf. Im Deutschen Reich war die Zahl der Geburten im ersten Quartal 1934 um 14 ‰ und in den reichsdeutschen Großstädten in den ersten 9 Monaten 1934 sogar um 29 ‰ höher als in der gleichen Zeit des Vorjahrs. Für Großbritannien, Irland und die Niederlande kann man

Übersicht 5: Entwicklung der Bevölkerungsdichte¹⁾ (Menschen pro km²).

| | 1914 | 1920 | 1934 | | 1914 | 1920 | 1934 |
|--|------|------|------|--|------------|------------|------------|
| Belgien..... | 253 | 243 | 272 | Union der Sowjetrepubliken, | | | |
| Niederlande | 184 | 197 | 242 | europäisches Gebiet..... | 25 | 23 | 28 |
| Japan | 140 | 146 | 177 | Estland | 27 | 23 | 24 |
| Großbritannien und Irland ²⁾ .. | 148 | 150 | 159 | Mandschutikuo..... | 15 | 17 | 24 |
| Deutsches Reich ³⁾ mit Saar- | | | | Türkei, asiatisches Gebiet | 19 | 18 | 18 |
| gebiet | 131 | 128 | 141 | Ägypten ⁶⁾ | 12 | 13 | 16 |
| Italien..... | 121 | 123 | 136 | Vereinigte Staaten von Amerika | 12 | 13 | 16 |
| Tschechoslowakei | 100 | 96 | 107 | Schweden | 13 | 13 | 14 |
| Schweiz | 92 | 94 | 100 | Uruguay | 7,3 | 8,2 | 12 |
| Japanische Nebenländer | 66 | 74 | 97 | Finnland | 8,4 | 8,6 | 9,6 |
| China ⁴⁾ | 93 | 92 | 95 | Mexiko | 7,8 | 7,9 | 9 |
| Ungarn | 86 | 85 | 95 | Norwegen | 7,7 | 8,1 | 8,9 |
| Polen..... | 78 | 71 | 85 | Chile..... | 4,8 | 5 | 6,1 |
| Dänemark..... | 70 | 75 | 84 | Neu-Seeland | 4,4 | 4,8 | 5,9 |
| Österreich..... | 81 | 77 | 81 | Brasilien | 3,4 | 3,6 | 4,6 |
| Frankreich | 76 | 71 | 76 | Südafrikanische Union..... | 2,6 | 2,8 | 3,5 |
| Britisch-Indien | 68 | 65 | 76 | Union der Sowjetrepubliken, | | | |
| Portugal..... | 65 | 65 | 73 | asiatisches Gebiet..... | 1,7 | 1,7 | 2,3 |
| Rumänien..... | 56 | 54 | 64 | Kanada | 0,9 | 0,9 | 1,2 |
| Bulgarien | 45 | 47 | 59 | Australischer Staatenbund.... | 0,7 | 0,7 | 0,9 |
| Jugoslawien | 52 | 47 | 58 | Europa | 47 | 45 | 51 |
| Griechenland | 39 | 39 | 51 | Asien | 25 | 25 | 28 |
| Spanien..... | 41 | 42 | 48 | Amerika | 4,7 | 5 | 6,1 |
| Türkei, europäisches Gebiet ... | 71 | 63 | 44 | Afrika | 4,4 | 4,5 | 5,1 |
| Litauen | 41 | 38 | 44 | Australien und Ozeanien.... | 0,9 | 0,9 | 1,1 |
| Niederländisch-Indien ⁵⁾ | 24 | 26 | 34 | Festland der Erde⁷⁾..... | 13 | 13 | 13 |
| Lettland | 39 | 24 | 29 | | | | |

1) Gegenwärtige Gebiete.

2) England und Wales 244, 248, 267.

3) Land Sachsen 331, 312, 348.

4) Derzeitiges Gebiet, d. i. ohne Mongolei, Mandschurei und Jehol, Dsungarei und Hsintschian.

5) Java 251, 265, 341.

6) Ägypten ohne Wüste 351, 368, 452.

7) Grad der Ausnützung der Tragfähigkeit des Lebensraumes der Erde (6200 Millionen): 1914 und 1920 28%, 1934 33%.

für 1934 sicher, für die skandinavischen Staaten wahrscheinlich und für die Schweiz und Österreich möglicherweise mit einer mäßigen Erhöhung der Geburtenziffer rechnen. Wenn auch noch auf verhältnismäßig hohem Niveau sich bewegend, ist der Geburtenrückgang bereits auch in Ost- und Südeuropa von einschneidender Bedeutung. Vor allem sind es hier die Großstädte, die inselartige Vorposten des mit der fortschreitenden westlichen Zivilisation parallelgehenden Geburtenrückganges bilden. Einiges Aufsehen dürfte die Konstatierung erregen, daß in einer Zeit, in der wieder sämtliche reichsdeutschen Großstädte mehr Geburten als Sterbefälle aufweisen, Budapest, Turin, Triest, Florenz, Bologna und Barcelona negative Bilanzen der natürlichen Bevölkerungsbewegung verzeichnen. Das größte Bilanzminus verzeichnet aber bei der natürlichen Bevölkerungsbewegung noch immer Wien, wo in den ersten vier Monaten 1934 doppelt soviel Menschen starben als geboren wurden. Seit Mai 1934 macht sich jedoch auch hier eine Besserung bemerkbar.

Verglichen mit den Veränderungen der Geburtenziffern, erscheinen die Veränderungen der Sterberaten bei der großen Mehrzahl der Länder als relativ geringfügig. Im allgemeinen hält die Tendenz zu verlangsamter Senkung der Sterbe-

ziffern trotz der fortschreitenden Überalterung der Bevölkerung der meisten Länder noch immer an.

Am meisten haben als für die Bevölkerungsentwicklung wichtiger Faktor die Wanderungen an Bedeutung eingebüßt, die seit dem Bestehen der großen Wirtschaftskrise auf ein Maß eingeschrumpft sind, das man noch vor wenigen Jahren für gänzlich unmöglich gehalten hätte. Interessant ist die völlige Umkehrung der relativen Bedeutung der wichtigen Einwandererländer, unter denen jetzt Palästina an erster Stelle rangiert, während aus den Vereinigten Staaten von Amerika seit 1931 mehr Menschen auswandern als dahin einwandern.

Eine Voraussicht auf die Bevölkerungsentwicklung der kommenden Jahre ist nicht leicht möglich. Sicher ist nur, daß in der künftigen Bevölkerungsentwicklung hauptsächlich das Ringen der Völker um nationale Geltung und Sicherheit auf der einen Seite und das individuelle Streben nach Erhaltung und Verbesserung des kulturellen Standards auf der anderen Seite zum Ausdruck kommen wird. Die Gefahr der Dekadenz als Massenerscheinung, vor der dem nervösen 19. Jahrhundert so bange war, ist durch artentsprechende Lebensweise, Sport und medizinisch-hygienischen Fortschritt längst weitgehend überwunden. Nun hat man in der Mehrzahl der wichtigen Kulturländer auch mit der Ausjätung der geistig-seelischen Verseuchung begonnen, wodurch das Streben nach Volksgesundung und Volksaufartung stark unterstützt wird.

W. OETTING:

Die „Kongo—Ozean“-Bahn und das Problem der Verkehrserschließung Französisch-Äquatorial-Afrikas

Am 10. Juli dieses Jahres wurde durch den Generalgouverneur von Französisch-Äquatorial-Afrika eine Eisenbahnlinie zwischen Pte. Noire an der atlantischen Küste und Brazzaville am Stanleyppool feierlich eröffnet. Damit findet ein Projekt seine Verwirklichung, dessen romanhafte Vorgeschichte seit fast 50 Jahren die Gemüter des französischen Parlaments und der Öffentlichkeit immer wieder aufs neue erregt hat.

Nachdem seit dem Jahre 1886 eine Expedition nach der anderen zum Studium eines Eisenbahnweges von der Küste nach dem Inneren aufgebrochen war, ohne ein brauchbares Ergebnis zu zeitigen, wurde schließlich 1894 dem Parlament ein Plan unterbreitet, der die Umgehung der Kongoschnellen und eine Linienführung von Brazzaville über Komba, Kimbedi, Ludima zum Anfangspunkt der Schifffahrt auf dem Kuilu-Niari, 60 km oberhalb seiner Mündung, bei Mandji vorsah. Aber unter heftigen Kontroversen verschwand dieser Plan in den Schubfächern der Ministerien, während Belgien — eingedenk der Worte Stanleys: „Der Kongo ohne Eisenbahn ist nicht einen Pfennig wert“ — die Notwendigkeit einer Bahn vom Stanleyppool



zur Küste erkannte und daraus die Konsequenzen zog. Während Belgien die Strecke Léopoldville—Matadi baute, und sich damit die Führung in der Transportfrage nicht nur der eigenen Kolonie, sondern auch Französisch-Äquatorial-Afrikas verschaffte¹⁾, wurde in Frankreich über Zweck und Ziel einer Bahn vom Inneren zur Küste debattiert. Erst das Jahr 1905 stellt einen Wendepunkt dar. Man hatte nämlich durch geologische Untersuchungen festgestellt, daß am Niari (Mittelkongo) die gleiche Gesteinsserie auftrat, die in Katanga reiche Kupfererze führte, und hatte

1) Seit 1898 Schmalspur (0,765 m), seit 1932 Kapspur (1,067 m).

nun die Hoffnung, hier den gleichen Erzreichtum vorzufinden. Man suchte und fand. Vier Jahre nach der ersten Sondierung begann der Erzabbau um Minduli.

Aber nun zeigte sich besonders klar der Mangel eines geeigneten Transportweges für die Ausfuhr. Die Erze mußten von Minduli nach Brazzaville, und von dort nach Léopoldville gebracht werden. Von hier erfolgte dann der weitere Transport mit der belgischen Bahn nach Matadi und dort mußte von neuem auf Schiffe umgeladen werden. Das alles machte den Betrieb so unrentabel, daß man wiederum an die Bearbeitung eines Planes direkter Verbindung Brazzaville—Ozean ging.

Aber erst nachdem man 21 Millionen Franken an den Ausbau der Straße Loango—Brazzaville gewendet hatte, bei dem von Anfang an klar sein mußte, daß er den Anforderungen des Erztransportes nie genügen könnte, entsann man sich des Eisenbahnprojektes. Und so begannen neue Untersuchungen über eine brauchbare Linienführung. Gleichzeitig forschte man nach einem günstigen Hafenplatz und entschied sich schließlich für Pte. Noire. 1911 wird der Plan für die Streckenführung eingereicht; 1914, wenige Tage vor Kriegsausbruch, stellt die Genehmigung einer Anleihe von 93 Millionen Franken den Beginn der Arbeiten sicher. Aber der Krieg durchkreuzt alle Pläne. Kaum ist er beendet, beginnen die Streitigkeiten von neuem und kommen erst 1922 zum Abschluß, mit dem Erfolg, daß nun die Arbeit beginnt. Zwölf Jahre später ist der Bau beendet.

*

Ungeheuer waren die Schwierigkeiten, die es zu überwinden galt: Anfangs führt die Strecke durch sumpfiges Urwaldgelände, dann dringt sie in das Bergland der Südgineaschwelle ein und durchbricht die 45 km breite Majumbekette. Das Klima ist äußerst ungesund, und da die Arbeiter nicht daran gewöhnt sind, zudem keine Schlafdecken erhalten und unzureichende Verpflegung, sterben sie in Massen. Mit den primitivsten Werkzeugen wird in der ersten Zeit gearbeitet, und die Ausgaben übersteigen ständig die Voranschläge. Die französische Presse nimmt sich der in die Tausende gehenden Opfer an Menschenleben an und setzt eine Untersuchung der hygienischen Verhältnisse durch. Der Bahnbau aber gerät über Mißwirtschaft in der Baugesellschaft und Geldschwierigkeiten ins Stocken.

Aber daran darf das Unternehmen, für das man so viele Jahre gekämpft hat, nicht scheitern. Man hat sich zum Bau entschlossen und ist daher bereit, ihm auch Opfer zu bringen. Antonetti, ein bewährter Kolonialmann, wird an die Spitze von Äquatorial-Afrika gerufen, und mit ihm geht es wieder vorwärts. Neue Gelder werden aufgenommen, die hygienischen Verhältnisse gebessert und für die spärliche, einheimische Bevölkerung die Lasten der Arbeiterrekrutierung gemildert. Aus Ubangi-Chari und Tschad werden Leute herangeholt. 1200 bis 1500 km zu Fuß, per Schiff oder Auto kommen sie zur Arbeitsstätte. 120 000 werden insgesamt während der Bauzeit beschäftigt. Um die eingeborenen Arbeiter zu entlasten, macht man einen Versuch mit Kanton-Chinesen, der gänzlich mißlingt und zur Auf-

wiegelung der Schwarzen führt. Man läßt sich aber nicht einschüchtern, und 1934 ist das Werk vollendet.

Einen Begriff von den Schwierigkeiten und Leistungen beim Bahnbau geben folgende Zahlen:

| | |
|--|---------------------------------|
| Beschäftigte Arbeiter | 120 000 |
| Tote von 1922—1928 (auf 200 km Strecke) | 17 000 |
| Offizielle Gesamtverlustziffer | 20 000 |
| Länge der Strecke | 512 km |
| Spurweite | 1,06 m (Kapspur) |
| Kunstabauten | 1 200 |
| darunter: | |
| Brücken und Viadukte | 92 |
| Tunnels | 12 (Bambatunnel: 1,7 km Länge) |
| Bauzeit | 12 Jahre |
| Gesamtkosten | 930 000 000 Franken |
| Kosten pro Strecken-km | 1 821 093 Franken ¹⁾ |

Bei Betrachtung dieser Zahlen taucht die Frage auf, womit sich die unverhältnismäßig hohen Opfer an Menschen und Geld rechtfertigen, zumal mit ihnen bisher nur die Eisenbahnlinie erkaufte ist, und die Anlage des Hafens Pte. Noire noch einmal eine Summe von 190 Millionen Franken verschlingen soll. Ein Blick auf die Karte gibt Aufschluß und zeigt, wie man durch Hafen und Bahn zusammen eine Reihe wirtschaftlicher und politischer Fragen gleichzeitig zu lösen bemüht ist und hierfür keine Opfer scheut.

Das gewaltige französisch-äquatorial-afrikanische Kolonialreich stellt mit seinen 2 500 000 qkm oder der $4\frac{1}{2}$ -fachen Größe des Mutterlandes vorwiegend eine Binnenkolonie dar. Bei einer Erstreckung über $281\frac{1}{2}$ Breitengrade (3154 km) und fast 19 Längengrade (2077 km) grenzt es mit nur 1300 km an das offene Meer. Von dieser Strecke aber ist der größte Teil von nur sehr beschränktem Wert. Denn nirgends außer in Gabun, wo mit Libreville und Pt. Gentil zwei brauchbare Häfen, auf denen der starke Holzexport der Kolonie beruht, vorhanden sind, und im Ogowe eine weiter ins Innere reichende Wasserstraße besteht, existiert eine gute, natürliche Verbindung zwischen Hinterland und Küste. Aber auch in Gabun bleibt das Hinterland auf das Ogowebecken beschränkt und besitzt keine Verbindung mit den großen Verkehrsadern des Sanga und Ubangi, weil sich zwischen diese und das der Küste zugewandte Becken die Höhen der Südguineaschwelle schieben und damit die natürlichen Binnenstraßen vom Anschluß an den Weltverkehr abriegeln.

In Mittelkongo entwickelt sich die Südguineaschwelle kräftiger, tritt nahe an die Küste heran und beendet so die Schiffbarkeit der kurzen Küstenflüsse schon wenig

1) Eine Umrechnung dieser Summe stößt auf Schwierigkeiten, da es unbekannt ist, wie hoch während der steigenden Entwertung in der französischen Inflationsperiode die Ausgaben pro Jahr gewesen sind. Rechnet man die Gesamtsumme auf den Stabilisierungswert 1927 um (6,1 Papierfranken gleich 1 Goldmark), so ergeben sich Kosten pro Kilometer von rund 300 000 Goldmark, d. h. mehr als dem Doppelten der Kosten, die vor dem Kriege deutscherseits pro Kilometer im Urwald veranschlagt wurden (120 000—140 000 Mark).

oberhalb ihrer Mündung. Nur der Kuilu-Niari ist bis 60 km aufwärts bei Mandji befahrbar, und hierin liegt der Grund für die Wahl dieses Ortes als Ausgangspunkt für die ersten Eisenbahnprojekte.

Eine brauchbare natürliche Verbindung zwischen Küste und Hinterland ist in Mittelkongo nirgends vorhanden, so daß sich der Handel selbst dieser meerbegrenzten Kolonie einen mühevollen und weiten Umweg durch belgisches Gebiet über Léopoldville—Matadi suchen mußte, wenn er nicht der Stagnation anheimfallen sollte. Denn die Anlage einer Kunststraße von Loango aus konnte nur sehr beschränkten Nutzen haben, da dieser Ort einerseits keinen guten Hafen besitzt, andererseits aber auch ein Massentransport, wie ihn die Aufschließung der Erzlager von M'Boko Songo bis Minduli notwendig macht, auf der Straße nicht in Frage kommen kann.

Weit schwerer aber als Mittelkongo trifft die Abriegelung der Südguineaschwelle den Verkehr der beiden anderen Kolonien Ubangi-Chari und Tschad. Durch das Grenzabkommen von 1885 zwischen Deutschland und Frankreich war letzterem das Vordringen nach Westen und damit der kürzeste und bequemste Anschluß an den Weltverkehr durch Kamerun versperrt. Und auch im Norden hatte das Auftreten der Deutschen Kamerunexpedition von 1894 im letzten Augenblick Frankreich von der großen Verkehrsader des Benue-Niger abgeschnitten.

Damit aber war zu dem geographischen Problem der Verkehrserschließung das politische getreten. Denn nun waren die beiden Binnenkolonien Ubangi-Chari und Tschad von jedem direkten Anschluß an den Weltverkehr geschieden: Der nördliche Weg zum Anfangspunkt der Schifffahrt auf dem Benue führte durch deutsches Gebiet, im Süden aber war man gezwungen, um das Meer zu gewinnen, den Verkehr über die Wasserstraßen des Ubangi- (bzw. Sanga-) Kongo durch belgisches Gebiet auf die Bahn Léopoldville—Matadi zu leiten, da der Zugang zur See auf eigenem Boden durch den Wall der Südguineaschwelle gesperrt war.

Zwar waren durch die Kongoakte Handelsfreiheit im vertraglichen Kongo-becken, durch die Abkommen von 1908 und 1911 mit Deutschland, den Weg Chari—Logone—Benue betreffend, Handelserleichterungen für Frankreich gesichert worden. Aber diese Vereinbarungen mußten stets mehr Belgien und Deutschland, die im Kongo und Kamerun die Schlüsselstellungen für den Übersee-handel des größten Teils Französisch-Äquatorial-Afrikas besaßen, zugute kommen. Denn sie zogen den unmittelbaren Nutzen direkter und indirekter Einnahmen aus der Verkehrsbelebung in ihren Gebieten, während für Frankreich die hohen Frachtspesen, das Hauptübel des Handels dieser Binnenländer, bestehen blieb.

Diese vom französischen Standpunkt schwierigen Verhältnisse erfuhren durch das Marokko-Abkommen von 1911, demzufolge Frankreich einen bedeutenden Teil seines äquatorialen Besitzes an Deutschland abtreten mußte, eine weitere Verschlimmerung. Durch Ubangi- und Sangazipfel wurde das einheitliche Gebiet in



drei zusammenhanglose Stücke aufgelöst (s. S. 685, Kärtchen II), denen außer dem Zugang zum Meer auch noch der Verkehr untereinander erschwert war.

Versprach sich die damalige deutsche Regierung auch viel von diesem Gebietszuwachs und erhoffte sich vielleicht sogar, Frankreich damit in seinem Äquatorialreich soviel Schwierigkeiten für Handel und Verkehr bereiten zu können, daß es sich eines Tages aus diesen Gebieten zurückziehen würde, so waren das alles doch einstweilen nur Träume und der praktische Nutzen von „Neu-Kamerun“ nur sehr gering. Dagegen war an der Ostgrenze des Schutzgebietes die Gegnerschaft verstärkt worden, und die Folgen davon mußten mit dem Tage, an dem sich Deutschland schwach zeigte, in Erscheinung treten: 1919 annektierte Frankreich die vor acht Jahren an Deutschland abgetretenen Gebiete und übernahm das Mandat von Alt-Kamerun, soweit es damit eine Abrundung seines Äquatorialreiches zu erzielen glaubte. Nun war der deutsche Keil aus der französisch-äquatorialen Interessensphäre entfernt, und man konnte hoffen, in Zusammenarbeit mit der Mandatsverwaltung die Anschlußfrage von Ubangi-Chari und Tschad an den Weltverkehr befriedigend lösen zu können (s. S. 685, Kärtchen III). Zwei Möglichkeiten gab es hierfür und beide hat man versucht, in die Tat umzusetzen.

Die erste Möglichkeit bestand in einer Verbesserung des Weges: Chari—Logone—Benue—(Niger). Im Zuge der französischen Entdeckungsreisen in den Tschadseeländern war festgestellt worden, daß zur Regenzeit eine Wasserverbindung zwischen Logone und Benue über den Tuburisumpf—Mao Kabbi bestand. Bei näherer Untersuchung aber stellte sich heraus, daß diese Wasserstraße, von der man sich für die wirtschaftliche Aufschließung des Nordgebietes große Erwartungen gemacht hatte, nur sehr begrenzt brauchbar und wegen wiederholten Umladens unbequem, kost-

spiellig und zeitraubend war¹⁾. Man wandte daher seine Aufmerksamkeit mehr und mehr der Landverbindung von Bongor nach Garua zu in der Erkenntnis, daß in diesem Gebiet die kürzeste Entfernung zwischen den beiden großen Stromsystemen des Chari-Logone und Benue-Niger bestand und es diese nur zu überwinden galt, um den notwendigen Anschluß an den Weltverkehr zu erhalten.

Man sicherte sich durch die bereits oben erwähnten Verträge²⁾ mit Deutschland, dem bis 1911 ein Teil des in Frage kommenden Gebietes, nach 1911 das ganze Gebiet gehörte, das Recht zur Anlage von Verproviantierungsstationen und Materialdepots, von ungehindertem Truppen- und Reisendendurchzug sowie das Recht zur Anlage einer Bahnverbindung. Aber ein Eisenbahn- oder Straßenbau, der diese Abmachungen erst sinnvoll gemacht hätte, unterblieb. Nur je eine Verbindung von Bongor und Ham über Lere nach Garua — notdürftig einem Wagenverkehr in der Trockenzeit genügend — wurde geschaffen. Da man aber nach 1911 in Frankreich zu der Überzeugung kam, daß man auf diesem Wege mehr Deutschland als sich selbst nütze, außerdem aber auf dem Benue auch keine französische Transportgesellschaft existierte, die man durch Vernachlässigung dieser Handelsstraße zur Aufgabe ihres Geschäftes auf Vorpostenstellung gezwungen hätte, schwand das Interesse an dem Benue-Logone-Weg und führte zu einer starken Bremsung des Handels über Garua³⁾.

Als nun aber Deutschland nach dem Kriege ausgeschaltet und der Anfangspunkt der Schifffahrt auf dem Benue in französische Hände übergegangen war, erwachte in Äquatorial-Afrika von neuem das Interesse an dieser Straße. Seit längerem schon hatte sich eine französische Transportgesellschaft⁴⁾ in Garua etabliert, die den Handel von der Benutzung englischer Schiffe unabhängig machte. Trotzdem aber ist es erst vor kurzer Zeit der Kolonie Tschad gelungen, eine Vereinbarung über den Ausbau der Verbindung Bongor—Garua, der auch während der Regenzeit eine Benutzung gestattet, mit dem Mandat zu treffen. Die Gründe für die Verspätung einer für den nördlichen Teil Französisch-Äquatorial-Afrikas lebenswichtigen Arbeit liegen in erster Linie auf politischem Gebiet und hängen mit den durch das Mandatssystem ungeklärten Besitzverhältnissen zusammen, die hier ebenso wie bei dem zweiten, durch Kamerun im Süden führenden Weg in Erscheinung treten und nach dessen Besprechung erörtert werden sollen.

1) Von Garua bis Lere ist der Benue und Mao Kabbi in den Monaten Juli bis September für 30 Tonnen-Leichter schiffbar. Die nun folgende Strecke aber wird zwischen Lere und Ere — dem Verbindungspunkt am Logone — zweimal — durch den 70—80 m hohen Gauthiotwasserfall und eine selbst in der Regenzeit zu wenig Wasser führende Strecke zwischen Pogo und Ham — unterbrochen.

2) Abkommen vom 18. 4. 1908, Art. 2, 3, 4; Kongoabkommen vom 4. 11. 1911, Art. 7, 8, 13.

3) Der Durchfuhrhandel über Garua nach Franz.-Äquat.-Afrika erstreckte sich im Berichtsabschnitt 1911/12 auf 13 741 Kolli, 1912/13 nur noch auf 5773 Kolli.

4) Die französische Schifffahrt wird auf dem Benue betrieben von: Rasson et Brouillet. Die Flotte besteht aus 1 Schlepper und 2 Leichtern.

Dieser zweite Weg, der dem äquatorial-afrikanischen Reich eine Verbindung zum Ozean schaffen könnte, läuft von Bangui am Ubangi nach Jaunde, der Endstation der Kameruner Mittellandbahn. Er stellt die schnellste und kürzeste Verbindung mit dem von Jahr zu Jahr größere Bedeutung gewinnenden Hafen von Duala dar und ist rund 400 km kürzer als der Wasser- und Eisenbahnweg von Bangui nach Matadi, der mit mehrfachem Umladen der Fracht verbunden ist und sehr viel Zeit in Anspruch nimmt.

Diese Vorzüge des Weges haben dazu geführt, daß man ihn bald nach Erwerb des Mandates von Kamerun als Allwetterstraße für 2-Tonnen-Lastwagen ausbaute, und nun auf ihm in sechs Tagen von der Küste nach Bangui gelangen kann, während der Reisende auf dem Wege Matadi—Léopoldville dorthin fast einen Monat unterwegs ist. Da er aber stärkeren Anforderungen, wie sie die steigende Ausfuhr¹⁾ und Einfuhr Ubangi-Charis stellen, nicht genügt, hat die äquatorial-afrikanische Verwaltung auf den Weiterbau der Kameruner Mittellandbahn über Dengdeng nach Meiganga mit einer Abzweigung in Richtung auf Carnot und Bangui gedrungen. Man steht hier auf dem Standpunkt, daß die bestehende Straße erst nach einem Ausbau für 5-Tonnen-Wagen eine Eisenbahnlinie würde ersetzen können, daß aber dieser Ausbau nicht wesentlich billiger als der Neubau einer Bahn zu stehen kommen würde, der zudem in ganz anderem Maße als eine Landstraße die Verzinsung des investierten Kapitals gewährleisten könnte.

Die Mandatsverwaltung aber verhält sich diesen Wünschen gegenüber ablehnend und begründet diese Einstellung mit der Unmöglichkeit, hierfür die nötigen Gelder aufbringen zu können. Außerdem betrachtet sie den eigenen Nutzen als in keinem Verhältnis zu den aufgewandten Kosten stehend. Es scheint daher, als werde das Eisenbahnprojekt einstweilen das gleiche Schicksal haben, das so viele Jahre hindurch der Kongo-Ozeanbahn bestimmt war: das der Debatten, Entschlüsse, Bewilligungen und Streichungen.

Bei diesem Streit zwischen Mandat und Französisch-Äquatorial-Afrika um den Ausbau der Straße zu einem den Bedürfnissen des letzteren voll genügenden Weg ist es auffallend, daß hier nicht höheren Ortes ein Machtwort gesprochen wird, das im Sinne Äquatorial-Afrikas entscheidet, da doch der Weg Bangui—Jaunde—Duala unbestreitbar alle Vorzüge gegenüber den anderen Anschlußversuchen an den Weltverkehr besitzt. Es ist nicht von der Hand zu weisen, daß hier die gleichen politischen Erwägungen eine wichtige Rolle spielen, wie sie bereits oben für den Logone-Benue-Weg angedeutet wurden:

Durch den Versailler Vertrag wurde zwar der deutsche Keil aus der französischen Interessensphäre entfernt. Aber dadurch, daß das Mandatssystem Kamerun nicht fest in französische Hände gab und Frankreich nur zum Verwalter bestimmte, war

1) Es handelt sich in erster Linie um: Baumwolle, Gold, Palmkerne, Wachs, Palmöl.

und ist bis heute die Wiederkehr der Vorkriegsverhältnisse nicht ausgeschlossen. Man hat daher in Kamerun sorgsam vermieden, größere Kapitalsmengen zu investieren, und scheut nun aus demselben Grunde eine Verlängerung der Mittellandbahn in dem von dem östlichen Nachbarn gewünschten Ausmaße¹⁾.

Solange diese Verhältnisse bestehen, hat Frankreich mit ihnen zu rechnen. Solange es aber mit ihnen rechnen muß, bleibt als sicherster Anschlußweg an den Weltverkehr nicht der Weg nach Westen durch Kamerun, sondern nach Süden durch Belgisch-Kongo oder die eigene Kolonie Mittelkongo.

Den Weg durch Belgisch-Kongo ist man bis heute gegangen, weil man keine ausreichende Straße im eigenen Gebiet besaß. Er basiert auf den schiffbaren Strömen Ubangi und Sanga (und ihren Nebenflüssen), die sich im Kongo vereinen²⁾, und auf der Bahn durch belgisches Gebiet nach Matadi. Aber er machte wie kein anderer Französisch-Äquatorial-Afrika zu einem großen Teil von Belgien im Handel abhängig. Das geht nirgends klarer hervor als aus der offiziellen Statistik.

Danach betrug der Gesamtanteil Belgiens (Mutterland und Kolonie) an dem Handel Französisch-Äquatorial-Afrikas in Mittelkongo:

| Gesamtbelgischer Anteil | | | | Handel der Kolonie Mittel-Kongo | | | | |
|-------------------------|--------|---------|-------|---------------------------------|---------|---------|--------|--------|
| Einfuhr | | Ausfuhr | | Einfuhr | | Ausfuhr | | |
| 1932 | 1933 | 1932 | 1933 | 1932 | 1933 | 1932 | 1933 | |
| Wert 1000 Fr. | 35 374 | 23 410 | 6 076 | 6 685 | 149 396 | 105 013 | 11 140 | 15 593 |
| Menge (t) | 10 230 | 9 483 | 4 510 | 5 406 | 63 268 | 48 811 | 12 872 | 20 804 |

In Prozenten ausgedrückt war demnach Belgien an Einfuhr und Ausfuhr beteiligt mit:

1) Daß diese Kombinationen nicht nur deutschen Gedankengängen entspringen, bezeugen die Worte eines Engländers in der *African World* 1933: Frankreich hätte in Kamerun mehr tun können und müssen. Der Grund für die starke Zurückhaltung beruht auf der im Mandatsystem verankerten Unsicherheit des Besitzes. (!!)

2) Von Bangui aus bildet der Ubangi nach Regulierung der Strecke bei Singa, wo Schnellen auftreten, eine Wasserstraße, die während des ganzen Jahres für Schiffe bis 1 m Tiefgang befahrbar ist. Das ist um so bedeutsamer, als von Bangui aus eine nur verhältnismäßig kurze Landstrecke zu überwinden ist, um in den Schiffahrtsbereich der großen nördlichen Wasserstraßen des Chari und Logone zu gelangen, und damit ein Anschluß dieser Gebiete nach Süden möglich gemacht wird. Außerdem besteht von Bangui aus nach Osten die Möglichkeit des Schiffsverkehrs — wenn auch nur für kleinere Fahrzeuge — auf dem Ubangi und Mbomu. Ebenso wie im Ubangi besitzt Französisch-Äquatorial-Afrika im Sanga eine wertvolle Wasserstraße, die im ganzen Jahr bis Wesso, bei Hochwasser bis Nola reicht. Während das Stromsystem des Ubangi nach Osten und Norden vorstößt und den Güter- und Personenverkehr dieser Gebiete an sich zieht, streckt der Sanga seine Arme nach Westen und Norden aus, indem sich ihm während der Hochwasserzeit die schiffbaren Strecken des Dscha bis zu den Choletschnellen und des Mambere bis Bania anschließen.

Mit Ubangi und Sanga, die sich im Kongo vereinen und denen sich eine Reihe kürzerer Flüsse anschließen, besitzt Französisch-Äquatorial-Afrika ein einheitlich nach Südwesten orientiertes Wasserstraßennetz von ca. 5300 km Länge.

| | Einfuhr | | Ausfuhr | |
|-------|---------|--------|---------|--------|
| | 1932 | 1933 | 1932 | 1933 |
| Wert | 23,7 % | 22,0 % | 54,0 % | 43,0 % |
| Menge | 16,0 % | 19,0 % | 35,0 % | 26,0 % |

Der Gesamtanteil Belgiens betrug an dem Handel in Ubangi-Chari:

| Gesamtbelgischer Anteil | | | | Handel der Kolonie Ubangi-Chari | | | |
|-------------------------|-------|---------|-------|---------------------------------|--------|---------|--------|
| Einfuhr | | Ausfuhr | | Einfuhr | | Ausfuhr | |
| 1932 | 1933 | 1932 | 1933 | 1932 | 1933 | 1932 | 1933 |
| Wert 1000 Fr. | 7 782 | 7 215 | 9 544 | 12 706 | 23 516 | 22 282 | 22 390 |
| Menge (t) | 1 933 | 1 180 | 4 265 | 6 387 | 5 084 | 5 926 | 5 215 |
| | | | | | | | 7 649 |

In Prozenten ausgedrückt war demnach Belgien an Einfuhr und Ausfuhr beteiligt mit:

| | Einfuhr | | Ausfuhr | |
|-------|---------|------|---------|------|
| | 1932 | 1933 | 1932 | 1933 |
| Wert | 33 % | 32 % | 43 % | 44 % |
| Menge | 37 % | 20 % | 82 % | 83 % |

Der Anteil Belgiens am Handel der beiden Kolonien Gabun und Tschad ist verschwindend, da erstere mit dem Mutterland direkt über seine Häfen Libreville und Pt. Gentil in Verbindung steht, letztere den bequemerem Weg Benue—Niger bevorzugt und hierdurch in stärkere Beziehung zu Nigerien tritt.

Setzt man aber auch nur den belgischen Anteil am Handel von Mittelkongo und Ubangi-Chari zum Gesamthandel Französisch-Äquatorial-Afrikas in Beziehung, so ergibt sich in Prozenten:

| | Einfuhr | | Ausfuhr | |
|-------|---------|------|---------|------|
| | 1932 | 1933 | 1932 | 1933 |
| Wert | 19 % | 17 % | 16 % | 13 % |
| Menge | 14 % | 15 % | 31 % | 36 % |

Aus diesen Zahlen erkennt man die bisherige starke Abhängigkeit Französisch-Äquatorial-Afrikas in Handel und Verkehr von Belgien und Belgisch-Kongo. Dazu kommt seine Binnenlage, die einen weiten Weg der Frachtgüter und ihre damit verbundene unverhältnismäßig starke Verteuerung¹⁾ bedingt. Und es wird klar, daß das französische Äquatorialreich um jeden Preis einen Weg suchen mußte, durch den es den durch Lagenungunst stark verminderten wirtschaftlichen Wert in größtmöglichem Ausmaß selbst ausnutzen konnte.

Nach Norden in die Wüste vorstoßend, im Osten und Süden an weite innerafrikanische Gebiete grenzend, im Westen zwar mit heute unter französischer Verwaltung stehendem Gebiet in Verbindung, aber unter dem Zwang, mit der Un-

1) Da diese Verteuerung die Exportprodukte unverkäuflich machen würde, bemüht sich Frankreich, die Erzeuger durch Exportprämien zu stützen. So beträgt z. B. 1934 die Prämie für 1 kg Rohbaumwolle 1,50 Fr. Sie wird damit gerechtfertigt, daß die Frachtkosten von den Erzeugungsgebieten in Ubangi-Chari und Tschad bis Le Havre 2—2,20 Fr. pro kg betragen, während die amerikanische Baumwolle auf ihrem 1500 km langen Seewege nur 0,30 Fr. Fracht für die gleiche Gewichtsmenge kostet.

sicherheit des Besitzers rechnen zu müssen, bleibt für Französisch-Äquatorial-Afrika als einzig günstiger Weg zum Anschluß an den Weltverkehr die Verbindung Brazzaville—Pte. Noire. Sie hilft dem dringendsten Bedürfnis eines eigenen Zuganges zum Ozean ab, ist geeignet, Aus- und Einfuhr auf französisches Gebiet umzuleiten und trägt so zu einer Belebung der Industrie, des Schiffsverkehrs und Transportgewerbes in der Heimat ebenso bei wie zu einer Exportbelebung und damit Hebung des Lebensstandards der Eingeborenen und Weißen in den Kolonien. Weiterhin erschließt die Bahn das Kupfer-, Zink- und Bleierzgebiet am Niari, ernährt den Hafen von Pte. Noire und damit nicht nur einen wirtschaftlichen, sondern auch wehrpolitisch wichtigen Stützpunkt.

*

Die „Schwarze Spitze“ — ein Felsenkap an der atlantischen Küste, gekrönt von einem Leuchtturm und umgeben von undurchdringlichem Urwald, hat eine weltwirtschaftliche Mission erhalten. Am 11. Juli 1934 wurde hier in feierlichem Akt der Grundstein zu dem Hafen Pte. Noire gelegt, den Frankreich zum Tor in die Welt für Äquatorial-Afrika bestimmt hat.

Nachdem in den letzten Jahren bereits die ersten Ansätze für die künftige Großstadt Pte. Noire mit Steinhäusern, Asphaltstraßen, Elektrozentrale und Wasserwerk gebildet waren, soll nunmehr der Ausbau des Hafens in drei Etappen erfolgen. 2250 m Kailänge (Ankertiefe 10 m) sieht der Plan vor. Davon werden bis 1936 200 m Kai vollendet sein und in der zweiten Etappe weitere 550 m gebaut werden. Nach ihrer Vollendung soll die Hafenfläche 640 ha und die Hafenanlagen an Land 40 ha umfassen. Bewilligt sind zum Ausbau zunächst 190 Millionen Franken.

Diese Zahlen beweisen, daß man mit Konsequenz den einmal mit dem Bahnbau Kongo—Ozean beschrittenen Weg zu Ende zu gehen gedenkt: Da zur Bahn, soll sie die ihr gestellte Aufgabe des Anschlusses Französisch-Äquatorial-Afrikas an den Weltverkehr in vollem Ausmaße erfüllen, ein Seehafen gehört, in dem die Verladung der Frachtgüter in jeder Richtung ohne Schwierigkeiten möglich ist, ist man bereit, Pte. Noire nach den modernsten Gesichtspunkten auszubauen, würdig, Dakar an die Seite gestellt zu werden.

Da man sich aber auch bewußt ist, daß die Lage von Pte. Noire unmittelbar am Ozean weit günstiger ist als die von Matadi, das nicht nur für die Europa-Schiffahrt 150 km südlicher, sondern auch 100 km landeinwärts liegt und damit einen längeren Seeweg bedeutet, erwartet man französischerseits, daß der Hafen in Zusammenhang mit der neuen Bahnlinie den heute über Matadi gehenden Handel zu einem erheblichen Teil an sich ziehen und damit das Abhängigkeitsverhältnis Französisch-Äquatorial-Afrikas von Belgisch-Kongo umkehren wird.

Und so zeigt die Anlage des Hafens neben ihrem wirtschaftlichen auch ein für Belgien sehr hartes politisches Gesicht: Frankreich ist gewillt, die seit langem in Europa gegenüber Belgien vertretenen Tendenzen der Beherrschung auch auf seine

Kolonie auszudehnen und so sein „imperialistisches Werk einer jung gebliebenen Rasse“ zu vollenden.

Zu diesen wirtschaftlichen und politischen Aufgaben Pte. Noires in Afrika tritt eine weitere, nicht weniger wichtige im Hinblick auf die Kräfteentwicklung im indopazifischen Raum. Ebenso wie England in seinen dortigen Besitzungen fühlt sich Frankreich in Indochina und Madagaskar in seiner Macht durch das stete Vordringen Japans bedroht und die Möglichkeit kriegesischer Verwicklungen herannahen. Da aber im Falle einer Sperrung des Suezkanals die französische Flotte ihren Weg durch den Atlantik und um Südafrika herum nehmen muß, erscheint es schon heute ratsam, einen Flottenstützpunkt auf der Westseite des afrikanischen Kontinents möglichst weit nach Süden vorzuschieben. Hierfür aber ist Pte. Noire ausersehen.

Pte. Noire und die Kongo—Ozean-Bahn gewinnen damit, so unscheinbar gegenwärtig der Hafen, so kurz die Bahnstrecke im Vergleich mit ähnlichen Anlagen in Afrika erscheinen mögen, weltpolitische Bedeutung, und so wird ihre Weiterentwicklung nicht so sehr von wirtschaftlichen Gesichtspunkten als von dem Machtwillen Frankreichs getragen werden.

*

Es ist hier der Versuch gemacht worden, die Bedeutung von Pte. Noire und der eben eingeweihten Eisenbahn „Kongo—Ozean“ für den Anschluß Französisch-Äquatorial-Afrikas an den Weltverkehr klarzustellen. Des öfteren mußte dabei der alten deutschen Kolonie Kamerun als Durchgangsland und der Anschlußtendenzen an Französisch-Äquatorial-Afrika gedacht werden. Es wurde betont, wie die im Mandatssystem begründete Unsicherheit des Besitzes von Kamerun Frankreich bis heute an der Zweckmäßigkeit der Verwirklichung der Anschlußtendenzen zweifeln läßt. Frankreich glaubt noch immer nicht an eine definitive Abkehr Deutschlands von seinen kolonialen Ansprüchen. Sorgen wir dafür, daß dieser Zweifel erhalten bleibt! Denn sollte er einmal schwinden und die bisher aus ihm entsprungene Zurückhaltung in der Verschmelzung Kameruns mit Französisch-Äquatorial-Afrika in Handel und Verkehr aufgegeben werden, würden die bisher allein im Versailler Vertrag verankerten politischen Widerstände gegen eine Rückerwerbung eine Verstärkung durch wirtschaftliche Tatsachen finden.

Quellennachweis:

Bücher: Bruehl, G.: *L'Afrique Equatoriale Française*, Paris 1930. — Full, A.: *Kamerun Koloniale Rundschau*, Berlin 1932. — Londres, A.: *Schwarz und Weiß*, Wien 1931. — Martens-Karstedt: *Afrika*, Berlin 1931. — Ritter, L.: *Neukamerun*, Jena 1912. — Waibel, L.: *Vom Urwald zur Wüste*, Breslau 1928. — *Die Deutschen Schutzgebiete 1912/13*, Berlin 1913. — *Zeitungen und Zeitschriften*: *Deutsche Kolonialzeitung* 1932. — *Internationale Wirtschaft*, Juli 1930. — *A. E. F. 2. Vierteljahr*, Paris 1934. — *L'Afrique française*, Juliheft 1934. — *Dépêche coloniale* 1934. — *Monde colonial illustré*, Juli 1934. — *Togo-Cameroun*, 3. Vierteljahr 1934.

HANSJULIUS SCHEPERS: Japan und Panasien III

Das Echo der japanischen Erklärung vom 17. April bei den Großmächten ist ein außerordentlich starkes gewesen.

In Washington wies man darauf hin, daß im Neunmächtepakt, der im Februar 1922 in Washington abgeschlossen wurde, sich die Vereinigten Staaten, Japan, England, Frankreich, Italien und drei andere Mächte freiwillig verpflichtet hätten, Chinas Souveränität, seine Unabhängigkeit, seine räumliche und verwaltungsmäßige Unversehrtheit, zu achten und in China keine Sonderrechte anzustreben, die den Grundsatz der offenen Tür für die Handeltreibenden aller Nationen verletzen würden. Die Vereinigten Staaten stellten weiterhin fest, daß seit Beginn der Amtstätigkeit des Präsidenten Roosevelt die amerikanische Regierung zwar in keiner Weise mehr zu den ostasiatischen Fragen Stellung genommen habe, daß man aber in Washington größten Wert darauf lege, darin keinesfalls einen Verzicht auf den Grundsatz der offenen Tür, der nach wie vor neben der Monroedoktrin ein Grundpfeiler der amerikanischen Außenpolitik sei, zu erblicken. Die Vereinigten Staaten hätten gegenüber China gewisse Rechte und Verpflichtungen. Diese Verträge könnten gesetzlicherweise nur abgeändert oder aufgehoben werden durch Verfahren, die von den Vertragspartnern vorgeschrieben sind. Keine Nation könne daher, nach amerikanischer Ansicht, rechtmäßigerweise darnach streben, unter Verhältnissen, bei denen Rechte, Verpflichtungen und berechnete Interessen anderer unabhängiger Staaten in Mitleidenschaft gezogen sind, ihren Willen eigenmächtig und selbstsüchtig durchzusetzen. Diese Erklärung bedeutet eindeutige Ablehnung Amerikas, dem japanischen Vorgehen völkerrechtliche Anerkennung zu gewähren. Diese Ablehnung geschieht fast mit denselben Worten, mit denen England Jahrzehnte vorher die Monroedoktrin als Handlungsrichtlinie eines großen, befreundeten Volkes achtete, sie aber nie als Völkerrechtssatz anzuerkennen bereit war! Die Vereinigten Staaten werden sich jedoch stets bemühen — stellt Washington weiter fest —, in Verbindung mit anderen Regierungen wie bisher eine gutnachbarliche Politik zu treiben. Gegebenenfalls Sanktionen gegen Japan zur Durchsetzung des Neunmächtevertrages zu ergreifen, lehnen die USA. ebenso wie England ab, wie sie grundsätzlich die Anwendung von Sanktionen zur Durchsetzung völkerrechtlicher Verträge ablehnen. Außerdem ist der Amerikaner ein viel zu guter Geschäftsmann, als daß er, wie im Weltkriege, noch einmal auf der falschen Seite fechten würde.

Ähnlich war das Echo in London. Nachdem die Londoner „Times“ zunächst in warnenden und scharfen Worten zu Japans „Hände-weg-von-China“-Politik Stellung genommen hatte, verhielt sich die amtliche englische Diplomatie äußerst vorsichtig. Man möchte in England das alte, bewährte Vorkriegsverhältnis zu Japan

trotz Singapore, Indien und Australien wiederherstellen. Einerseits bedeutet die japanische Erklärung eine wirtschaftliche Benachteiligung Englands, andererseits enthält sie — was England gar nicht unangenehm ist — eine deutliche Warnung an die Mächte Rußland und USA., deren Freundschaftsvertrag vom November 1933 auf England einen starken politischen Druck ausübt. Sir John Simon faßte daher in vorsichtigen Worten im englischen Unterhaus den englischen Standpunkt folgendermaßen zusammen: England müsse auch in Zukunft die durch den Washingtoner Vertrag von 1922 anerkannten Rechte der gleichen Chance in China haben. Man könne Japan nicht ohne weiteres das alleinige Recht zugestehen, zu entscheiden, ob die Gewährung technischer und finanzieller Unterstützungen an China im Einzelfall eine Bedrohung des fernöstlichen Friedens darstelle. Es nehme an, daß Japan nur von dem ihm in Artikel 1 und 7 des Neunmächtevertrages zugestandenem Recht Gebrauch machen wolle, die Aufmerksamkeit der anderen Unterzeichnerstaaten auf jede Handlung in China hinzuweisen, die eine Bedrohung der Sicherheit darstelle. Da Japan erklärt habe, die uneingeschränkte, gleiche Wettbewerbsmöglichkeit in China, d. h. den Grundsatz der offenen Tür, nicht anzutasten, könne die britische Regierung sich damit begnügen, die Sache auf sich beruhen zu lassen.

Besonders scharf war die Reaktion auf die japanische Erklärung in Moskau. Bei der ohnehin ständig gespannten Lage zwischen den beiden Ländern ist das nicht verwunderlich. Da Rußland nicht Unterzeichner des Neunmächtevertrages ist und auch den Kampf um die Politik der offenen Tür nicht unbedingt auf Seiten Englands und Amerikas führt, ist sein Echo andersgeartet. Man bemüht sich im Kreml, nicht die Meinung aufkommen zu lassen, Japans Vorgehen könne eine Antwort auf das Säbelgerassel des Generals Blücher oder Stalins sein. Man weiß in Moskau, daß Japans Vorstoß in die innere Mongolei die Verbindung Chinas mit Sowjetrußland aufheben und das mandschurische Glacis kontinental sichern soll. Im Zusammenhang damit benutzt man gerne die Gelegenheit, die unbedingte Friedensliebe der Sowjetunion zu betonen und die japanische Erklärung vom 17. April als Auswuchs hemmungslosen japanischen Imperialismus zu geißeln. Daß Moskau selbst sehr weitgehende Absichten in der Mongolei, in Turkestan und Tibet hat, die sehr stark nach Imperialismus aussehen, wird dabei verschwiegen.

Paris war in seiner Stellungnahme sehr vorsichtig. Zunächst ließ man Amerika und England vorfühlen und zog dann erst selbst Erkundigungen in Tokio über die Bedeutung jener japanischen Erklärung ein. Die Antwort Tokios, daß die japanische Regierung keinesfalls daran denke, die Garantiepunkte des Washingtoner Abkommens von 1922 zu verletzen, wurde „mit Genugtuung“ zur Kenntnis genommen und festgestellt, daß nach französischer Auffassung die Politik Japans nicht in Widerspruch stehe zum Neunmächtevertrag. Frankreichs Stellung ist bislang durchaus wohlwollend; solange der Indochinabesitz nicht unmittelbar gefährdet ist, besteht sogar die Möglichkeit einer weitergehenden Unterstützung Japans durch

Frankreich. Das könnte unter Umständen England zwingen, in Europa Zugeständnisse zu machen, um die asiatische Front nicht noch durch eine europäische Macht sich verstärken zu lassen.

Die Haltung des (neben Japan) Hauptbeteiligten, China, ist entsprechend seiner inneren Schwäche eigentümlich schwankend. Einerseits schärfste Ablehnung des japanischen Vorgehens, andererseits trotz allem ein gewisser Verständigungswille mit Japan. Zunächst legten Chinas diplomatische Vertreter bei den Unterzeichnern des Neunmächtevertrages Verwahrung gegen die Überwachung der chinesischen Auslandsanleihenpolitik ein. China verwahrt sich heftig, aber ohne nennenswerten praktischen Erfolg, dagegen, daß es die ihm vom Ausland angebotenen Weizen- und Baumwollanleihen zu einem Fond für einen antijapanischen Feldzug verwenden wolle. China betont, daß kein Staat berechtigt sei, das ausschließliche Recht der Verantwortlichkeit für den Frieden zu beanspruchen, gleichgültig, um welchen Erdräum es sich handle. Geschickt erinnert China dabei an seine Mitgliedschaft beim Völkerbund, um die anderen Mitglieder moralisch zur Hilfeleistung zu verpflichten.

Sehr heftig wird in der chinesischen Öffentlichkeit die Ähnlichkeit des jetzigen japanischen Vorgehens mit den sogenannten 21 Punkten des Jahres 1915 erörtert. Damals hatte Japan klug die Zeit, wo die ganze Welt mit Deutschland beschäftigt war, benutzt, um das drohende Erlöschen seiner Pacht- und sonstigen Verträge in der Mandschurei zu verhindern. China war damals von Bürgerkriegen zerrissen, so daß Japan es wagen konnte, 21 sehr weitgehende Forderungen an China zu stellen.

Ihre eingehendere Betrachtung lohnt sich, weil diese Forderungen erheblich weiter gehen als die Erklärung vom 17. April und dennoch völkerrechtlich abzulehnen sind.

Diese 21 Forderungen waren in 5 Gruppen eingeteilt, die erste bezog sich auf das deutsche Pachtgebiet in der Provinz Schantung, das die Japaner eben eingenommen hatten. Die zweite Gruppe bezog sich auf die Interessen in der südlichen Mandschurei und Teile der Mongolei, die dritte auf japanische Unternehmen. Die vierte Gruppe verlangte von China die Zusage, an keine fremde Macht einen Hafen, eine Bucht oder Insel seiner Küste abzutreten, und die fünfte Gruppe forderte von China die Anstellung finanzieller, politischer und militärischer „Berater“ (nach dem Muster Koreas). Nach einem japanischen Ultimatum vom 7. Mai 1915 und vorläufigem Fallenlassen der Gruppe 5, die ein japanisches Protektorat über ganz China bedeutet hätte, nahm China diese Forderungen an.

Die Schantungfrage kann hier ausscheiden, sie fand ihre endgültige Regelung in einem chinesisch-japanischen Abkommen auf der Washingtoner Konferenz 1922. Nur die allerbedeutsamsten Bestimmungen seien hier genannt: Verlängerung der Pacht von Kwantung bis 1997, der mandschurischen Bahnkonzession bis 2002,

der Antung—Mukden-Bahnkonzession bis 2007, Recht der Freizügigkeit, Niederlassung, des Landerwerbs und der Beteiligung der Japaner in der Mandschurei, Einflußnahme im Gerichtswesen, Öffnung neuer Handelsplätze nach Befragung des japanischen Gesandten usw.

Das chinesische Volk hat diese „21 Forderungen“ nie anerkannt und stets als rechtsungültig bekämpft. Die Chinesen führten zur Begründung ihrer Ablehnung vor allem an: Die Verträge seien unwirksam, da sie mitten im Frieden durch Gewaltandrohung aufgezwungen und niemals von einem chinesischen Parlament ratifiziert seien, sie enthielten nur Vorteile für Japan ohne jede Gegenleistung an China und stünden in Widerspruch sowohl mit Verträgen zwischen China und anderen Mächten als auch mit den von der Washingtoner Konferenz aufgestellten Grundsätzen. Eine völkerrechtliche Würdigung dieser Argumente führt zu ihrer Ablehnung, aber sie wird vielleicht dem chinesischen Standpunkt nicht ganz gerecht, man müßte der rein völkerrechtlichen vielleicht eine geschichtlich-politische Betrachtungsweise als Ausgleich zur Seite stellen. Völkerrechtlich betrachtet, sieht der chinesische Einwand so aus: Die mangelnde Ratifikation ist unerheblich für den Notenwechsel, eine Notenwechselvereinbarung ist nicht ratifikationsbedürftig. Der Vertrag selbst sollte ratifiziert werden (Art. 9 des Vertrages), aber der Vertrag trat schon mit der Unterzeichnung in Kraft, das schließt eine Ratifikation aus. Der chinesische Präsident Yüanschikai hatte unterzeichnet und die Ratifikationsurkunden ausgetauscht. Wohl sah die chinesische Verfassung eine Zustimmung des Parlaments als erforderlich an, aber 1915 war Yüanschikai bereits Diktator, das Rumpfparlament besaß keinerlei Bedeutung mehr. Mit der Bedeutung des Zwangs beim Abschluß völkerrechtlicher Verträge hat sich der Völkerbund eingehend befaßt. Irrtum und Betrug sind stets rechtserheblich, Zwang — aus dem Lebensbedürfnis der Staaten und politischer Zweckmäßigkeit heraus — bei Friedensverträgen nach der herrschenden Meinung nicht. Grundsätzlich sind aber die Verträge von 1915 ebenfalls wie Friedensverträge zu behandeln. Der Zwang Japans war ferner nicht rechtswidrig, er verstieß nicht gegen allgemeine oder partikuläre Völkerrechtsnormen; er war wohl eine Vergewaltigung Chinas, nicht aber ein völkerrechtliches Delikt. China kann auch nicht einwenden, die Verträge von 1915 verletzen die Vertragsrechte anderer Staaten. Denn z. B. der Grundsatz der „Politik der offenen Tür“ wurde erst bei Abschluß des Neunmächtevertrages am 6. Februar 1922 bindende Vertragsnorm, und der betreffende Artikel des Vertrages bezieht sich auf die Zukunft, nicht auf die Vergangenheit. Die vorher geltenden Grundsätze des Staatssekretärs Hay vom 6. September 1899 bzw. 3. Juli 1900 über „gleiches und unparteiisches Handeln der Mächte in allen Teilen des chinesischen Reiches“ waren lediglich politischer, nicht rechtlicher Natur. Auch der Einwand des Verbotenseins des Vertragsinhalts, der Unsittlichkeit oder der Unmöglichkeit der Erfüllung steht den Chinesen nicht zur Seite und bietet aus der Staatenpraxis keine Einspruchsmöglichkeit. Mit

dem ethischen Gebot von Treu und Glauben im positiven Völkerrecht ist nicht das Verbot identisch, „stets das Sittliche zu wollen und zu tun“.

Bis zu den Konventionen der Nachkriegszeit konnten die Staaten unter Beobachtung der Sätze von Treu und Glauben im Völkerrecht fast unbeschränkt ihre Rechte und Lebensinteressen verfolgen, selbst durch kriegерische Gewalt und selbst bis zur Debellation des Gegners. Nur das Recht der uneingeschränkten Staatsgewalt gibt einem Staat das Recht, seine Angelegenheiten unabhängig und allein zu ordnen. Nankings uneingeschränkte Staatsgewalt steht aber noch auf schwachen Füßen.

Japans politische Leiter haben von 1915 bis 1934 wesentlich gelernt. Japan weiß, daß es China nie zerschlagen darf, um es zu beherrschen, das würde über die Kraft des Inselvolkes gehen. Es wird daher keine ultimativen Forderungen stellen, die China unter ein japanisches Protektorat im strengen Sinne des Wortes bringen würde.

Die ganze Art der japanischen Erklärung und die Tatsache, daß sie nur mündlich erfolgte, läßt eher den Schluß zu, daß sie lediglich eine Warnung für die Fremdmächte sein sollte, um so mehr, als Japan wohl weiß, daß z. B. an dem letzten großen chinesischen Boykott gegen Japan englisches Geld keineswegs so ganz unbeteiligt war.

Das außerordentliche Echo, das das japanische Vorgehen vom 17. April überall gefunden hat, veranlaßte das japanische Außenministerium, auf einer zu diesem Zwecke berufenen Zusammenkunft der Provinzgouverneure mit einer beruhigenden Erklärung dazu Stellung zu nehmen. Zunächst wurde erklärt, die mündliche Erklärung des Sprechers des Auswärtigen Amtes in Tokio existiere offiziell nicht. Ihre Formulierung sei außerdem wohl etwas zu scharf gewesen. Rein sachlich wurde betont, daß Japan den earnesten Wunsch habe, für Chinas territoriale Unverletzlichkeit und Einigung einzutreten. Chinas Selbsterwachen und innere Festigung werde aber durch von außen kommende Hilfe fremder Mächte, die von selbstsüchtigen Beweggründen sich leiten lassen, nicht erreicht werden. Japan wünsche, daß nach dem Prinzip der offenen Tür allen Mächten in China gleiche wirtschaftliche Möglichkeiten geboten werden. Japan habe daher gegen eine Hilfe ohne politische Hintergründe nichts einzuwenden. Ebenso begrüße Japan jede kulturelle Hilfeleistung fremder Mächte an China. Aus seinem Selbsterhaltungstrieb heraus müsse Japan sich aber gegen Anleihen und Lieferungen, deren politischer Charakter klar sei, energisch verwahren; politische Abenteuerien, die darauf ausgehen, China gegen Manchoukuo und Japan auszuspielen, würden nicht geduldet. Die japanische Regierung habe den Wunsch, daß die Mächte diese Stellungnahme begreifen. Japan sei bereit, mit den Mächten einzeln über chinesische Fragen, die Japan berühren, zu verhandeln, aber es sei nicht gewillt, die in Genf gemachten Erfahrungen zu wiederholen. China gegenüber erklärte Japan noch besonders, daß es zu größtmöglicher finanzieller Hilfe und zu Verhandlungen in der Frage der Schuldentilgung, der Tarifrevision, der antijapanischen Umtriebe, des Post- und Eisenbahndurch-

gangsverkehrs zwischen Nordchina und Manchoukuo usw. bereit sei, wenn China seine Politik, eine fremde Macht gegen die andere auszuspielen, ehrlich aufgebe.

Chinas Haltung ist trotz allem versöhnlich. Japans Wunsch, mit China unmittelbar zu verhandeln, stößt in gewisser Weise auf Gegenliebe. Vor allem der große Reorganisator der chinesischen Armee und gegenwärtig mächtigste Mann in China, Tschang Kai Schek, ist grundsätzlich ein Anhänger der politischen und wirtschaftlichen Zusammenarbeit der beiden Länder China und Japan. Kürzlich setzte sich auch der japanische Kriegsminister stark für direkte und versöhnliche Verhandlungen mit China ein. Japan hat heute auch kaum mehr nötig, sich den Fremdmächten noch mehr zu verfeinden dadurch, daß es Sturm läuft gegen die Politik der offenen Tür, denn Japan bietet seine Waren auf dem chinesischen Markt teilweise bis zu 50 v. H. billiger an als z. B. England und Amerika.

Das Antlitz des Asiaten wird letztlich für uns immer ein Rätsel bleiben, es ist deshalb auch schwer, diese trotz allem „versöhnliche“, man könnte fast sagen tatschwache Haltung Chinas zu verstehen. China hat in seiner viertausendjährigen Geschichte oft erleben müssen, daß fremde Heere das Land besetzten und fremde Herren den Thron des Himmels bestiegen. Immer wieder wurden die Eindringlinge ausgetilgt oder eingeschmolzen, dauernd war nur China. Für den Chinesen gibt es nichts Endgültiges in der Welt. Endgültig ist nur die Erkenntnis (Laotse z. B.), die sagt, daß nicht die Waffe des Starken auf die Dauer siegt, sondern daß sie stumpf wird am Geist der Schwachen, und daß auf die Dauer das Harte dem Weichen unterliegen muß. So glaubt tief im Innern auch heute der Chineser, „daß der Sturmatem der Ewigkeit mit einem Hauch die kurzlebigen Insekten, die als Söldnerheere die sinnlose Straße des Kampfes und der Machtgier ziehen, in den Abgrund des Vergessens werfen wird“. (Vgl. Strunk-Rikli: Asien marschiert! Berlin 1934!) Ist zu dieser Einstellung ein stärkerer Gegensatz denkbar als der des Japaners? Japan hat vom westlichen „Modernismus“ so viel übernommen, als nötig war, um das Abendland mit seinen eigenen Waffen schlagen zu können. Nie ging dabei der Kern des japanischen Wesens, verkörpert im Ehrengesetz der Samurai, das Eigentum des ganzen Volkes wurde, verloren. Der Dienst an Volk und Vaterland ist dem japanischen Soldaten Gottesdienst. Die todesbereite Liebe zum Mikado und zur Heimat gibt dem Japaner die Kraft, nur zwei Möglichkeiten zu kennen, Sieg oder ehrenvollen Untergang. Japan ist bereit, kraftvoll seinen Weg zu gehen, in dem unerschütterlichen Glauben, daß ein Volk nicht fallen kann, das jede Handlung, sein ganzes staatliches, politisches und privates Leben unter die Gesetze seiner Ehre stellt.

Für seine panasiatischen Pläne wäre ein China im heutigen Zustand eine viel zu starke Belastung und Hemmung für Japan. Japan will Chinas Aufschwung, aber unter japanischer Führung. Vom japanischen Standpunkt ist das verständlich. Wenn die Souveränität Chinas, das sich auf seine jahrtausendalte Kultur und auf seine unerschöpfliche Volkskraft verlassen kann, dabei unangetastet bleibt, besteht grund-

sätzlich kein Hindernisgrund für eine Verständigung. So betrachtet, ist die japanische Erklärung vom 17. April vielleicht wirklich nur eine Warnung an die Fremdmächte. Diese Erklärung hat vielleicht deshalb soviel Staub aufgewirbelt, weil Japan den Zeitpunkt ihrer Bekanntgabe (ähnlich wie 1915) außerordentlich geschickt wählte. Es trat gerade da mit seinem Anspruch hervor, als Amerika und den Westmächten durch Wirtschaftsnöte und Abrüstungsverhandlungen besonders stark die Hände gebunden waren.

Eine friedliche Auseinandersetzung Japan—China kann für China nur günstig sein. Gefährlicher als Japan, ist doch für China der innere Aufruhr, an dem vielleicht die kapitalistischen Westmächte nicht unbeteiligt sind. Die einzige Großmacht, die ein geordnetes, starkes China wünschen muß, ist Japan.

Es darf nicht vergessen werden, daß das heutige Rumpfhina nach Verlust der großen, aber dünn besiedelten Außenländer (Tibet, Turkestan, Tannu Tuwa, Mongolei) immer noch stärker ist als der Mingstaat zur Zeit als die mandschurischen Eroberer ihn überrannten. Vielleicht muß China erst auf sein altes Stammgebiet zurückgeschnitten werden, um sich selbst wiederzufinden, zu erstarken und damit der mächtige Bundesgenosse zu werden, den Japan braucht. China hat gesehen, wie alle — mit ungeheuren Werbekosten erreichten — Freundschaftsversicherungen der Mächte vor den japanischen Bajonetten in Nichts zerflatterten, weil nichts als wirtschaftliche Selbstsucht und Beutegier hinter ihnen stand. Niemand wollte sich für China schlagen. Man besinnt sich deshalb in China auf die rassische und Wesensverwandtschaft mit Japan und erkennt damit noch klarer die Kluft zwischen sich und dem im Grunde verhaßten weißen Fremdling. In dem Friedensschluß von Tangku, mit der Geste des Verzichtes auf eine andauernde Besetzung Peipings, mit der Rückgabe Shanhaikwans und ihren Verbrüderungsszenen zwischen japanischen und chinesischen Offizieren hat Japan klug den beginnenden Umschwung in der chinesischen Volksmeinung ausgenutzt und begonnen, die chinesische Volks- und Arbeitskraft für die panasiatische Idee einzuspannen. So beginnt sich diese ursprüngliche Spitzenbewegung immer fester im Volke zu verankern und damit zu einer wirklich schicksalgestaltenden Bewegung zu werden. Die wertvollste Unterstützung kommt der japanischen Politik dabei von den neobuddhistischen Sekten in Japan, vor allem der Omotokio, die enge Verbindung zu chinesischen Glaubensbewegungen und solchen in anderen oder ehemals buddhistischen Ländern pflegt und auf dem Wege zu einer Weltreligion zu sein scheint.

Inzwischen hat Japan die Diskussion über China geschlossen. Es hat die Erklärungen der Mächte zur Kenntnis genommen und dabei festgestellt, daß seit 1914 die Solidarität der weißen Mächte nicht mehr ist. Die Überschriften der Auslands- presse, in denen Worte wie Erstaunen, Befremden, Erregung, Entsetzen eine Rolle spielen, machten keinen Eindruck in Tokio. Japan weiß, daß es eine Koalition China, Rußland, England, USA., Frankreich, Holland, Italien nicht zu fürchten

braucht! Diese Feststellung ist geeignet, Japan seinen Weg zur Erreichung seines panasiatischen Zieles unbeirrt fortsetzen zu lassen. „Der Weltkrieg, der Soldaten aller Rassen auf europäischen und exotischen Schlachtfeldern im Dienste der Sieger kämpfen sah, hat den Nimbus der weißen Rasse zerstört und ihr Privileg auf die Beherrschung der Welt vernichtet.“ (Stegemann.)

Seit Jahrzehnten hat kein Schlagwort über alle trennenden Zwistigkeiten hinweg eine solche Tiefenwirkung und verbindende Kraft gehabt wie die panasiatische Idee. Nebensächliche, oder doch in Europa unbeachtet gebliebene Dinge haben dabei das Selbstbewußtsein der gelben Rasse ganz außerordentlich gestärkt. Wann wäre es möglich gewesen, daß der bestellte Leiter der großen englischen Admiralskonferenz in Singapore diese für den Bestand des Imperiums vielleicht lebenswichtige Besprechung nicht leiten konnte, weil die Reise dieses mächtigen Repräsentanten der englischen Weltmacht eine einzige Flucht vor japanischen Nachrichtendiensten war?

Panasien ist Japans Schicksal, denn der Weg des englischen Empire: der Weg der weltweiten Kolonialpolitik, war Japan versperrt, als es — beinahe zu spät — in den Kreis der Weltmächte eintrat. So wurde dem Ausdehnungsdrang des Inselreiches zwangsläufig der Weg zum asiatischen Festland gewiesen. Der Kampf um Panasien ist der Kampf um die Macht der Welt. Das mythische Dach der Welt könnte zum wirklichen Dach nicht nur des eurasiatischen Kontinents, sondern des Erdballs werden. Noch verschwindet der Haß der Gelben gegen abendländischen Dünkel und Machtgier hinter der undurchdringlichen Maske des Asiaten. Kaltlächelnd gewährt man den in viele Lager gespaltenen Fremdmächten sogar hier und da noch kurzlebige Vorteile, aber nur um desto sicherer das unverrückbare Ziel der Befreiung zu erreichen. Die Politik des *divide et impera* in Asien ist wohl vorbei. Der Asiate hat die Gabe, warten zu können, aber er rüstet jetzt zum Zuschlagen, und wenn er zuschlägt, ist er seines Erfolges sicher. Die japanische Politik muß ihrer geopolitischen Lage nach einen Velfrontenkrieg führen. Japan, dessen Macht heute so groß ist wie noch nie, ringt mit der Zukunft inmitten eines Kraftfeldes der verschiedensten Strömungen, ausgehend von den Vereinigten Staaten, vom englischen Kolonialreich und von Rußland. Trotz der ungeheuren Wucht, die in der Einheit von Staat und fanatischem Glauben an Japans Weltsendung hinter allen Plänen und Taten steht, ist die Gefahr der Überspannung der Kräfte für Japan nicht zu unterschätzen. Mit großer Umsicht hat deshalb Japan seine Bastionen vorgeschoben, um die Gefahr des Überrumpeltwerdens zu bannen. In dem Ausbau der Karolinen, der Marschall- und der Bonin-Inseln hat Japan sich eine unangreifbare Sperrkette zur See geschaffen. In den Malaienstaaten mehrt sich der Einfluß japanischer Kaufleute ebenso wie in Siam und Niederländisch-Indien. Auch für die Verhältnisse an der jenseitigen Grenze seines Gegenspielers Rußland hat Japan Interesse, wie die ausgedehnten Studienreisen japanischer Generalstäbler in den baltischen Randstaaten und Finnland beweisen. Südamerika öffnet seine Tore japanischer Ein-

wanderung und japanischem Einfluß. In Abessinien und der Türkei entstehen japanische Baumwollpflanzungen. Eine japanische Militärmission reorganisiert Abessiniens Armee, und auf japanischen Werften werden neue Kriegsschiffe für die Türkei gebaut. All das bereitet schon die zweite Etappe des Kampfes um Großasien vor.

Das erste Ziel Japans liegt aber in einem Ausgleich auf dem asiatischen Kontinent. Erst dann wird Japan den Weg beschreiten, den seine Natur ihn zwingend weist, es wird nach Süden, in die Südsee vorstoßen und vielleicht über den Pazifischen Ozean hinübergreifen. Im Süden locken die Rohstoffe Niederländisch-Indiens und der brachliegende Lebensraum des australischen Kontinents, und Kalifornien, Mexiko und Südamerika haben Überfluß an Siedlungsland, dessen natürliche Bedingungen der japanischen Rasse zusagen.

Nachdem die erste große Aufgabe damit in Angriff genommen ist, daß durch den Vorstoß nach Ostturkestan China von Rußland gelöst wird, muß die nächste Etappe die friedliche Einigung sein. Nur dann werden die seit einiger Zeit von Japan aufgezogenen Panasiatischen Konferenzen wirkliche Arbeit im Sinne der Verwirklichung Panasiens leisten können.

Nachdem im November 1933 in Dairen eine große Panasiatenkonferenz getagt hatte, trat Ende Mai 1934 die Jungasiatische Bewegung schon wieder zu einem bedeutungsvollen Kongreß zusammen, auf dem als Vertreter Sibiriens auch zwei „Weißrussen“ teilnahmen. Es wurde u. a. beschlossen, in Tokio in einem zu bauenden „Haus Asiens“ einen Sammelpunkt der panasiatischen Bewegung zu schaffen.

Die panasiatischen Konferenzen bezwecken zunächst Austilgung der zwischen den Völkern der gelben Rasse bestehenden Streitigkeiten. Weiter Schaffung eines Wirtschaftsblockes, der die Unabhängigkeit von den kapitalistischen Westmächten und Amerika bringen soll. Endlich sollen sie die Schaffung eines asiatischen Völkerbundes vorbereiten.

Dieser neue Völkerbund soll die Genfer Erfahrungen verwerten und die Genfer Fehler vermeiden. Seine Verwirklichung scheint vorläufig noch Zukunftsmusik zu sein. Eine Blockbildung — sei sie wirtschaftlich oder politisch — ist noch kein Völkerbund. Die Möglichkeit eines asiatischen Wirtschaftsblockes ist in absehbarer Zeit durchaus gegeben. Aber daß Japan sich mit den kleinen asiatischen Staaten als gleichberechtigten Mitgliedern an einen Völkerbundstisch setzt, erscheint noch unwahrscheinlich. Die Werbekraft, die der Genfer Völkerbundsidee einst eigen war, besitzt der japanische Plan eines asiatischen Völkerbundes noch nicht, wenn auch fast alle Staaten Asiens auf dem letzten Panasiatenkongreß vertreten waren. Aber das Bewußtsein, im eigenen Hause zu sein, gibt der Idee eine nicht zu unterschätzende Kraft und läßt ihre Verwirklichung möglich erscheinen.

Der Weg zum asiatischen Völkerbund könnte etwa so aussehen: Japan trachtet zunächst danach, den Betätigungsdrang der revolutionären Jungasiaten auf wirt-

schaftliches Gebiet abzulenken und die Schaffung eines asiatischen Wirtschaftsblockes zu erreichen. Damit würde den Fremdmächten der Todesstreich versetzt und die Rückgewinnung der entrissenen Randgebiete des Kontinents eingeleitet. Eine Verständigung Japans mit China würde das Reich der Mitte seiner naturgegebenen Bestimmung zuführen: China, „das Zentrum der Beharrung“, würde zum ruhenden Pol in der panasiatischen Bewegung und das uralte Kulturland um den Jangtse-Fluß wiederum zu einem Weltmittelpunkt. Japan, „das Element der Bewegung“ und der Tatkraft im asiatischen Raum würde in der Form von Schutz- oder Finanzfreundschaften die kleineren Staaten Asiens um sich scharen. Wenn diese Staaten durch solchen Rückhalt sich innerlich gefestigt und gegen Fremdeinflüsse stark gemacht hätten, würde dieses System von Schutzfreundschaften allmählich in ein völkerbundähnliches Gebilde umgewandelt werden. Wie dieser Völkerbund im einzelnen aussehen würde, ob Japan sich seine Vormachtstellung durch ein nach dem politischen Gewicht abgestuftes Stimmrecht garantieren lassen würde, oder ob man das Genfer System der verschiedenartigen Ratssitze in Verbindung mit einer besonderen Bündnispolitik wählen würde, läßt sich heute noch nicht sagen.

Der schlagwortähnliche Gebrauch des Wortes Panasien in ständiger Verbindung mit Japan hat eine Verengerung des Begriffs und eine Beschränkung auf Ost- und Mittelasien mit sich gebracht. Der eben angedeutete Völkerbund müßte ein „allasiatischer“ sein und nicht nur die kleinen „Panideen“ jenseits des Himalaja, sondern auch das „Turanische Ideal“ Kemal Paschas einschließen. Die Tatsache, daß Japan die türkische Flotte neu baut und China die seit dem Jahre 641 n. Chr. unterbrochenen diplomatischen Beziehungen zu Persien wieder aufgenommen hat, zeigt, daß Ansätze und Anfänge zu „Allasien“ sich schon anzubahnen beginnen.

Eine wesentliche Frage ist, soll und kann Sowjetrußland in den asiatischen Völkerbund kommen? Antwort: Rußland nicht, Sowjetrußland schon gar nicht. Rußland ist nicht Asien. Mit Recht verlegt Stegemann die Grenze Europas vom Ural an die Westgrenze der Sowjetunion, aber mit demselben Recht ziehen wir die Grenze Asiens dort, wo das Gebiet der Mongolen endet.

Russisch-Turkestan, der äußeren Mongolei und Teilen Sibiriens steht der Weg in den asiatischen Völkerbund offen, Sowjetrußland nicht.

Ganz kurz sei zum Schluß noch Deutschlands Stellung zum Panasiatischen Problem erwähnt. Die Zeit des „Germans to the front“ ist vorüber. Wir schlagen keine Schlachten mehr für England und andere. Wir haben keinen Anlaß, uns aus ebenso falscher wie selbstmörderischer Gefühlspolitik in die Reihen der weißen Kolonialmächte zu stellen! Wir wollen uns den großen Vorzug wahren, daß unsere Beziehungen zu China und Japan keinerlei imperialistischen Beigeschmack haben. Auch zur Zeit, als wir noch Tsingtau besaßen, gehörten wir nicht zu jenen Großräubern, die sich hinter dem Schlagwort von der „Offenen Tür“ verbargen. Die Großmächte Europas (und Amerika) sind im Fernen Osten und damit auf dem

Erdball nicht mehr die Herren der Entscheidungen, im Gegenteil, sie wollen von ihrem einstigen Schüler Japan lernen, um den Lebenskampf für ihre Völker zu bestehen. Aber nicht geeint, sondern in kaufmännischer Selbstsucht jeder für sich. Deutschlands Beziehungen zu China wie zu Japan sind in jeder Weise gute. Wir haben in unserer Fernostpolitik schmerzliche Erfahrungen hinter uns, um so mehr Anlaß haben wir, in Zukunft den Weg aufrichtiger Freundschaft zu China und Japan zu verfolgen, und um so weniger Anlaß haben wir, uns vor den Wagen der „Sieger von Versailles“ spannen zu lassen.

In unserer Stellungnahme zu Japan und China darf aber auch Rußland nicht unberücksichtigt bleiben. Es ist Zeit, zur Politik Brockdorff-Rantzau zurückzukehren, ehe ein enges Bündnis Rußland—Frankreich unsere Ostpolitik wieder zurückwirft, denn da Polens Ausdehnungsdrang nach Osten besonders stark ist, könnte ein französisch-russisches Bündnis die Polen wieder mehr an die Seite Frankreichs zwingen.

Heute schon ist jeder vierte Mensch, in wenigen Jahrzehnten wird jeder dritte Erdbewohner Angehöriger der gelben Rasse sein. Wenn dann diese Rasse unter der starken Führung Japans steht, mögen die Mächte, die glaubten, in Versailles ein neues Weltbild schaffen zu können, sich hüten, daß ihre Welt nicht zum unbeachtlichen Nebenschauplatz herabgesunken ist, wenn im Fernen Osten die Entscheidung um die Herrschaft des Erdballs fällt.

ALBRECHT HAUSHOFER:

Berichterstattung aus der atlantischen Welt

Vor einunddreißig Jahren klangen Schüsse durch Belgrad. Junge serbische Offiziere beseitigten Alexander Obrenowitsch, den „Platzhalter Österreichs“ auf dem serbischen Thron. Alexander Karageorgewitsch wurde zum Erben eines Thrones. Elf Jahre später fielen die Schüsse von Sarajevo, gefeuert von der gleichen „Schwarzen Hand“, die den Dynastiewechsel herbeigeführt hatte, 1914 aber im Gegensatz zu dem Kronprinzen und Regenten Alexander stand. Die Schüsse von Sarajevo bedeuten den Anfang vom Ende einer europäischen Ordnung; aber Serbien ist durch sie groß geworden. Nun ist der Träger der südslawischen Einigung das Opfer eines politischen Attentats geworden — eines Attentates, das so reich an Hintergründen ist, wie nur je ein Königsmord. Daß die französische Sûreté die Marseiller Cannebière für einen geeigneten Ort hielt, um einen König zu empfangen, dessen Leben dauernd von Attentaten bedroht war — ist es wirklich nur ein Zeichen der inneren Zersetzung, in der sich Polizei und Justiz der französischen Republik seit langem befinden? Werden die Folgen dieses Versagens damit erledigt sein, daß Chéron und Sarraut zurückgetreten sind? Daß die Waffe der mazedonischen Organisation gegen den Vertreter der südslawischen Gesamtidee erhoben wurde,

der den Versuch eines Ausgleichs mit Bulgarien zu einem gewissen Abschluß gebracht hatte, konnte fast erwartet werden. Aber wer sind die letzten Träger der kroatischen Emigration, die den Mazedonier ausgerüstet hat? Woher stammen die Waffen, woher stammen die Geldmittel? Fragen ohne Antwort, gefährliche Fragen... Immerhin — wir könnten uns denken, daß in diesen Tagen wieder einmal jenes ewige Gespräch geführt wird, das Schiller am Ende seines Wallensteins zwischen Butler und Octavio Piccolomini geschehen läßt. Es ist italienische Staatsmaxime der Renaissance, die von Octavio Piccolomini vertreten wird...

Die letzten Hintergründe werden im Dunkel bleiben; je mehr das geschieht, desto weniger ist es heute schon möglich, die Folgen des Marseiller Attentates abzusehen. Wo es um die Frage des persönlichen Gewichtes eines ersetzbaren oder unersetzlichen Menschen geht, hat die Prognose zu schweigen. Aber gerade ein solcher Augenblick kann Veranlassung geben, die Mächte der Dauer zu prüfen, die jenseits des persönlichen Schicksals wirksam sind. Wir werden diese seltsame Verknüpfung und diesen seltsamen Gegensatz zwischen Persönlichkeitswert und unsichtbaren Dauerkräften nicht nur am Fall des Königs Alexander und an dem seines Gastgebers Barthou zu beobachten haben, sondern auch an dem weniger tragischen des Generals Batet, der als Katalane das Schicksal Kataloniens gegen Katalonien entschieden hat. Der spanische Revolutionsversuch steht an geschichtlicher Bedeutung neben, nicht hinter dem Marseiller Attentat...

Alexander von Südslawien hatte eine schwere und eine reiche Erbschaft zu verwalten. Hinter sich ein Mindestmaß an gefestigter Tradition; eine Dynastie, die sich das Ansehen einer Dynastie nach innen wie nach außen erst erkämpfen mußte; ein Reich, das alles andere war als eine Einheit; ein Volk, das erst aus Stämmen bestand. Vor sich die Aufgabe, nicht nur einen modernen Staat zu schaffen, sondern ein Volkstum zusammenwachsen zu lassen; außenpolitisch: einen Ring von möglichen Feinden auseinanderzuhalten. Alexander von Südslawien hat in fünfzehn Jahren seiner Nachkriegsherrschaft, vor allem in den letzten fünf Jahren einer fast absoluten Königsgewalt bewiesen, daß er ein König war, der zu herrschen wußte. Es ist seine Leistung und seine Tragik gewesen, daß er vielleicht der erste Serbe war, der wirklich zum Südslawen geworden war. Es ist nicht das Ziel seiner Diktatur gewesen, durch Unterdrückung der anderen Stämme die großserbische Herrschaft zu verewigen. Aber er war der erste Außenpolitiker seines Staates, und wußte besser als die meisten, daß unter den außenpolitischen Verhältnissen, wie sie zwischen Italien, Ungarn und Bulgarien gegeben waren, der Weg zur Föderation ohne straffe Zentralgewalt sehr leicht der Weg zur völligen Auflösung des Staates hätte werden können. Außerordentlich waren die Gegensätze, die er zu binden hatte. Gewiß — Serben und Mazedonier auf der einen, Bosniaken, Kroaten, Dalmatiner und Slowenen auf der anderen Seite entstammen einer vielleicht gemeinsamen, vielleicht nahe verwandten Grundmasse: überwiegend dinarisch-illyrischer Abkunft, romani-

siert, dann slawisiert, mit mancherlei Beimischung versehen, aber doch im ganzen ähnlichen Stammes und ähnlicher Sprache. Doch das historische Bewußtsein, das religiöse und kulturelle Erlebnis geht weit auseinander. Der Nordwesten des Reiches hat seine Geschichte der letzten Jahrhunderte gemeinsam mit Deutschen, Ungarn und Italienern erlebt; verbunden mit dem katholisch-mitteuropäischen Kreis. In Serbien herrscht kyrillische Schrift und byzantinischer Glaube — jahrhundertlang durch türkische Herrschaft verdeckt. Mitten durch das heutige Südslawien hindurch geht die alte Grenze zwischen Osten und Westen, als Grenze der Schrift und des Glaubens, der Wirtschaft und der Kultur, nur nicht des Stammes und der Sprache. Eine gewaltige Aufgabe, diese Schranken zu überwinden! Gewiß eine Aufgabe, die nicht auf einen einzigen Anlauf gelöst werden kann. Hier aber liegt die Frage an die Zukunft: Wird der Regentschaftsrat, der Alexanders Erbe anzutreten hat, den klaren und eindeutigen Kurs mit der gleichen Kraft zu steuern imstande sein, die den Ermordeten ausgezeichnet hat? Alexander war im Begriff gewesen, in konstruktiver politischer Arbeit hinauszugreifen über den Rahmen seines Staates: der Balkanpakt, der begonnene Ausgleich mit Bulgarien zeigen, in welcher Richtung. Werden die Erben dazu die Kraft haben? Oder werden sie gezwungen sein, an zentrifugale Kräfte im Inneren Konzessionen zu machen — Konzessionen, die unfreundlichen Nachbarn die Gelegenheit geben könnten, ihre schon halb begrabenen Hoffnungen wieder aufleben zu lassen. Ist Belgrad aus einem Stützpunkt sicherer Ordnung wieder zu einem Gefahrenpunkt geworden? Niemand kann heute schon eine Antwort geben: aber diese Unmöglichkeit bringt ein neues Element der Unsicherheit, des Hin- und Hergleitens in die Gesamtlage der europäischen Politik. Der Versuch Louis Barthous, mit den Mitteln einer Bündnispolitik von vor dem Kriege die „Sicherheit“ zu stabilisieren, ist im Augenblick seines eigenen Todes gescheitert — wenn er nicht schon vorher zum Scheitern verurteilt war. Doumergue und Laval werden andere Pläne durchführen müssen, selbst wenn sie glauben, das Erbe Barthous zu verteidigen. Es ist vielleicht ein Symbol, daß in den gleichen Tagen auch Poincaré gestorben ist...

Die Ereignisse von Marseille haben im Bewußtsein der europäischen Völker einen so wichtigen Platz, daß darüber Ereignisse von gleicher Bedeutung ungebührlich in den Hintergrund getreten sind. Nur wenige sind sich darüber klar, daß die Entschlossenheit des Kommandierenden Generals in Barcelona nicht nur Spanien, sondern auch Europa vor Gefahren bewahrt hat, deren Bedeutung gar nicht abzusehen war. Hätte sich General Batet auf die Seite der katalanischen Revolution geschlagen, hätte die spanische Regierung in Madrid vor der Notwendigkeit gestanden, kastilische Truppen oder die Fremdenlegion aus Marokko in Barcelona einzusetzen, dann konnte daraus *Finis Hispaniae* werden. Die europäische Gefahr aber lag darin, daß sich bei der nunmehr niedergeschlagenen spanischen Revolution zwei völlig verschiedene Bewegungen verbunden hatten: auf der einen Seite die allgemein revolu-

tionäre, sozial-radikale, mit stark anarchistischen Tendenzen, auf der anderen Seite die regionalistische, die wiederum in sich keine Einheit ist, sondern sich aus recht verschiedenen Einzelbewegungen zusammensetzt. Die Unabhängigkeitsbewegung Kataloniens ist in ihrer Zielrichtung, ihrer völkischen und sozialen Struktur etwas sehr Verschiedenes von der Bewegung der Baskischen Provinzen; beide wollten nur die Mittel, keineswegs die Ziele gemeinsam haben mit der unter starken Einflüssen des neuen Völkerbundsmitgliedes Rußland geleiteten linksradikalen Revolution, die für Fragen der föderativen Gliederung an sich natürlich nicht das geringste Interesse hat. Die Gefahr bestand, daß die beiden, einander fremden Bewegungen sich in dem gemeinsamen Ziele gefunden hätten, die gemäßigt konservative Regierung Lerroux zu stürzen; hätten sie es erreicht, so wäre Spanien einem Bürgerkrieg verfallen, aus dem sich alles, aber auch alles hätte ergeben können. Vor dieser Möglichkeit sind Spanien und Europa durch das energische Eingreifen des Generals Batet in Barcelona bewahrt geblieben. Die katalanische Revolution wurde nach wenigen Stunden unterdrückt; die Madrider Regierung konnte darauf ihre ganze Aufmerksamkeit gegen die radikale Linke wenden; die vor allem mit Hilfe der armen Bergarbeiter Asturiens ein erbittertes Rückzugsgefecht geliefert hat; die baskischen Gebiete sind so gut wie ruhig geblieben. Die Härte und Grausamkeit der asturischen Kämpfe um Oviedo bleibt ein Zeugnis für das, was in ganz Spanien hätte geschehen können. Das Ergebnis des Revolutionsversuches ist nun ein Doppeltes: Die Aussichten eines bolschewistischen Umsturzes in der südwestlichen Ecke Europas haben sich entscheidend vermindert; der Regionalismus ist geschlagen worden; Barcelona wird vielleicht wieder auf Jahrzehnte Gelegenheit haben, darüber nachzudenken, warum man durch einen leichtfertigen separatistischen Versuch die mühsam gewonnene Autonomie gefährdet, wo nicht zerschlagen hat. Wie weit die Madrider Regierung das katalanische Statut beachten oder nicht beachten wird, läßt sich noch nicht übersehen. Gewiß wird eine erhebliche Minderung der katalanischen Sonderrechte das Ergebnis dieses kurzlebigen Aufstandes sein.

Neben den beiden großen mediterranen Sturmzentren der letzten Wochen verzeichnen wir ein Gebiet kleinerer Störungen an der Schwelle zwischen Ost- und Westmittelmeer. Die englische Regierung geht in der Behandlung der maltesischen Sprachenfrage folgerichtig ihren Weg — indem sie das Italienische der maltesischen Oberschicht planmäßig durch die maltesische Volkssprache verdrängen läßt. Das Verfahren läßt sich aus den besonderen Verhältnissen der Inselgruppe durchaus rechtfertigen; daß mit der Verselbständigung des maltesischen Volkstums gegenüber Italien zugleich eine Sicherung gegen alle Versuche der Irredentabildung geschaffen wird — das wird in England nicht ausgesprochen. Die italienische Presse protestiert gegen das britische Vorgehen mit einer Heftigkeit der Sprache, die sonst gegen England nicht angewandt wird. In England ist man sehr viel höflicher, und erinnert Italien daran, wie man die Slowenen und die Deutschen der Alpenländer

behandle; dabei seien das geschlossene und bodenfestе Volksgruppen, während es sich in Malta um eine herrschsüchtige italienische Oberschicht handle, die den Wunsch habe, das maltesische Volkstum zu vernichten... Ein reizvoller Zwist — der seinen Hintergrund in der seestrategischen Lage um Malta sowohl vor Sizilien, wie vor Tunis, und außerdem in den schwebenden nordafrikanischen Kolonialverhandlungen hat. Kleine Störungen im antirevisionistischen Orchester — vernehmbar genug für das geübte Ohr!

Einen sehr vernehmlichen Mißklang aber leistet sich Belgien. Dort hat der Generalstabschef Nuyten den Versuch gemacht, auf dem Weg über ein der belgischen Lage gemässes Verteidigungsprogramm zur belgischen Neutralität zurückzufinden. Er hat diesen Versuch mit seinem Rücktritt bezahlt. Der Kriegsminister Dèveze, ein starrer Anhänger des französischen Militärbundes, hat noch einmal den Sieg davongetragen. Von Abrüstung ist nirgends mehr die Rede. Als letzte der großen Mächte tritt nun auch England in die Reihe derer, die aufrüsten — auf dem letzten konservativen Parteitag in Bristol, dessen wichtigste Abstimmung freilich über die indische Reform ging, eine verschärfte Diehard-Haltung verkündigend, hat sich der Schatzkanzler Chamberlain das einstimmige Versprechen geben lassen, daß niemand über erhöhte oder nicht gesenkte Steuern klagen dürfe, wenn Millionen für die Rüstung verwandt werden müssen. England hat nicht die Absicht, abzugeben: Das beweist auf anderem Gebiet auch der Stapellauf der „Queen Mary“, des neuen atlantischen Riesendampfers, der demnächst ein Schwesterschiff erhalten soll. Auch die Diplomatie wird im nächsten Jahre im Zeichen der Flotte stehen: die Vorverhandlungen der großen Konferenz werden allenthalben spürbar. Man wird die Rückwirkungen sehr aufmerksam verfolgen müssen! Empire-Wirtschaftspolitik ist ein anderes wichtiges Gebiet, auf dem neue Entscheidungen heranreifen. Textilverhandlungen mit Australien, Elliots Agrarpolitik, aber auch Edens skandinavische Reise gehören hier vermerkt.

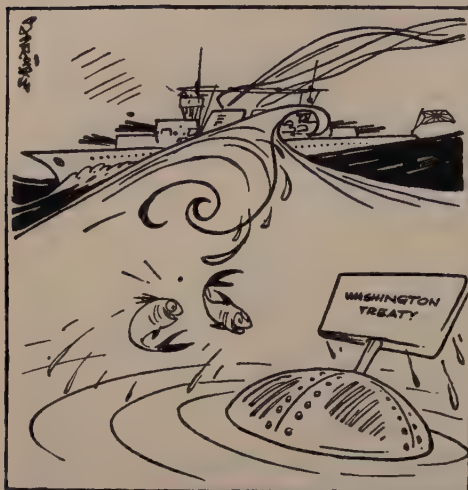
In den Vereinigten Staaten ist eine Periode großer Arbeitskonflikte mit Mühe und nicht ohne verbleibendes Unbehagen beendet worden. Die Binnenstruktur der großen Kontinentalmacht ist gefährdet und unsicher; „recovery“ etwas im höchsten Maße Ungewisses. Ein Vorgang aber verdient, besonders festgehalten zu werden: Die unvorsichtige Untersuchung der Rüstungsindustrie, die von einigen kühnen und gottesfürchtigen Senatoren unternommen worden ist. Was bei dieser Gelegenheit an Tatsachen offenbart worden ist, war dem Wissenden kaum mehr als eine Bestätigung — dem Ahnungslosen muß es als tiefer Schrecken in die Glieder gefahren sein. Ob man den Mut haben wird, die nunmehr vertagte Untersuchung fortzuführen, erscheint uns zweifelhaft: die internationale Korruptionsgemeinschaft der amerikanisch-englisch-französisch-tschechischen Rüstungsindustrie wird alles daran setzen, weitere Aufklärung zu verhindern. Ein wunderbares Geschäft: an der Vernichtung fremden Lebens eine fette Dividende zu verdienen! Ohne Rücksicht

auf alles, was den Völkern heilig ist, werden Kriege vorbereitet und verlängert, Revolutionen angezettelt, Bürgerkriege gefördert. Man teilt die Welt in Lieferungen auf, ist auf beste Weise kartelliert, und meldet, „daß das Geschäft sich belebt“, wenn man Bolivien und Paraguay, Kolumbien und Peru gegeneinander gestachelt hat, wenn man einen kleinen arabischen Krieg „erzielt“, oder durch geschickt verteilte Waffenlieferung die Befriedung des mittleren China verhindert. Was für ein herrliches Geschäft erst ein neuer Weltkrieg wäre — man schmunzelt noch in Gedanken an den letzten —, das verschweigt man lieber; aber man schmunzelt sich zu; und die Aktien ziehen an. Wir bitten unsere Leser, sich diese amerikanischen Berichte so gründlich wie möglich anzusehen: in ihnen steckt das nüchternste und furchtbarste Urteil über die gesamte Politik der Westmächte — greifbar für jeden, der nüchterne Zahlen und zynische Reden zu deuten versteht. Abrüstung...

Im Lichte dieser Tatsachen wollen die inneren und äußeren Vorgänge der kleineren latein-amerikanischen Staaten gesehen sein (von manchen Teilen Europas und Asiens ganz zu schweigen) — ob es nun um den Chaco oder um den oberen Amazonas gehen möge. Daher aber versteht man auch die Haltung anderer selbstbewußterer Mächte, wie Brasilien und Mexiko, die wenigstens den Versuch machen, durch eine straffe, fremdenfeindliche Gesetzgebung einen Teil des bedrohlichen Einflusses auszuschalten. Ein Versuch, der freilich hier wie dort nur sehr unvollkommen gelingt, und im übrigen häufig genug die Unschuldigen trifft. Was hilft gegenüber der Macht des Rüstungsdollars das wohlmeinende Zurückweichen der offiziellen USA.-Politik etwa aus dem karibischen Raum, zu dem neuerdings der Gegenseitigkeitsvertrag mit Kuba und der Verzicht auf die Bahia-Honda-Rechte gehört (Guantanamo freilich wird behalten). Wie neugewonnene Scheinfreiheit von Kleinmächten benutzt wird, dafür gibt der Streit zwischen Kuba und Haiti um die Auslieferung Machados ein ergötzliches Beispiel. Verschiedenheit der Maßstäbe — die immer wieder zu der Frage führt: Was ist Souveränität? Einmal im Geist von Wilhelm Busch gedacht: Gehört der Hund dem Herrn, oder der Herr dem Hund? Zum Ernst zurückgekehrt: Souverän ist, wer tun kann, was er will. Welche der großen Mächte ist in diesem Sinne souverän? Etwa das Britische Reich? — Unsere Leser erinnern sich wohl jener Spottzeichnung aus Fern-Ost (XI, 1934, Heft 9, S. 567), darin der Löwenschweif um die ganze Welt verwickelt ist... Etwa die Sowjetunion, die sich nun in Genf als Mitglied des Roten Kreuzes aufnehmen läßt — zu gleicher Zeit bemüht, zu verheimlichen, daß im Vorjahr Millionen von Menschen ihres Bereiches verhungert sind — und daß in diesem Jahre wieder Millionen verhungern werden? Isolierbar ist heute nichts mehr auf der Erde; aber man muß sich darüber klar sein, daß der gleiche Vorgang, der in großer weltpolitischer Rechnung ein kleines Ausgleichsgewicht bedeutet, an Ort und Stelle Tod oder Leben bedeuten kann. Der gleiche Litwinow, der vor der Genfer Schwelle warten mußte wird Präsident des Völkerbundes sein, wenn über die Saar entschieden wird...

KARL HAUSHOFER:

Bericht über den indopazifischen Raum



Die Warnungsboje wirklich wertlos?

„Die Flottenkonferenz von 1935 wirft ihren Schatten voraus“ — so beginnt „Het Vaderland“ (Sonntag, 7. 10. 1934) eine recht vernünftige Auslandsübersicht, die sich hauptsächlich mit indopazifischen Angelegenheiten beschäftigt. In welcher Hauptrichtung der Schatten fällt, zeigt die Spottzeichnung der Kopfleiste. Aber die ganze Schlagzeilensammlung über diesem Aufsatz ist zugleich eine Sammlung vorausgeworfener Schatten für 1935. Ein besonders dicker fehlt sogar: das neue indische Verfassungsgesetz — mit seiner kritischen Novemberrücknahme in Indien und England —, das für die

nächsten drei Monate dem großen Nachbarn der Niederlande zwischen Rhein und Dovercliff — wie Baldwin sagte —, seiner Nahgrenzkampfzone, genug zu denken geben wird.

Sehen wir doch die Überschriften von „Het Vaderland“ genauer an: „Japan und die bevorstehenden Flottenbesprechungen“ — (des Oktober). — „Der Streit in Tokyo zwischen der traditionellen Außenpolitik und den Soldaten.“ — „Elementarbewegung gegen Kapitalismus und Verwestlichung.“ — „Einfluß des Kommunismus und der europäischen Revolutionäre.“ — „Die veränderte Weltlage.“ — „Japans schwache Stelle: die Luftfahrt!“ — „Das Ergebnis des amerikanisch-russischen Zusammenwirkens“ (von den Niederlanden mit einem trockenen, einem nassen Auge gesehen!) — „Für den Augenblick hat die Friedenspolitik in Tokyo die Leitung übernommen“ (die Oberhand!?).

Das ist in der Tat der Kern der Vorgänge; die Niederländer haben recht, wenn sie in den jähren Machtumschwüngen in Japan zwischen Außenamt, Kriegsamt und Marine Symptome der ungeheuren inneren Spannungen sehen, unter denen Japan zittert. „Es geht um den ganzen Volksbestand — nicht um eine Einzelkrise oder gar eine vereinzelte Richtungsänderung.“ — Richtig! — Auch bei uns!

Als Friedenszeichen wertet die scharfäugige niederländische Beobachtung vor allem den Erfolg der Verkaufsverhandlungen der ostchinesischen Bahn und die britische Handels- und Industriemission unter Lord Barnby mit seinem Stab, endlich die gemeinsame Furcht von London und Paris vor einem fernöstlichen Zu-

sammenstoß. Die Niederlande brauchen ja bloß die vorläufigen Ergebnisse der Volkszählung von 1930 in Java und Madura und den „Buitengewesten“ (Außen-Besitzungen) sinnend zu betrachten, um zu wissen, warum sie an dieser Furcht teilhaben.

Wir rufen den Lesern nur einige verfängliche Zahlen daraus ins Gedächtnis: auf Java und Madura allein fast 41 Millionen, in zehn Jahren um mehr als 6 vermehrt. Darüber ganze 102 000 weiße Männer, rund 194 000 Weiße überhaupt, aber 584 000 Chinesen und über 52 000 sonstige Ostasiaten; in der Umgebung von Batavia aber fast 12 % Chinesen.

Die Volksdichte der Niederlande war rund 226 auf dem Quadratkilometer, Javas aber 315, des ganzen Kolonialreichs nur rund 20! Wie wirkt da allein ein Blick auf die Volksverteilungskarte des 2. Teils, der Außenlande mit ihrer unzulänglichen Erschließung, mit ihren rund 19 Millionen, nur von wenig mehr als 48 000 Europäern zusammengehalten, von 650 000 Chinesen und 36 000 anderen Ostasiaten durchsetzt. Dabei sagt der Durchschnittsvolksdruck — von 1920 bis 1930 von 26 auf 32 gestiegen — wegen der höchst ungleichmäßigen Verteilung so gut wie nichts aus, wenn man nicht die Volksdruckkarte daneben hält; ein typisches Beispiel für die Wertlosigkeit rein statistischer, zahlenmäßiger Darstellung, wo nicht das Gefühl für die lebendige Wucherverteilung dazukommt.

Daher die Hellhörigkeit gerade der Niederlande für das An- und Abschwellen pazifischer Spannungen, deren Opfer bei Ausbrüchen ihr wertvoller Kolonialbesitz in erster Linie werden könnte.

Bedienen wir uns also mit vollem Recht guter niederländischer Brillen zum Betrachten der fernöstlichen Gesamtlage, so können wir es den Chinesen nicht verargen, wenn sie japanische Brillen für britische Augen rechtzeitig bekanntgeben, wie das etwa in „The People's Tribune“ (Bd. 7, Nr. 5 vom 1. 9. 1934, S. 185 bis 189) geschieht.

Das weiß jeder Kundige, daß im Fernen Osten im allgemeinen der fremde Beschauer — auch wenn er recht landeskundig ist — nur sieht, was man ihn sehen lassen will, und daß er das übrige zwischen den Zeilen lesen muß. Das gilt, ob die Brillen von Japanern, Chinesen, Sowjetrussen oder anderen Kolonialmächten vorgehalten werden — wenn es auch hart ist, daß Tang Leang Li und Quo Tai chi die Sendung Lord Barnbys und seiner Mannen gleich als das „jüngste Globetrotterpiknik“ bezeichnet. Wo blieb ein gleich hartes Urteil etwa für die Völkerbundskommission in der Mandschurei? — so lange man glaubte, daß sie für China günstiger aussagen werde?

Ist man in Shanghai mit Recht betrübt darüber, daß Lord Barnby einem japanischen Journalisten sagt: „In unserm gemeinsamen Interesse sollten wir die Mandschurei durch japanische Augen sehen, denn sie verstehen am meisten davon; und wo immer wir Kooperationsmöglichkeiten örtlicher Art bei der Entwicklung von Manchukuo-Industrien finden, würden wir es gern mit voller Kenntnis und Würdi-

gung Japans tun.“ Oder: „Wir wissen sehr wenig über Japan und Manchukuo; aber wir sind scharf darauf aus, die Bedingungen dort unter Führung und freundlicher Hilfe der japanischen Regierung und ihrer Industriellen kennenzulernen.“? Hat nicht China auch schon Vielen Brillen vorgehalten?

Niemand, der etwa die Genfer Phraseologie kennt, wird solche freundliche Wendungen allzu buchstäblich nehmen. Aber weiß sich China ganz frei von ähnlicher Schuld?

Die Aufschrift: „Starke Waffen und schwache Knie“ beleuchtet die Gründe, warum der alte Respekt vor den Fremdmächten fort ist; ein dritter Aufsatz wirft Schlaglichter auf das blühende „Schmuggelwesen“, gibt aber zu, daß innerhalb und außerhalb der Mauern gesündigt wird, und daß man namentlich keine Waffen nach China hineinbrächte, wenn nicht die Chinesen dabei helfen, sie brauchen und sogar bezahlen würden. Dabei ist es natürlich Pech, wenn zwei japanische Schlepper gleich mit Werten von einer halben Million Schmuggelgut an Bord aufgegriffen werden oder 22 Zollkutter acht Boote mit japanischer Ware für rund eine halbe Million Goldmark außerhalb von Chingwang-tao aufbringen.

Aber schließlich sind die Japaner die Nächsten am Geschäft; und Fischerflotten verwandeln sich leicht in Träger von höher bezahlten Gütern als die Meeresnahrung. Als Vergeltung hat der revidierte Konstitutionsentwurf der Republik China unter deren Territorialbestand „Chinghai, Liaoning, Kirin, Heilung kiang, Jehol, Charhar, Suiyüan, Ninghsia, Sinkiang, Mongolia, Tibet und andere, ursprünglich von China besessene Flächen“ aufgenommen. So besitzt man sie wenigstens auf dem Papier und kann sich daran erfreuen — auch wenn die Länder nicht „gehorsamen“. Auch die persönliche Freiheit und Sicherheit ist auf dem Papier ausgezeichnet gewahrt. Wie es in Wirklichkeit damit aussieht, zeigt für den oberen Yangtse Spottbild 2.

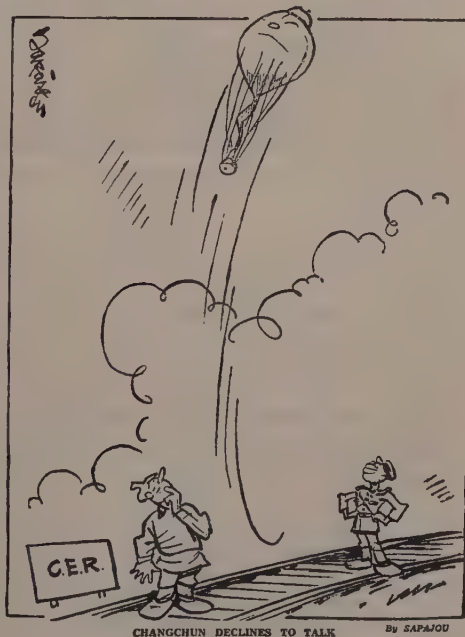
Dabei wäre das große Binnenland Szechuan (Vierstromland) — seit 111 v. Chr. chinesisch durchsiedelt, dann durchdrungen, seit etwa 1280 Westmark des Reichs am tibetanischen Ostabsturz, dann auf ihn hinaufgeschoben — an Selbstgenügen gewöhnt, mindestens von der Größe Deutschlands (566 000 Quadratkilometer) mit vier Fünftel seiner Einwohnerzahl (rund 50 Millionen bei 88 Volksdurchschnitt) nach seiner Natur eines



der standfestesten unter Chinas Ländern. Freilich ist es auch eine Art von Rückzugsgebiet für anderwärts zusammengebrochene politische Größen. Weiter im Norden werden wir uns durch die Folgen der gegenseitigen Anschwärmungsfeldzüge der Japaner und Russen nicht darüber täuschen lassen, daß der Handel um die ostchinesische Bahn dem Abschluß nahe ist (Bild 3), und die dazwischen unter etwas überhöhte Stellung des mandschurischen Kaisertums (Bild 4) durch harte Wirklichkeiten zurückgeführt werden wird. (Siehe Lit.-Bericht ab Nr. 1.)

Aber es ist kein Zweifel, daß der böse Handel um einen geopolitisch zuletzt unhaltbar gewordenen Verlustbetrieb, der einst — 1898 — als großes werbendes imperialistisches Unternehmen zwischen Zarenrußland und China aufgezogen worden war, völkerpsychologisch mehr geschadet hat, als er dem Verlierer, wie dem Erwerber jemals nützen kann.

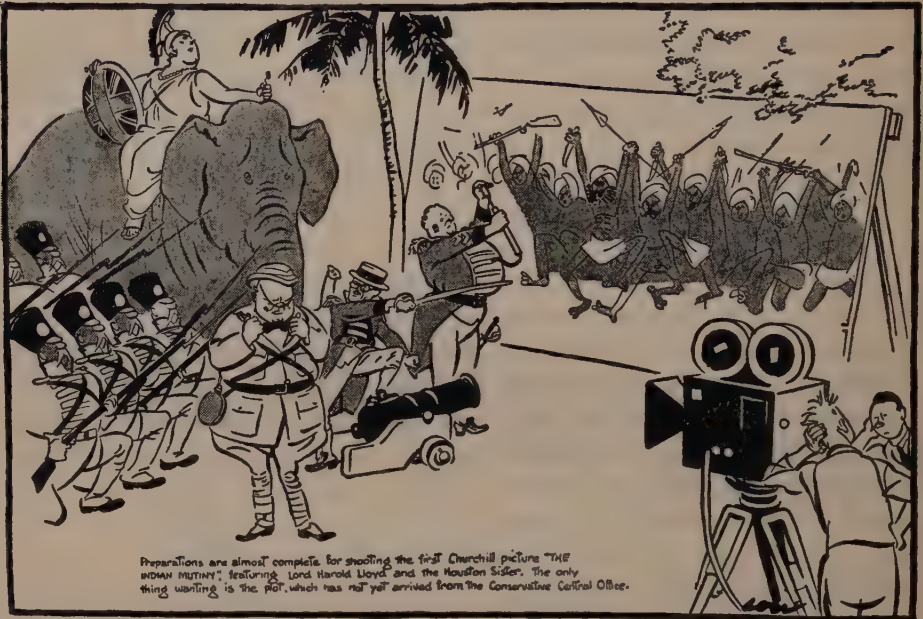
Es wäre sehr beklagenswert für die ganze Zukunft der weißen Rasse, wenn die unvermeidlich spätestens im November einsetzenden zukunfts schweren Verhandlungen zwischen dem britischen Mutterland und Indien in eine ebenso hemmungsvolle Atmosphäre geriesen, wie das Endsicksal der nordmandschurischen Bahn. Welchen Schaden namentlich Verzerrungen durch britische Wahlängste der Konservativen (Bristol; Bericht des „Joint Select Committee“) und das indische Kongreß-Wahlgeräuf (um einen etwaigen Führungsverzicht Gandhis, den Hindu-Moslem-Gegensatz, Neuwahlen für die gesetzgebenden Körper) anrichten könnten, davon gibt ein Spottbild Lows über die schwebende Churchill-Meuterei-Film-Aufnahme eine ungefähre Vorstellung. (Bild 5.)



CHANGCHUN DECLINES TO TALK

By SAPAJOU

Der „Manchester Guardian“ umreißt diese Gefahren in einem geopolitisch groß gesehenen Aufsatz (Manch. Guard. 12. 10. 1934): „The Indian Scene“. Wie schwer die streitenden Parteien sich aus rein geopolitischen Gegensätzen verstehen, hilft uns ein zur rechten Zeit erschienen Buch begreifen (Lit. Ber. Nr. 9). Es ist Professor Bhupal Singh (d. Dyal Singh College, Lahore): „A survey of Anglo-Indian Fiction“ (Eine Überschau über die anglo-indische Erzählliteratur). Aus diesem Buch geht hervor, wie schwer es selbst Erzähler von solchem Rang, wie Oberst Meadows Taylor („Confessions of a Thug“ u. a.) oder Rudyard Kipling haben, mit



ihrer Auffassung indischen Lebens von Menschen ihres Blutes verstanden zu werden, und wie sie andererseits den Indern dennoch „beschränkt auf das, was an der Oberfläche wahrgenommen wird“, erscheinen, und zwar gerade da, wo sie das eigentliche indische Leben, nicht nur das ihrer Landsleute in Indien, „streifen“, „in ihren Außenbezirken berühren“. So Wortlaute von Bhupal Singh, der sich im übrigen für einen Bewunderer Kiplings hält.

Wie viele normale M. P. (member of parliament, Parlamentarier) aber verstehen auch nur die europäische Außenseite Kiplings, geschweige denn seine indische!

Vorläufig streiten sich die indischen Politiker fast, wie die europäischen, über alles und jedes, nicht zuletzt über Gandhis Forderung, daß jedes Kongreßmitglied monatlich 8000 Fuß selbstgesponnenes Garn in ein Depot liefern müsse, wenn er nicht resignieren solle. Würden sie nicht alle einig durch das gemeinsame Ziel des Kampfes gegen einen Diehard-Verfassungsentwurf für Indien? Wie ernst der

Hintergrund der wirtschaftsgeographischen Spannung wegen der Webwarenein- und -ausfuhr ist, läßt das Memorandum der „Cotton Trade League“ erkennen, das — bei schwärzester Schilderung der Lage in Lancashire und übersteigter Verpflichtungen Indiens — als Grundforderungen aufstellt: Fortdauer der Tarifvorteile seit Ottawa und sonst zwischen Großbritannien und Indien; Herabsetzung der indischen Zölle auf britische Webwaren auf 11% Wertzoll (heute 25%, teilweise 30 bis 60%!) und — als Ideal — gegenseitigen Freihandel zwischen Großbritannien und Indien, soweit es die Einnahmeverhältnisse zulassen.

In diese stark örtlich begründeten Anschauungskreise fuhr als störender Blitz der Reisebericht von Wedgwood Benn über seine Eindrücke in Amerika, Japan, China und Sowjetrußland, die ihm anscheinend — trotz strammem, orthodoxem Sozialismus — doch die Augen über manche Folgen der Weltindustrialisierung öffneten.

„Sozialismus sei nicht eine Art von Gefühlsduselei (sentimentalism), sondern müsse sich an die Tatsachen halten.“

Eine solche Tatsache schien ihm in Japan, „daß man sich für das Britannien des Ostens halte, dem die Nation zweifellos in der gänzlichen Skrupellosigkeit (ruthlessness) seiner imperialistischen Ausdehnungspolitik gleiche“. Böse Beispiele verderben eben gute Sitten!

Besonders betroffen wurde W. B. durch „die Macht, die der Shintokult der japanischen Regierung zur Mobilisierung des Volksdrucks hinter ihr gab“. — „Das ist eine Macht, die keine westliche Regierung besaß.“ W. B. glaubte „nicht viel Anhaltspunkte für einen Haß Amerikas gegen Japan zu finden; die Chinesen waren geduckt, belämmert (cowed); Rußland hätte aus vielen Gründen keinen Wunsch, den Frieden zu brechen. Unter allen Völkern, die sich außerhalb von Wirren halten wollten, seien die Russen in erster Linie“. Hört, hört, rief Henderson dazwischen! Aber warum reden dann alle russischen Führer so ganz anders? — „Die Russen gehen in einer Weise darauf aus, ihr Land zu industrialisieren, die England verblüffen würde. Sie haßen den Gedanken, daß so viel Kraft in Kriegsvorbereitungen gesteckt wird.“ W. B. scheint das zu glauben, was ihm gesagt wurde.

„Es ist nur gerecht (fair), zu sagen, daß sie nicht an Krieg glauben. Aber ich denke doch, es würde ein großer Irrtum sein, zu sehr auf die wirkliche Kraft der pazifistischen Bewegung in der Sowjetunion zu vertrauen.“ — „Sie sind im Begriff, Sibirien zu industrialisieren. Wo aber Industrie ist, wird Munition gemacht, wenn Gefahr im Verzug ist.“ Die Herstellung großer Bombenflugzeuge machte ihn doch stutzig, ob alle diese Vorbereitungen nur der Abwehr eines Angriffs gelten. Schließlich wirft man ja auch nicht Bomben auf die Tundra oder eigene Kolonialstädte.

In den Vereinigten Staaten fand er „einen Versuch großen Stils, Erzeugungs- und Verbrauchskraft in Einklang zu bringen. Noch sei es zu früh, Aussagen über

den Ausgang zu machen; aber sicher seien die auf Kampf drängenden Kräfte jetzt viel stärker als bei Roosevelts Beginn; und viele Leute schauten auf die neue Politik als auf einen Schritt zu industriellem Faschismus“.

Im Gegensatz dazu seien die japanischen Industriellen von den alten Ideen des *Laissez faire laissez aller* geleitet und sagten den Westlern: „Wir folgen nur eurem Beispiel und den Lehren eurer Bücher! Warum werft Ihr uns das vor?“

„China könne man noch nicht als industrialisiert bezeichnen; aber es sei viel industrieller Aufbau im Gange, und wenn er für die 400 bis 500 Millionen mit ihrer niederen Lebenshaltung gelänge, was würde der Westen, was würde Japan tun?“ —

W. B. müßte doch eigentlich ein Rezept dafür haben!

„In Sowjetrußland sei großer industrieller Aufbau im Gange, und während in Amerika und Japan die Leute unausgesetzt von Erzeugungskontrolle sprachen, um Überangebot hintanzuhalten, war in Rußland jedermann nur auf Produktionsvermehrung aus.“ W. B.s Eindruck beim Durchreisen war der intensivster Tätigkeit und Anspannung. Immer noch schien ihm der Lebensstand erschreckend tief; „aber das Moskau von heute war doch sehr vorteilhaft verschieden von dem Moskau vor acht Jahren. Wohl verdroß die Reglementierung der öffentlichen Meinung jeden, der großen Wert auf ihre Freiheit legte, aber die Russen schienen ihm eine Art und Weise entdeckt zu haben, in der die menschliche Energie und Anstrengung dem öffentlichen Willen vorgespannt werden können“.

Haben wir im letzten Heft den Lesern das frisch erneuerte Weltbild eines großen deutschen Wirtschaftsführers vorgeführt, so glaubten wir ihnen diesmal auch das Wesentliche aus den frischen Weltreiseeindrücken des englischen Arbeiterführers nicht vorenthalten zu dürfen, zumal es sich in manchen Zügen seltsam mit der so ganz anders gewonnenen deutschen Einsicht deckte.

Frei von sonstigen Wehrdoktrinen des Britenreichs ist sicher der junge, tatfrohe südafrikanische Wehrminister Pirow, der die wertlosen Seestreitkräfte Südafrikas bewußt einer energischen Förderung der Luftwehr opferte und diese verdoppelte. Ebenso ersetzte er die teure Spielerei der berittenen Schützenkommandos durch motorisierte Truppenteile im Lande der Kraftwagen. Gilt der Wandel mehr Feinden des Reichs oder der erfolgversprechenden Art und Weise des Niederwerfens farbiger Aufstände, dem Schaffen einer allgemeinen Wehrleistung der Weißen? Jedenfalls steckt Kraft und Selbstbehauptungswille dahinter. —

Was eine scheinbar rein wehrpolitische Einzelmaßregel aber in den Bereich geopolitischer Berichtwürdigkeit erhebt, ist die Abkehr vom ozeanischen Stützpunkdenken, aus dem heraus die Kapkolonie und Natal ursprünglich „weiß“ geworden sind. Ozeanopolitik weicht hier dem kontinentalen Wehrgedanken: „Afrika den Afrikaändern“, der die Seestreitkräfte vernachlässigt, um die Luftmacht mit ihrer Beherrschungsmöglichkeit weiter Festlandflächen — auch der des einst deut-

schen Südwest! — zu stärken; aber damit führt er auch weg vom Weltreichsgedanken, strebt hin zu einem künftigen eigenstaatlichen Südafrika, dem nur die Zahlenwucht der Schwarzen Pein macht (s. unten).

Auf dieser Linie öffnet freilich auch der „Jahresbericht über wehrwichtige Dienstsachen in Indien, 1933—1934“, Simla wertvolle Einblicke, zunächst in die beruhigenden Grenzverteidigungsleistungen der Flugstreitkräfte im Nordwesten. Einen Tropfen im Freudenbecher für Diehards aber bilden die Nachrichten über die Indisierung einer Volldivision von 21 Einheiten und zweier Feldartilleriebrigaden, deren erste nun in Bangalore gebildet ist, in einem Reich, das einst „keinen Farbigen auf der Lokomotive und hinter der Kanone“ haben wollte. Nun kommt schon der leichte Tank dazu; und 1934 treten 143 in England ausgebildete indische Offiziere mit „Kings Commission“ vollberechtigt in die Reihen. Dazu kommen die Zöglinge der Militärschule von Dehra Dun. Dort drückt sich nur beim Zugang scharf der oft betonte große Unterschied zwischen kriegerischen und unkriegerischen Rassen Indiens aus, z. B. X/33 unter 200 Anwärtern 86 Punjabis, 30 aus den Vereinigten Provinzen, nur 5 aus dem volkreichen Bengalen, 7 aus Madras; im März 1934 unter 91 allein 44 Punjabis; kastenmäßig verteilten sich die Zugänge mit 19 auf die Kshatria (alte Kriegerkaste der Hindu), 18 Muhamedaner, 16 Sikhs und 12 Brahmanen. Keine andere Kaste stellte mehr als 5! Wichtige rassenpolitische Einblicke, wie diese Heeresstatistik, gibt auch: J. Schapera: „Western Civilisation and the Natives of South Africa“. London 1934; Routledge & S.: ein Beweis, daß die indische Entwicklung der südafrikanischen zwar im Tempo voraus ist, daß die Frage der wehrpolitischen Einordnung der im wesentlichen farbigen Arbeitsträger des Indiameerreiches in sein Gesamtgefüge aber nirgends in seinem ganzen Umzug leicht genommen werden darf.

Alle Störungen, die im japanischen wehr- und wirtschaftspolitischen Wettbewerb mit den weißen Mächten unliebsam empfunden werden, sind nur ein Vorgeschmack dessen, was von den gelben und braunen Festländern noch kommen kann, wie Wedgwood Benn sehr richtig durchfühlte.

Dieses Vorgefühl füllt die britische Heimat- und Kolonialpresse mit Schlagzeilen wie „The Japanese Worker. Wages and Output“ — worunter ein maßvoller Wirtschaftswissenschaftler aus Cambridge, Colin Clark, unter sorgfältiger Ausscheidung aller Valutagaukelspiele und statistischer Störungen, die wirkliche Leistung des britischen und japanischen Arbeiters, namentlich der Webindustrie vergleicht. Er findet, daß der japanische Arbeiter für 66% der Leistung des britischen nur 28% von dessen Lohn, für 90% von dessen Leistung nur 38% von dessen Lohn empfängt und doch dabei bestehen kann, während seine Industrie große Gewinne macht und viel davon wieder in sozialen Einrichtungen investiert.

Von Japan aus gesehen behandelt das Problem Masami Shimoda, Handels-expert des „Osaka Mainichi“, der vier Monate Südsee, Indien, Vorderasien und

Europa vergleichend durchzog und als Ergebnis feststellte: „Britannien sei die Nation, die offensichtlich Japans Erzeugung bekämpfe“, während künftiger Fortschritt nur auf die Uneinigkeit und womöglich eine kriegerische Verwicklung Europas zu gründen sei. In Ländern wie Türkei, Syrien, Irak, Palästina könne man nur verkaufen, wenn man auch dort kaufe — immerhin ein Vorteil autarkischen Selbstschutzes! — Der Kampf um Indien spielt eine große Rolle; er liegt auch der zähflüssigen Handelskonferenz zwischen Japan und Niederländisch-Indien bzw. Holland zugrunde, über den die „Deutsche Wacht“, Batavia, S. 46/34 ff., eingehend berichtet: „Mit eiserner Konsequenz haben die Japaner ... den Wirtschaftskrieg in Niederländisch-Indien durchgeführt...“, wohin Japan fünfmal mehr ausführte als es abnahm! Halten wir noch Sir John Russels, des berühmten Leiters der landwirtschaftlichen Versuchsstation Rothamsted, Eindrücke über seinen zweimaligen Besuch in Rußland (1930 und 1934) mit einem Aufsatz des „Manchester Guardian“, „Japan and the Sowjet“ (3. 9. 1934), zusammen, in dem der ganze Groll über die „Kulisse“ Manschukuo sich ausdrückt (bankrott, schwach, von Räubern heimgesucht und dennoch Eisenbahnkäufer!), so kommt auch die Fern-Ost-Sorge der Sowjets zum Recht.

Eine aus dem Land herausgeschnittene Eisenbahnzone in Fremdgewalt ist eben ein geopolitischer Unfug und ebenso eine von dem Hinterland abgerissene Küstenprovinz ohne eigene Lebensmöglichkeit. Beides gipfelt in der Lage von Wladiwostok, das natürlich von Japan aus als Ausgangspunkt aller Bedrohung der Lebenszentren des Reichs durch Luftangriffe angesehen wird und dem man deshalb die Lebensnerven, auch der der ostchinesischen Bahn, abzuschneiden sucht. Solche Entwicklungen bahnt man an, wenn man sich mit Wachstumspitzen an fremde Kulturländer heranpirscht, wie Zarenrußland durch das Abreißen der mandschurischen Küste von der Mandschurei, mit dem Handlegen auf Sachalin und Kurilen, den Anschlägen auf Hakodate, Tsushima, Port Lazarew in Korea, Nagasaki, was es in Korea und Liautung fortsetzte und mit der Durchdringung der Mandschurei zu krönen suchte. Wie die Sowjets die Raumerben des Zarentums sind und sich als solche sehr wohl fühlen, wo es ihnen Nutzen bringt, so müssen sie eben auch die zugehörigen Gefahren auf sich nehmen oder allzu heikle Erbschaften liquidieren. „Die Sowjetunion ist weder stark genug noch schwach genug, Japan seinen Weg freizugeben.“ In diesem Satz des „Manchester Guardian“ liegt die herbe geopolitische Wahrheit. „Was immer mit der ostchinesischen Bahn geschehen möge, man wird erwarten dürfen, daß die Sowjetunion das Territorium Rußlands verteidigen wird.“ Ganz gewiß! Aber was ist wahrhaft „russisches Land“? War es die Mandschurei? War es Sachalin? Waren es die dagegen vertauschten Kurilen? War es das für ein Bettelgeld — kaum ein Zwanzigstel des Preises der ostchinesischen Bahn — verkaufte Aljaska?

Hier also handelt es sich vielleicht eben doch um mögliche Grund- und Boden-

geschäfte, wie sie die Vereinigten Staaten und England so viele gemacht haben, mit einem gewissen politischen Druck dahinter. Aber gerade die Seelenstimmung der Sowjetjugend, wie sie Sir John Russell schildert, „enthusiastisch“ und doch mechanisiert, wird vielleicht für große Tauschgeschäfte Verständnis haben, wo sie Kaufgeschäfte als ehrwidrig ablehnt, zumal „eine weitverbreitete Anerkennung der Notwendigkeit des Friedens für die russische Entwicklung“ feststellbar war. Ist zwischen England und Rußland aus wilden Gegensätzen, aus Weltrevolutionsfurcht und -freude nüchterne Kooperation geworden — weshalb sollte sie zwischen Sowjets und Japan, zwischen Asiaten unter sich, unmöglich sein?

KARL HAUSHOFER:

Literaturbericht über den indopazifischen Raum

Die Bestinformierten über den indopazifischen Raum sind nicht etwa die Chinesen selbst, Mandschuren, Amerikaner oder Briten, sondern Japaner und Sowjetrussen. Wo Ecksteine ihrer geopolitischen Weistümer zutage treten, da muß man sie in allen Fugen prüfen; und die Bücher, die auf ihnen gründen, sollten auf und auch zwischen den Zeilen gelesen werden. Das verdienen für dieses Jahr:

1. **The South Manchuria Railway:** „Fourth Report on Progress in Manchuria to 1934“. Dairen, June 1934. 294 S. Karte der Mandschurei, Straßenkarte, Pläne der Häfen Rashin und Dairen; 24 — allerdings höchst ungleichwertige — Bildtafeln zu je drei Bildern (die aber als Ganzes anthropogeographische Einblicke gewähren, die sonst schwer erreichbar sind).

2. Das „**Manchuria Year Book**“ des „East-Asiatic-Economic Investigation Bureau“. Tokio, Dez. 1932 ff., mit einer Übersichtskarte, einer hübschen Eisenbahnkarte und wesentlich besserer Bild- und Diagramm-Ausstattung. 530 S. Höchst brauchbare Chronologie des mandschurischen Vorgehens, wenn auch natürlich in japanfreundlicher Färbung.

3. „**Materialien für nationale Kolonial-Probleme**“, Moskau 1934 (Russ.), deren Nr. 1—2 beispielsweise auf schlichtem Papier in einfachem Druck Fundgruben kolonialpolitischen Rohstoffs über China, Persien, die Türkei, Ägypten, Indien, mit einer Bibliographie über den japanischen Imperialismus und Faschismus, enthält, die weithin ihresgleichen sucht. Überhaupt sind die gro-

ßen weltpolitischen Erfolge der Sowjetbünde gewiß keine glücklichen Zufälle, sondern — neben der Raumwucht ihres Gebietes — aus einer höchst lebendigen Dynamik und einem tiefgründigen und ausgebreiteten geopolitischen Wissen hervorgehend. Auf der Linie der praktischen Auswertung dieses Wissens bewegt sich auch:

4. „**Der revolutionäre Osten**“ (Russ.), die „Revue der wissenschaftlichen Vereinigung für die Studien und Probleme nationaler und kolonialer Art“, Moskau 1934, von der uns einige höchst interessante und gehaltreiche Hefte vorliegen. So im Heft 1 ein Aufsatz: „Lenin und die Probleme der nat. Kolonialrevolution“, oder ein anderer über den „Japanischen Sozialfaschismus und Imperialismus“. Oder im Heft 2: „Imperialismus und Kolonien“ und vieles andere, das beweist, um wieviel besser die Sowjetstaatsmänner ihre Genfer Gegenspieler und deren schwache Seiten kennen, als diese Gegenspieler ihre neuen Freunde in Genf.

Sprudeln in Japan und Sowjetrußland die Quellen aus erster Hand, so gewiß in einer Reihe europäischer und amerikanischer Zusammenstellungen oder für Auslandsgebrauch zurechtgemachter japanischer wertvoller, schon gesiebter Stoff aus zweiter Hand. Unter ihnen steht etwa voran:

5. „**Contemporary Japan**“, A Review of Japanese Affairs. Veröffentlicht von der Jap. Ges. für Außenpolitik (Foreign Affairs), Tokio, mit dem Septemberheft als Heft Nr. 2 des III. Bandes. Ein guter Aufsatz von S. Arima über „Japan und die Flottenkonfe-

renz", andere über die Aufgaben des Okada-Kabinetts, über Osaka, ein Nachruf auf Togo, Auszüge aus Japans Zeitschriften treten darin hervor.

6. **Dr. Komao Murakami:** „Das japanische Erziehungswesen“. Herausgegeben vom Jap. Deutschen Kulturinstitut, Tokio 1934; 286 S., wertvolle Anlagen und Tabellen, faßt seit dem englischen Buch von Kikuchi und dem japanischen von Sawayanagi (Waga kuni no kyoiku) in deutscher Sprache wieder einmal den wichtigen Gegenstand mit allen wesentlichen Belegen, Persönlichkeiten berühmter Erzieher, ihren geschichtlichen Vorläufern, Grundlagen und Zielen, namentlich in der Staatskultur zusammen.

7. **Antoine Zischka:** „Le Japon dans le Monde“. L'Expansion Nipponne 1854 bis 1934. 306 S., 24 Abb.; 8 Karten, 25 Fr. Payot; Paris 1934; an erster Stelle unter den außenbürtigen Fernost-Büchern zu nennen, ist eine Kostprobe jener geschickten französischen Kulturpolitik, die es verstand, eine weltüberraschende Extratour mit ihren ehemaligen, von weiß auf rot umgefärbten Moskauer Freunden zu tanzen und es dennoch weder damals noch heute ganz mit Japan zu verderben. Dazu gehörte gewiß ein allseitiges Bild von beiden großen Fernost-Mächten und der eigenen, heiklen Stellung dazu zwar nicht ganz zwischen ihnen, aber doch im Randbereich ihrer starken Strahlungen.

Zwingt A. Zischka Dynamik und Geopolitik, Reichskörperlichkeit und Volksseele gleichmäßig in den Bann seines bedeutenden Bandes, so stellt sich

8. **Dr. W. Gundert:** „Der japanische Nationalcharakter“ (im Anschluß an das Buch von Prof. Y. Haga: Kokuminsei Jûron), Tokio 1934; Deutsche Gesellschaft für Natur- und Völkerkunde Ostasiens; Kommission Otto Harrassowitz, Leipzig, auf nur 21 S. für die wichtigste Triebfeder kein geringeres Ziel.

A. Zischka steuert mit seiner ganzen Persönlichkeit in scharf zugespitzten, zum Teil außerordentlich geistreichen und zugleich formsicheren Sätzen — vielfach Aphorismen — seinem Ziel zu: dem praktischen Staatsmann und Wirtschaftsführer ein Augenblicksbild der fernöstlichen Großmacht in ihrem Weltmächtaufstieg zu geben, an dessen Hand er sicher zu gehen vermag, wobei er weder die Torheiten seiner eigenen Rasse,

noch den erbitterten inneren Kampf zwischen Großwirtschaft und Samuraigeist in Japan schon. Gundert dagegen, darauf angewiesen, noch lange in Gutem mit einem in statu nascendi hochempfindlichen Volk auszukommen, verbirgt sich klüglich hinter seinem japanischen Gewährsmann Haga, wenn es hart auf hart zu gehen beginnt. Er läßt gerade das Entscheidende in der Schwebe und vermeidet, „letzte Formeln für japanisches Wesen auszusprechen“ — was Zischka mit der größeren Formgewandtheit der französischen Sprache leichter wird. „Das ungebrochene Fortwirken primitiver Motive neben der rücksichtslosen Bereitschaft, Neues zu übernehmen; das Vorwalten geschlossener, fertig geprägter Formen, die kein Übermaß an Leidenschaft und Tiefe gefährdet“ wie bei uns, meint Gundert wohl?

Der Schluß ist schön. Er glaubt, im Bestehenwollen vor den Ahnen auch den Schlüssel zum Gewachsensein vor den Aufgaben der Gegenwart weisen zu können. Aber er ist von Professor Haga.

Die Geopolitik, der Staatsmann, der mit Japan und seiner Umwelt rechnen muß, der Wirtschaftsführer, der zusieht, was er gegenüber dem scharfen Wettbewerb im Fernen Osten zu retten weiß, wie etwa Dr. Firle (Geopolitik 34, H. 10!) — sie alle werden unter den Neuerscheinungen mit dem Buch von A. Zischka am meisten anfangen können, denn es gibt ihnen, was sie brauchen.

Im Zusammenhang damit sei allerhand nützliches und wertvolles Hilfsgerät zur Beurteilung der Fernost-Fragen in Erinnerung gebracht, das zum Teil neu, zum Teil schon in diesen Blättern berührt worden ist. Dazu gehört in

9. „Ostasien in der Krise“; Bd. 6 d. Auslandkundliche Vorträge der T. H. Stuttgart; ebenda 1933, die ausgezeichnete geographische Einführung: „Ostasien“ von Georg Wegener, die wirtschaftliche Betrachtung von Linde, die politische von Wertheimer und die Überschau über das höchst dankenswerte bibliographische Schaffen von Hans Praesent, laufend in der „Ostasiatischen Rundschau“ — an dem niemand vorüber kann, der in Ostasien tiefer schürfen und ernste Arbeit leisten will. Namentlich auf Praesents Arbeit über „China im deutschen Buch“ u. a. sei aus-

drücklich hingewiesen. Zu den in Deutschland bekannten Selbstverständlichkeiten sollte endlich auch die Würdigung der Tung-Chi-Universität als Mittler gehören:

10. Die „Festschrift anlässlich d. 25 jähr. Bestehens der staatlichen Tung-Chi-Universität Woosung, China, 1932, nimmt jedem den Vorwand, daß eine Übersicht über die ungeheure kulturpolitische Leistung dieser Hochschule nicht bequem erreichbar sei! Unter den 21 Beiträgen haben dem Hrsg. der des unvergeßlichen Chinakenners von Schab, der von Othmer („Welchen Nutzen können die Chinesen von der europäischen Kultur ziehen?“), der rassenpolitisch so bedeutsame von Stübel, die geniale, auch politisch-geographisch lehrreiche Hochbaukritik Schanghai von Richard Stumpf den stärksten Eindruck gemacht. Aber der ganze Band ist ein Meisterwerk zusammenbauender Völkerpsychologie, verrät vielleicht auch, warum gerade seine Grundlage bei den Schanghaiwirren so wild beschossen wurde, und warum seine Wiederherstellung so sehr chinesische und deutsche Ehrensache war. In welchem Stil man in andern Sprachbereichen — abgesehen von Kanonenschüssen auf fremde Kulturwerbung — arbeitet, verrät

11. „A Research Programme in the Pacific Area“ (über die Tagungsziele von Banff, 1933) des Institute of Pacific Relations, mit Plänen und Stoffüberschau. Sowjetbünde und Institute of Pacific Relations von USA. aus sind wohl noch geraume Zeit führend in der wissenschaftlichen Propaganda für Eurasien und Pazifik. Aber Japan vollzieht seinen Aufmarsch in diese Front mit bemerkenswertem Geschick — China folgt ihm; und auch Manchukuo macht sich durchaus bemerklich,

12. so etwa mit „Manchukuo-Handbook of Information“. Hsinking 1933 ff.

Noch arbeitet der Farben- und Diagrammapparat, noch mehr die Bilderpracht unvollkommen, vermag aber doch eine geopolitische Rohskizze zu geben. Die Köpfe des Premierministers und seines Staatsrats haben selbst auf den mangelhaften Aufnahmen Format und lassen ahnen, daß allerhand hinter diesen Stirnen arbeitet, das sie dem Durchreisenden nicht offenbaren. Erinnert sei ferner an

13. Hsü Dau-lin und Chu Chi: „Chronik der chinesisch-japanischen Beziehungen“ der Liga für Vaterlandsverteidigung der Chinesen in Deutschland, ein Gegenstück zu den gleichzeitigen Mitteilungen des Verbandes der Japaner in Deutschland, an

14. James Woo Kaiseng: „La Politique étrangère du Gouvernement National de Chine et la Révision des Traités inégaux“, Paris 1931; Marcel Girard — das immer wieder hervorgezogen werden sollte, an

15. Dr. Franz Michael: „Der Streit um die Mandschurei“, Leipzig 1933; Robert Noske — mit seiner gediegenen Darstellung der Rechtslage vor Ausbruch der Mandschurei wirren im September 1931 — so sehr der frühere Stand unwiederbringlich zerstört ist, an

16. Dr. Karl Hahn: „Die Industrialisierung Japans“, Gießen 1932 — eine schlüssige sorgfältige deutsche Darstellung, die unsern Lesern im Zusammenhalt mit den Meinungen von Dr. Firle (Heft X, Geopolitik), von Wedgwood Benn (Geopol. Ber. S. 713) und A. Zischka (Lit. Ber. XI 1934 Nr. 7) besonders wertvoll sein wird. Zusammengehalten mit

17. Dr. Hans Schmidt: „Die Wirtschaftskrise in Australien“, Frankfurt a. M. 1932; Brönnert; wird eine Spannungsweite enthüllt, die längst aus dem rein wirtschaftspolitischen Kraftfeld heraus ins weltpolitische getreten ist, weil sie eben tief geopolitisch begründet war. Nur macht es den jungen deutschen Wissenschaftlern Ehre, daß sie diese Spannungserweiterung rechtzeitig erkannt haben, die jetzt in australischen und sogar neuseeländischen Extratouren mit Japan — trotz Ottawa — deutlich zum Ausdruck kommt.

Kulturpolitische Spannungen, die in Indien an Bedeutung selbst die gewiß ernst genug zu nehmenden wirtschaftlichen (Baumwollkrieg mit England) und sozialen (siehe Geopol. Ber. XI) überragen, überschaut mit weitem Blick und schildert in großer Linie

18. Graham Seton Huchison: „Arya“ The call of the Future; London 1933; Hutchinson. Graham Seton Huchison ist einer der am weitesten vorausblickenden geopolitischen und völkerpsychologischen Denker und Führer der Haupt-Mannes-Leistung der britischen Kriegsgeneration; wie er als einer der ersten von dorthier wagte, den wirklichen Pulsschlag des erneuerten Deutschland zu füh-

len, „to face facts“, so zog er auch nach früheren Erfahrungen dort 1932 noch einmal nach Indien „upon a discovery in troubled waters“ und kehrte mit klaren Vorstellungen (jedenfalls für seine Person) über den nach seinen Eindrücken gerade rassenpolitisch einzig möglichen zu steuernden Kurs zurück. Ob es ihm gelingt, die „heroischen Maßregeln“ (S. 227), die seine Gedankenfolgen fordern, dem britischen Mehrheitswähler nahezubringen, ob er nicht aus der eigenen Wikinger-Souveränität heraus die indische Fähigkeit überschätzt, sich die Folgen selbst eines gelungenen jähen Bruchs mit dem „Empire“-Zusammenhang für Indien klarzumachen (vgl. Taraknath Das: Indien in der Weltpolitik!), darüber kann der Leser nur nach genauem Durchpflügen des Buchs in seinen einzelnen Furchen entscheiden. Jedenfalls läßt V. es nicht an einem durchaus positiven Verfassungsvorschlag mit einigen blendenden neuen Gedanken, auf den Ariergrundsatz gebaut, fehlen (S. 241—248). Jedenfalls spricht hier ein britischer Nationalist von größtem Schnitt, mit seinen Vorschlägen zugleich tiefe Einblicke in das zwischen Großbritannien und Indien Mögliche und Unmögliche eröffnend. Wie groß die Spalten dazwischen sind, erzählt:

19. **Bhupal Singh:** „A Survey of Anglo-Indian Fiction“, Lahore 1934 — beginnend mit der Zeit von Warren Hastings und endend mit Edward Thompson, mit Höhepunkten etwa in der Schilderung von Colonel Meadows Taylor („The Confessions of a Thug“ u. a.) und dem Werk von Rudyard Kipling. Wenn irgendwo Völkerspalten überwunden werden können, so sollte es in der Kunst des Erzählers namentlich von Schriftstellern sein, die lange zwischen beiden Ländern und Völkern lebten. Vielen im Westen hat R. Kipling ihr Bild von Indien formen helfen. Wie weit es nach der Meinung indischer Schrifttumskenner vom wirklichen Leben ist, das beschreibt Professor Bhupal Singh, Englischlehrer des Dyal Singh College in Lahore, mit vielen Einzelheiten, die uns zwingen, sie in den Geopol. Ber. aufzunehmen, wo die Leser sie finden!

Zwischen Wirklichkeitsnähe und geopolitischer Wesensfremdheit fast „Trance“ pendelt:

20. **Alexandra David-Neel:** Mönche und Strauchritter. Eine Tibetfahrt auf Schleichwegen. Leipzig, F. A. Brockhaus 1934.

Die Schilderung eines zunächst vergeblichen Versuches, vom Kloster Kumbum aus auf großen Umwegen durch die westlichen Provinzen Chinas Kansu und Szetschuan die damals noch unzugängliche Residenz des Dalailama Lhasa zu erreichen, bewegt und abenteuerlich genug, um den Leser in Spannung zu erhalten. Wie die beiden früher hier gewürdigten Bücher der Verf.in bietet auch dieses trotz dem interessanten Reiseweg geopolitisch wenig; wie ja auch Verf.in betont, „daß ihre Reisen nicht der Erdkunde dienen“. Leider! Trotzdem hätte die beigegebene Karte nicht gar so dürftig zu sein brauchen. Der Anthropogeograph findet auch diesmal wieder feine Beobachtungen, der Völkerpsychologe aufschlußreiche Einblicke in das Seelenleben der tibetan-chinesischen Grenzbevölkerung, besonders der buddhistischen unter ihnen, denen Verf.in infolge ihres langen und tiefeschürfenden Studiums des Lamaismus großes Verständnis entgegenbringt. Sie beherrscht die von ihr für jeden Reisenden geforderte Kunst, „beim Plaudern mit den Bauern die Spreu vom Weizen zu sondern und aus dem Alltagsgeschwätz wesentliche Kenntnisse über Sitten und Denken der Eingeborenen zu schöpfen“. Geopolitisch wertvoll sind Beobachtungen, wie die über den Unterschied zwischen Binnen- und Grenzchinesen auf S. 18, wie er sich z. B. in Kansu zeigt; über das Verhältnis zwischen Gouverneuren und Generalen, sog. „War lords“, auf S. 30. Ein solches Streiflicht ist z. B.: „Amdo gehört zwar nicht zum tibetanischen Staatsgebiet, gilt jedoch als tibetanische Provinz und untersteht der Regierung des Dalailama. Eine Oberaufsicht seitens der chinesischen Behörden ist unbestritten; sie erheben auch verschiedene Steuern; in die Angelegenheiten des Volkes mischen sie sich jedoch nur in Ausnahmefällen. Die eigentlichen Herren sind für gewöhnlich die örtlichen Anführer, die untereinander keine Verbindung haben.“ Im Gegensatz zu den durch den Umgang mit Weißen verdorbenen Chinesen rühmt Verf.in die natürliche Hilfsbereitschaft der Bevölkerung überall da, wo noch die alten Sitten erhalten geblieben sind.

Volk jenseits der Grenzen

Geschichte und Problematik der deutschen Minderheiten

Von Richard Bahr · Kartonierte RM 8.—, Leinen RM 9.50

Dr. Steinacher, Reichsführer des Volksbundes für das Deutschtum im Auslande: „Das Buch bringt in klarer, sauberer, sehr gepflegter Sprache eine Fülle von Tatsachen. Diese sind so gestaltet, daß das Werk stets fesselnd und erregend ist. Das Kapitel über die Sudetendeutschen ist erschütternd. Der persönliche Ton macht das Buch politisch wertvoll; es ist nicht Stoffmasse, wie leider viele andere Werke, sondern aus dem Stoff sprüht Liebe zum Außenvolkstum, und Bahrs Feuergeist rührt an das Gewissen der Inlandsdeutschen zur Verpflichtung.

Verlangen Sie unseren Sonderprospekt!

Hanseatische Verlagsanstalt Hamburg

Das Standwerk der organischen Staatslehre:

Rudolf Kjellén

Der Staat als Lebensform

Vierte Auflage in neuer Übertragung von J. Sandmeier

Oktav, 228 Seiten · Leinen RM 4.—

In klarer, einfacher Sprache, in großem Auftrieb, dabei wissenschaftlich grundlegend, wird hier den alten „Staatswissenschaften“ der Todesstoß gegeben. Mehr noch, es wird eine Lehre vom Staat begründet, die völlig aus der Erkenntnis der Lebensvorgänge im Volksdasein erwächst: Aus der Verschmelzung von Volk und Raum — Blut und Boden — erwächst der Staat. Er ist selbst Lebensform, ist also Ausdruck von Lebensgesetzen und ihnen unterworfen. — Die künftige Wissenschaft konnte mit dem 1916 erschienenen Werk nichts anfangen; das deutsche Volk hingegen hat es aufgenommen und verarbeitet. Aus ihm ist die deutsche Geopolitik erwachsen.

KURT VOWINCKEL VERLAG GMBH.

Die Sowjets im Völkerbund:

SOWJET-RUSSLAND

Eine geopolitische Problemstellung

Von

Dr. Oskar von Niedermayer, Dr. Jurij Semjonov

Geleitwort von Karl Haushofer · Schriften zur Geopolitik, Heft 7

Großoktav, 152 Seiten mit 28 Kartenskizzen

Kartiert M. 4.50, Leinen M. 5.80

Das hochinteressante Heft zeichnet sich durch eingehende Studien, gründliche Kenntnis, scharfe Problemstellung und strenge Objektivität aus. — Sehr treffend wird zum Schluß wertvoller Ausführungen betont, daß die Gefahr für die Dauer des Sowjetstaates in dem Bruch zwischen Bevölkerung und Boden besteht, in der Frage, ob es dem Kollektivmenschen gelingen wird, die wirtschaftsgeographischen Antinomien Eurasiens zu überwinden und zugleich eine neue organische Verbindung mit seiner alten Erde zu finden.

K. Dietrich, Deutscher Wille, IV/1934

Das Buch dürfte zur Tatsachenkenntnis über Räterußland ganz Wesentliches beitragen. Allein die beiden Abschnitte über die Nationalitätenfrage und den Verwaltungsaufbau bringen so viel Neues oder mustergültig Klargestelltes, daß man das Werk unbedingt gelesen haben muß.

Westdeutscher Beobachter Nr. 232/22. 7.34

Ein Rußland-Buch aus einzelnen geopolitischen Untersuchungen von hoher Qualität. Es bietet in der Gegenwart kaum ein anderes Land außer Rußland so reichhaltiges Material für die Darlegung der Zusammenhänge von Geographie und Politik. Diese Möglichkeit ist von den Verfassern in sachlich-pakender Weise ausgenutzt.

Wirtschaftsdienst Nr. 29 vom 20. 7. 34

KURT VOWINCKEL VERLAG GMBH.

BERLIN-GRUNEWALD

Überblicken Sie die neuerscheinende Literatur wirklich vollständig?

Oder sind Sie auf zufällige Besprechungen, gelegentliche Besuche beim Buchhändler, gar auf mündliche Empfehlungen angewiesen?

Wir schlagen Ihnen vor: Übertragen Sie Ihre Beratung bei den Buchanschaffungen einem Fachmann!

Wir, die Buchvertrieb-Gesellschaft mbH, haben seit Jahren erprobte Spezialabteilungen, insbesondere für geopolitische Literatur ausgebaut.

In ihnen schaffen wir uns den Überblick über die Neuerscheinungen der ganzen Welt, den wir unseren Kunden kostenlos in Rundschreiben und in einer monatlich versandten Zeitschrift „Neues vom Büchermarkt“ bieten.

Haben Sie sich auf die Bearbeitung eines bestimmten Themas oder eines Sondergebietes spezialisiert, so geben wir Ihnen laufend Nachricht, wenn irgendwo ein für Sie wichtiges Werk erscheint.

Daß wir Ihnen die übrigen Hilfsmittel einer modernen Buchhandlung: regelmäßige Ansichtssendungen, Monatskonto und Raten-dienst bieten, ist selbstverständlich, ebenso wie wir Ihren Bedarf an Unterhaltungs- und Geschenkbüchern sowie Ihre Zeitschriften schnell und zuverlässig liefern. Dabei haben Sie keine Unkosten; denn wir arbeiten im Inland ohne Porto- u. Verpackungsaufschläge!

Bitte schreiben Sie uns unter Bezugnahme auf diese Anzeige, damit wir Ihnen nähere Mitteilung und unsere Interessenkarte zusenden, die die Grundlage unserer Beratung bildet.

**BUCHVERTRIEB-GESELLSCHAFT MBH
BERLIN-SCHMARGENDORF
POSTFACH**

Buchvertrieb-Gesellschaft · Berlin-Schmargendorf · Postfach
Bitte senden Sie mir als Unterlage für zukünftige kostenlose
Buchberatung Ihre Interessenkarte

NAME:

ANSCHRIFT:

DATUM:

X/11

Demnächst erscheint

Widukind

Geschichte des deutschen Volkes

420 Seiten, bebildert, Großoktav, Ganzleinen RM 6.80

Diese Geschichte des deutschen Volkes ist von einem guten Kenner der Geschichte unseres Volkes geschrieben und in gemeinsamer Arbeit in einem Kreis von Frontkämpfern und Gleichgesinnten entstanden. Es ist hier der Versuch unternommen, in einer einwandfreien wissenschaftlichen Form die schicksalvolle Geschichte des deutschen Volkes in ihrem tragischen Verlauf auf Grund des gegenwärtigen Geschichtsbildes darzustellen.

Der heutige Staat fühlt sich mehr als seine Vorgänger aufs engste mit der großen Vergangenheit des deutschen Volkes verbunden. Entsprechend der nationalsozialistischen Weltanschauung steht im Mittelpunkt dieser Arbeit der Gedanke der Volkwerdung der Deutschen. Wie einst vor dreißig Jahren Einhart's Deutsche Geschichte der Vorkriegsgeneration einen Anstoß zu völkisch-nationalem Denken gegeben hat und der Name in seiner Zeit ein Symbol bedeutete, so soll in diesem Werk der Name Widukind ebenfalls ein Sinnbild für die gegenwärtige Geschichtsbetrachtung sein. Das große Erleben des Weltkrieges und der nationalsozialistischen Revolution bildet die Grundlage dieser Geschichte des deutschen Volkes und demzufolge steht auch das politische Geschehen im Vordergrund des Buches.

Selbstverständlich ist in dieser einbändigen Darstellung der Gesamtgeschichte des deutschen Volkes von ihren Ursprüngen bis auf unsere Tage auf alles Überflüssige stoffliche Beiwerk verzichtet worden. Vor allem sind die großen Kraftlinien bezeichnet, die das Ringen des deutschen Menschen um seinen Schicksalsraum und um seine Volkwerdung aufzeigen. Nicht in laienhafter Willkür, sondern in heißem Bemühen um wahre Erkenntnis setzt sich diese Darstellung mit den brennenden Lebensfragen unseres Volkes auseinander. Der Leser wird manch freimütige Auseinandersetzung finden an dem, was ihm bisher gesichert schien.

Das große Geschehen unserer Gegenwart aus der Vergangenheit zu verstehen und Kräfte zu wecken zu tatvoller Mitarbeit im Dritten Reich ist die Aufgabe dieser Arbeit, die an wissenschaftlicher Genauigkeit und literarischer Bedeutung der besten Überlieferung deutscher Geschichtsschreibung entspricht.

Z u b e z i e h e n d u r c h j e d e B u c h h a n d l u n g !

Armanen-Verlag • Leipzig und Frankfurt am Main